

Prävention von Rechtsextremismus,  
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus  
zur Förderung von Demokratie und Toleranz  
in der Stadt Weiden i.d.OPf.

Situations- und Ressourcenanalyse  
für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Weiden i.d.OPf.

Regina Burghardt

Gefördert durch das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend





# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	5
1. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus .....	6
1.1 Begriffsbestimmungen .....	6
<i>Rechtsextremismus</i> .....	6
<i>Fremdenfeindlichkeit und (Alltags-)Rassismus</i> .....	7
<i>Antisemitismus und weitere Diskriminierungserfahrungen</i> .....	9
1.2 Dimensionen und Erscheinungsformen .....	10
1.3 Ursachen und Funktionen sowie Ansätze zur Prävention und Intervention .....	15
2. Förderung von Demokratie und Toleranz .....	19
3. Situationsanalyse Weiden i.d.OPf. ....	21
3.1 Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur <sup>1</sup> .....	22
3.1.1 Bevölkerungszusammensetzung .....	22
3.1.2 Sozialstruktur .....	26
3.2 Analyse von Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien .....	32
3.3 Analyse rechtsextremistischer Gewalt / Straftaten .....	36
3.4 Analyse von alltäglichen Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen .....	40
4. Ressourcenanalyse Weiden i.d.OPf. ....	44
4.1 Beteiligung und Zusammensetzung der Akteur/innen .....	45
4.2 Ressourcenanalyse der Akteur/innen .....	48
4.2.1 Kindertagesstätten / Vorschulen und Schulen .....	50
4.2.2 Außerschulische Jugendeinrichtungen, Weiterbildung und Sozialberatung .....	51
4.2.3 Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Wirtschaft / Unternehmen .....	53
4.2.4 Polizei / Justiz und Stadtverwaltung .....	53
4.2.5 Vereine / Netzwerke und Sonstige .....	55
4.3 Analyse möglicher Förderansätze und konkreter Maßnahmen .....	56
5. Perspektiven für den Lokalen Aktionsplan Weiden i.d.OPf. ....	61
5.1 Mögliche Zielgruppen .....	61
5.2 Mögliche Ziele und inhaltliche Schwerpunkte .....	62
5.3 Handlungsempfehlungen und Sicherung der Nachhaltigkeit .....	62
Ausblick .....	63
Quellenverzeichnis .....	64

---

<sup>1</sup> Der Abschnitt 3.1 wurde vom BASIS-Institut in Bamberg verfasst.



## Einleitung

*IM NAMEN DER TOLERANZ SOLLTEN WIR DAS RECHT BEANSPRUCHEN,  
DIE INTOLERANZ NICHT ZU TOLERIEREN. (KARL POPPER)*

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse dient als Grundlage des Lokalen Aktionsplans der Stadt Weiden i.d.OPf. zur Förderung von Demokratie und Toleranz sowie Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Sie ist entstanden in Kooperation mit engagierten Bürger/innen, Bildungs-, Beratungs- und Verwaltungseinrichtungen, Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften sowie Unternehmen. Ihnen gilt ein herzlicher Dank für ihre Beteiligung an dieser Studie.

Nach einer allgemeinen Einführung in die Begrifflichkeiten, Dimensionen und Ursachen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus anhand aktueller wissenschaftlicher Quellen werden Ansätze zur Prävention und Intervention sowie zur Förderung von Demokratie und Toleranz vorgestellt. Daran schließt sich die spezifische Situation in Weiden i.d.OPf. an. Nach einer Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur, die vom BASIS-Institut GmbH in Bamberg ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt wurde, erfolgt eine Auswertung der Wahlergebnisse auf Stadt-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene sowie eine Analyse der rechtsextremen Parteien in der Oberpfalz. Es wurden Statistiken und Datenmaterial der Stadt Weiden i.d.OPf., des Landes Bayern sowie der Bundesrepublik Deutschland ausgewertet und genutzt. Es schließen sich einige Statistiken zu politisch rechts motivierten Straftaten an, die beim Polizeipräsidium der Oberpfalz angefordert und dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurden. Einschätzungen zu alltäglichem Rassismus und Diskriminierungserfahrungen sind einer Fragebogenerhebung entnommen.

Mit Hilfe eines Fragebogens, der an ca. 700 Einrichtungen und Initiativen in Weiden i.d.OPf. versandt wurde, konnten bereits bestehende Aktivitäten und Angebote sowie fehlende Maßnahmen und Perspektiven erfragt werden. Durch einen Rücklauf von über 10 Prozent (80 Fragebögen) konnten vielfältige Daten erhoben werden, die zwar nicht repräsentativ sind, aber dennoch eine Tendenz widerspiegeln. Im Rahmen der Ressourcenanalyse werden Einrichtungen und Initiativen vorgestellt, die sich engagieren in der Bekämpfung und/oder Prävention rechtsextremistischer Taten oder Gedanken. Aus dieser Analyse im Abgleich mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen werden schließlich konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen abgeleitet, die Demokratie und Toleranz im Rahmen des Lokalen Aktionsplans fördern und sich effektiv gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wenden können.

# 1. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Die Begrifflichkeiten *Rechtsextremismus*, *Fremdenfeindlichkeit* und *Antisemitismus* werden im Alltagsgebrauch und in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedlich verwendet und sind nicht immer eindeutig. Um Missverständnissen weitgehend vorzubeugen, sollen diese zentralen Begriffe der vorliegenden Studie in einer theoretischen Einführung zunächst definiert und diskutiert werden.

Nach den Begriffsbestimmungen folgt eine kurze Einführung in die Dimensionen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Es werden aktuelle wissenschaftliche Studienergebnisse zum rechtsextremen Einstellungspotential in der deutschen Gesellschaft vorgestellt, die sicherlich keine direkten Rückschlüsse auf die Situation in Weiden i.d.OPf. zulassen, aber allgemeine deutschlandweite Tendenzen aufzeigen können, die auch auf Weiden i.d.OPf. zutreffen.

In den darauf folgenden Abschnitten sollen allgemeine Ursachen und Funktionen sowie Ansätze zur Prävention und Intervention vorgestellt werden, die aus der wissenschaftlichen Forschung der vergangenen Jahrzehnte abgeleitet und zusammen getragen wurden. Diese allgemeinen Ansätze sollen später dabei unterstützen, konkrete Handlungsperspektiven für Weiden i.d.OPf. zu entwickeln.

## 1.1 Begriffsbestimmungen

### ***Rechtsextremismus***

Der Begriff *Rechtsextremismus* wird in Deutschland seit den 1970er Jahren insbesondere im Bereich des Verfassungsschutzes verwendet und hat den Begriff *Rechtsradikalismus* weitgehend abgelöst. Auch in der Wissenschaft hat sich der Begriff *Rechtsextremismus* etabliert, wird allerdings sehr unterschiedlich verwendet<sup>2</sup> und ist umstritten<sup>3</sup>. Rechtsextremistisches Denken verstößt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands und ist u. a.

<sup>2</sup> Decker et.al. (2010: 11) berichten von einer Untersuchung, nach der 37 unterschiedliche Bedeutungen von ‚Rechtsextremismus‘ in 13 Studien zu finden waren. Auch umgangssprachlich wird kaum eine Unterscheidung zwischen ‚rechtsextrem‘ und ‚rechtsextremistisch‘ getroffen, wobei ‚extremistisch‘ als Superlativ eine Steigerung von ‚extrem‘ bedeutet. Im Wort ‚Extremismus‘ wird die Unterscheidung vernachlässigt.

<sup>3</sup> Durch die Unterscheidung von Rechtsextremismus, Linksextremismus und Ausländerextremismus im Verfassungsschutz wird im Sinne der Totalitarismus-Theorie implizit Rechtsextremismus mit Linksextremismus gleichgesetzt, was von vielen Seiten scharf kritisiert wird. Zum Beispiel erklärt Gesine Schwan es für unredlich, wenn „linke ‚antikapitalistische‘ Positionen, die sich auf das im Grundgesetz nicht festgeschriebene Wirtschaftssystem beziehen, unbesehen unter gleichen Extremismus-Verdacht gestellt werden wie rechte, die die gleiche Würde aller Menschen prinzipiell bestreiten“ (Schwan 2011: 7).

dadurch gekennzeichnet, dass es „Menschen unterschiedlichen Wert zuschreibt – je nach Herkunft, Hautfarbe und Kultur“ (Langenbacher/Molthagen 2009: 5).

Es existiert keine einheitliche Definition und häufig wird *Rechtsextremismus* gleichbedeutend verwendet mit *Rechtsradikalismus*, *Faschismus*, *Rassismus*, *Fremdenfeindlichkeit* oder auch *Autoritarismus*. Richard Stöss spricht von einem vielschichtigen rechtsextremistischen Einstellungsmuster und benennt die vier Aspekte „Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und pronazistische, den Nationalsozialismus verherrlichende oder wenigstens doch verharmlosende Einstellungen“ (Stöss 2007: 27) als Mindestbedingungen neben Sozialdarwinismus, der Befürwortung einer Rechts-Diktatur und Sexismus. Im Rahmen einer Konsensuskonferenz<sup>4</sup> haben sich elf Sozialwissenschaftler um eine Einigung bemüht und definieren Rechtsextremismus als

„ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Kulick/Staud 2009: 14f.)

Aus dieser Definition lassen sich sechs Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung ableiten (vgl. Decker/Brähler 2006: 20f.; Langenbacher/Molthagen 2009: 6): *Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur* (und damit Ablehnung der Demokratie); *Chauvinismus* (nationaler Überlegenheitsanspruch); *Ausländerfeindlichkeit*; *Antisemitismus*; *Sozialdarwinismus* (Durchsetzung des Stärkeren auf Kosten des Schwächeren) und *Verharmlosung des Nationalsozialismus*.

### ***Fremdenfeindlichkeit und (Alltags-)Rassismus***

Folgt man dieser Definition, wird Ausländerfeindlichkeit als eine der Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung angesehen. Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit ist dabei gleichzeitig ein eigenständiges Phänomen und kann auch isoliert auftreten. Menschen, die nicht rechtsextrem eingestellt sind, können dennoch fremden- bzw. ausländerfeindlich oder rassistisch denken oder handeln.

Die Begriffe *Ausländerfeindlichkeit* oder *Fremdenfeindlichkeit* werden häufig synonym verwendet und beinhalten eine Ablehnung oder Feindseligkeit gegenüber Ausländer/innen bzw.

<sup>4</sup> An der Konsensuskonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2006 nahm neben Richard Stöss u. a. auch Elmar Brähler teil als Mitautor der ‚Mitte‘-Studien (Decker/Brähler 2006, Decker/Brähler 2008, Decker et.al. 2008, Decker et.al. 2010), denen die auf der Konferenz entstandene Definition zu Grunde liegt.

Personen oder Gruppen, die als ‚fremd‘ angesehen werden. Da der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* sich neben der Staatsangehörigkeit auch auf religiöse, soziale oder kulturelle ‚Fremdheit‘ beziehen kann, ist er umfassender als der Begriff *Ausländerfeindlichkeit* und beinhaltet diesen häufig. Nicht nur Ausländer/innen und Fremden kann mit Ablehnung begegnet werden, sondern auch Deutsche mit oder ohne Migrationshintergrund können in Bezug auf äußere oder sprachliche Merkmale als ‚nicht-deutsch‘ angesehen werden. Dabei sind nicht alle Fremden oder als ‚fremd‘ Imaginierten gleichermaßen von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen (vgl. Kalpaka/Räthzel 1990: 12). Außerdem liegt nicht immer eine bewusste Ablehnung oder Feindlichkeit vor, sondern z. B. auch eine Abgrenzung in Folge einer vorgenommenen Einteilung in ‚Inländer/in‘ und ‚Ausländer/in‘. Eine solche Einteilung erfolgt selten aufgrund der tatsächlichen Staatsbürgerschaft, sondern viel eher entlang von ethnizierenden Zuschreibungen, bei denen ein imaginiertes Bild eines ‚Standard-Deutschen‘ zu Grunde liegt (vgl. Mecheril 1997: 177). Aus diesem Grund wird in der jüngeren Wissenschaft häufig auch der Begriff *Rassismus* verwendet.

Moderne Rassismen in Alltagsdiskursen sowie in Stellungnahmen der Neuen Rechten gehen nicht mehr ausschließlich von biologistischen Abstammungstheorien aus, sondern argumentieren auch im Sinne eines Ethnopluralismus. Dieser geht davon aus, dass unterschiedliche Kulturen zwar nicht hierarchisch übereinander, aber unvereinbar nebeneinander stehen. Diese Vorstellungen über in sich statische und homogene Kulturen können dieselbe ausgrenzende Funktion erfüllen und dienen häufig als Ersatz für „Rasse“<sup>5</sup>. Dieser kulturalisierende *Rassismus ohne „Rassen“*<sup>6</sup> (vgl. Balibar 1989: 373), der Menschen in Bezugnahme auf ihre ‚kulturelle Herkunft‘ und Sprache diskriminiert, wird auch als *Kulturrassismus* (vgl. Tsiakalos 1983: 98ff.) oder *kultureller Rassismus* (vgl. Hall 2000: 11) bezeichnet.

Rassismen müssen nicht immer in offenen, extremen und gewaltvollen Formen wie Hass und Feindlichkeiten auftreten, sondern können auch latent, subtil und verdeckt sein. Diese häufig unerkannten Formen werden in neueren Theorien als *Alltagsrassismen* bezeichnet. Es müssen nicht immer bewusste und gewollte Prozesse sein, denn der Begriff umfasst auch „ein Verhalten innerhalb bestimmter Strukturen, das (möglicherweise unbeabsichtigt) rassistische Effekte zur Folge haben kann [...] und vielfach geht es um ambivalente und widersprüchliche Äußerungen und Haltungen“ (Leiprecht 2006: 319).

Dieses primär auf Handlungen von *Einzelpersonen* und *Gruppen* bezogene Verständnis erweitert Claus Melter (2006: 25f.) um alltägliche *institutionelle* (wie Gesetze oder Handlungspraxen

<sup>5</sup> In der Wissenschaft ist heute unumstritten, dass der Begriff „Rasse“ jeglicher Grundlage entbehrt und wird deshalb in Anführungszeichen gesetzt.

<sup>6</sup> Rudolf Leiprecht stellt in kritischer Absicht ausführlich ein deterministisches, statisches Alltagsverständnis von ‚Kultur‘ dar, das Menschen auf Marionetten ihrer ‚Kultur‘, zumeist ‚Nationalkultur‘, reduziert und den ‚Anderen‘ häufig ein gruppentypisches Verhalten unterstellt (vgl. Leiprecht 2004: 12ff.).

von Institutionen), *strukturelle* (wie der Zugang zum Schul- und Bildungssystem oder die Beteiligung am Arbeitsmarkt) und *diskursive* (wie Medien, Publikationen oder öffentliche Reden) Rassismen. Ausgrenzungsprozesse können somit auch auf alltäglichen Institutionen, Strukturen und Diskursen basieren und Menschen können auf verschiedenen Ebenen von Rassismuserfahrungen betroffen sein.

### ***Antisemitismus und weitere Diskriminierungserfahrungen***

In gleicher Weise wie Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus wird auch Antisemitismus als eine der Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung betrachtet und ist gleichzeitig ein eigenständiges Phänomen.

Der Begriff *Antisemitismus* wurde in den 1870er Jahren geprägt (vgl. Geulen 2007: 86), die zu Grunde liegende Ideologie hat jedoch eine wesentlich längere Geschichte, denn moderner Antisemitismus und Judenfeindlichkeit mit den entsprechenden Vorurteilen und Feindbildern gehen zurück auf alte antijüdische Stereotypen und Mythen. Wolfgang Benz (2007: 4f.) identifiziert vier Grundphänomene. Während der *christliche Antijudaismus* des Mittelalters überwiegend religiös, aber auch kulturell, sozial und ökonomisch motiviert ist, argumentiert der im 19. Jahrhundert entstehende und im Holocaust mündende *Rassenantisemitismus* biologistisch und rassistisch. *Antizionismus* und *Sekundärer Antisemitismus* sind neuere Formen der Judenfeindschaft, die in jüngster Vergangenheit und in der Gegenwart auftreten.

Letzterer bezeichnet die Annahme, dass der Holocaust das Ende aller Judenfeindschaft bedeutet und es keiner weiteren Auseinandersetzung bedarf. Schamgefühle sowie die Frage nach Schuld und Erinnerung werden abgewehrt und die Verbrechen des Nationalsozialismus verleugnet, relativiert, marginalisiert oder aufgerechnet (vgl. Benz 2008: 236). „Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz werden Ressentiments gegen Juden mobilisiert, die sich an Entschädigungsleistungen und Wiedergutmachungszahlungen kristallisieren“ (Benz 2007: 4). Durch eine Opfer-Täter-Umkehr wird Juden/Jüdinnen selbst die Schuld für ihr Schicksal zugeschrieben. Außerdem wird dem Staat Israel bzw. Jüdinnen und Juden im Rahmen des Sekundären Antisemitismus häufig unterstellt, dass Deutschland seine Vergangenheit nicht abschließen und kein normaler Staat sein dürfe. Es wird Partei gegen Israel ergriffen und damit häufig ein Ventil für antijüdische Emotionen und Äußerungen geöffnet. Traditionelle Stereotype und Vorurteile werden erneut aufgegriffen und damit wiederbelebt. Antisemitismus besteht somit in neuer sowie alter Form fort.

In begrifflicher Analogie zu *Antisemitismus* bezeichnet *Antiziganismus* die Stereotypisierung oder Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma. Diese *Zigeunerfeindlichkeit* kann sich auf gesellschaftliche sowie staatliche Ausgrenzungsprozesse gegenüber Einzelpersonen oder Gruppen beziehen und lässt sich bis zum Mittelalter zurück verfolgen.

Auch Muslime/Muslima sind in ihrem Alltag häufig Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt, seit 2001 in verstärkter Form. In diesem Zusammenhang wird in jüngster Vergangenheit vom *Feindbild Islam*, von *Islamophobie* oder *Muslim- bzw. Islamfeindlichkeit* gesprochen. Häufig wird von einer Unvereinbarkeit des Islam mit den christlichen Werten ausgegangen, weshalb Islamophobie als eine Variante des kulturalistisch begründeten Rassismus gelten kann. Vor einem Vergleich oder gar einer Gleichsetzung des Antisemitismus mit der Muslimfeindlichkeit wird gewarnt (vgl. Müller 2009: 24ff.). Sie dürfen nicht als gleiche oder gleichartige Phänomene betrachtet werden, bei denen lediglich hinsichtlich der Gruppe der Opfer zwischen Juden/Jüdinnen und Muslimen/Muslima unterschieden wird.

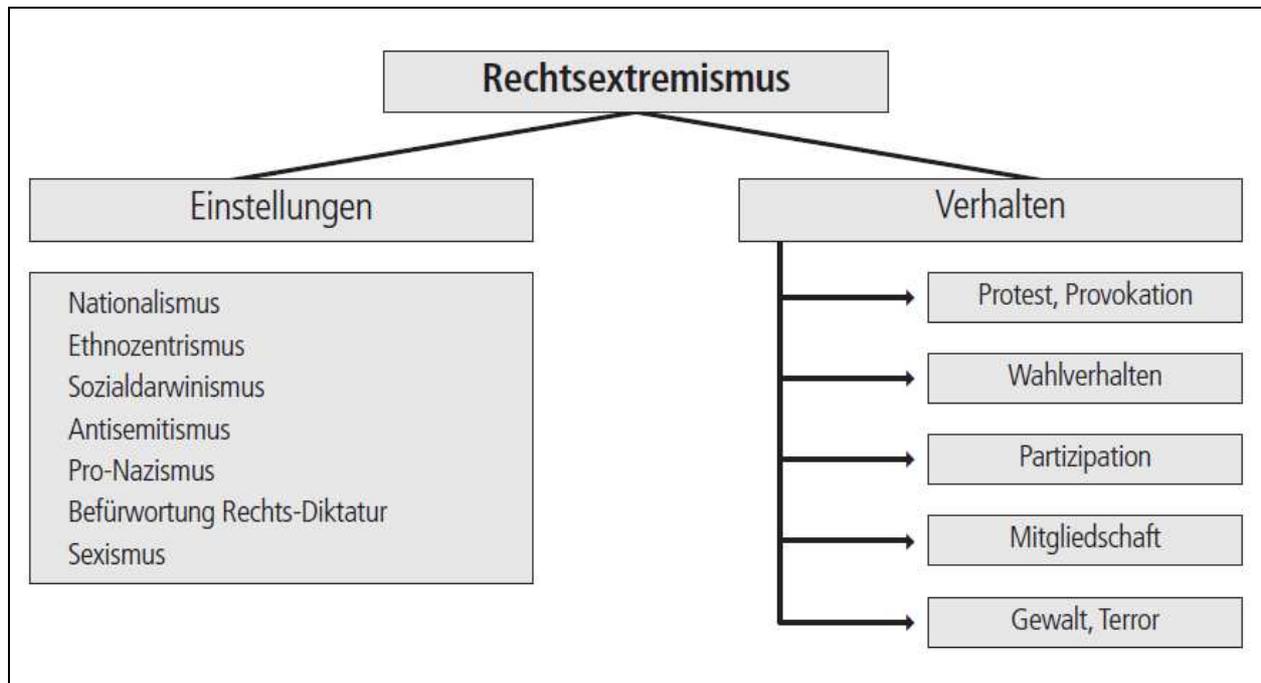
Dennoch sollte berücksichtigt werden, dass Menschen auf Grund verschiedenster Merkmale bzw. Merkmalszuschreibungen ausgegrenzt und diskriminiert werden. Auch Diskriminierungserfahrungen bezüglich des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, in Hinblick auf eine Behinderung oder das Alter sowie in Folge der sozialen Herkunft oder der gesellschaftlichen Privilegierung sollten in allen Formen bekämpft werden (vgl. Kapitel 3.4).

## 1.2 Dimensionen und Erscheinungsformen

Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit überwiegend durch Wahlergebnisse oder Straftaten wahrgenommen. Die zahlreichen Anschläge und Morde in den 1990er Jahren gegen Asylbewerber/innen und Migrant/innen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen waren keine vorübergehenden Phänomene, sondern weisen auch heute noch ein hohes Niveau auf (vgl. Gamper/Willems 2006: 439, vgl. Kapitel 2.3). Politisch motivierte Gewalttaten gegen Ausländer/innen und soziale Minderheiten konnten und können weder als ledigliches *Ost-Problem* noch als *Jugendproblem* abgetan werden, sondern sind deutschlandweit und in allen Altersgruppen anzutreffen. Auch in europäischen Nachbarstaaten kann ein Erstarben des Rechtsextremismus bezüglich Straftaten, Parteien und des Organisationsgrad der rechtsextremen Szene beobachtet werden (vgl. Decker/Brähler 2006: 8; Zick et. al. 2011).

Diese *manifesten* Formen des Rechtsextremismus, die sich im *Verhalten oder Handeln* (z. B. in Wahlergebnissen, Diskriminierungen oder Gewalttaten) äußern, liegen dem amtlichen

Extremismus-Begriff zu Grunde und können in Kriminalstatistiken und Verfassungsberichten gezählt und festgehalten werden.<sup>7</sup> Auch wenn manifeste Erscheinungsformen zurückgehen oder kaum vorhanden sein sollten, lässt dies keineswegs auf einen generellen Rückgang von Rechtsextremismus schließen, denn viel weiter verbreitet sind *latente* Formen des Rechtsextremismus im Sinne einer rechtsextremen *Einstellung*, auf die das Handeln aufbaut.



Dimensionen des Rechtsextremismus; Quelle: Stöss 2007: 27.

Eine solche Unterscheidung zwischen Verhalten oder Handlungen und Einstellungen wird in der (Sozial-)Wissenschaft häufig unternommen, um untersuchen zu können, wie rechtsextremistische Einstellungen und Ideologien entstehen und unter welchen Bedingungen sie zum rechtsextremistischen Handeln führen können. Häufig wird angenommen, dass eine Entsprechung zwischen Einstellung und Handlung bestehen muss, aber ein Mensch kann rechtsextrem eingestellt sein, ohne entsprechend zu handeln. Gleichzeitig kann auch eine rechtsextreme Tat ohne bewusste Ideologie oder Einstellung einhergehen. Rechtsextremistische Einstellungen und Handlungen müssen also nicht gleichzeitig vorliegen, können sich aber gegenseitig bedingen. Das Einstellungspotenzial wird dabei wesentlich größer eingeschätzt als das Verhaltenspotential (vgl. Stöss 2007, S.26).

Um das rechtsextreme Einstellungspotential in Deutschland zu untersuchen, wurden seit 2006 Umfragen in zweijährigen Abständen im Rahmen der ‚Mitte‘-Studien durchgeführt. Als Ergebnis

<sup>7</sup> Allerdings geben diese Statistiken nur sehr ungenaue Zahlen wieder, da häufig nur die zur Anzeige gebrachten Taten registriert werden und die Dunkelziffer sehr hoch vermutet wird. Außerdem basieren die Statistiken zumeist auf einem engen Gewaltbegriff, der nur physische, aber keine psychischen Schädigungen wie Beleidigungen oder benachteiligende Diskriminierung berücksichtigt. (vgl. Leiprecht 2006: 318).

lässt sich festhalten, dass rechtsextreme Einstellungen bei jeder Altersgruppe, bei beiden Geschlechtern, bei Kirchen- und Gewerkschaftsmitgliedern, bei Wähler/innen aller Parteien, in West- und Ostdeutschland sowie bei bildungsnahen und bildungsferneren Personen nachweisbar sind. Es zeigten sich zwar verschiedene Ausprägungen des mehrdimensionalen rechtsextremen Denkens, „aber es fand sich keine Bevölkerungsgruppe oder Region, in der nicht Bestandteile rechtsextremen Denkens geäußert wurden“ (Decker et. al. 2008: 10f.).

Angesichts dieser Ergebnisse lässt sich fragen, ob die Verwendung des Begriffs *Rechtsextremismus* angemessen ist, da sich anhand dieser sowie anderer empirischer Untersuchungen nachweisen lässt, dass antidemokratische Einstellungen nicht (nur) an den Rändern oder bei kleinen extremen Gruppen, sondern in massiver Ausprägung und weit verbreitet in der Mitte der Gesellschaft auftreten und sich nachweisen lassen. Durch die Bezeichnung Rechtsextremismus wird aber eine ‚Mitte‘ der Gesellschaft imaginiert, die sich von diesen ‚extremen‘ Rändern klar unterscheidet (vgl. Decker/Brähler 2006: 12)

Die Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer spricht in ihren Untersuchungen, die seit 2002 jährlich als ‚Deutsche Zustände‘ veröffentlicht werden, nicht von Rechtsextremismus sondern von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)*, weil die Ablehnung bestimmter Menschen mit ihrer (tatsächlichen oder unterstellten) Gruppenzugehörigkeit begründet wird (vgl. Kulick/Staud 2009: 16). Die Forschungsgruppe vermeidet somit weitestgehend die Verwendung des Begriffs *Rechtsextremismus*<sup>8</sup> und die damit möglicherweise einhergehenden Assoziationen und Abgrenzungen. Das Phänomen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* wird insbesondere auch durch die Verwendung des Titels ‚Deutsche Zustände‘ grundsätzlich bei allen Menschen bzw. allen Deutschen verortet.

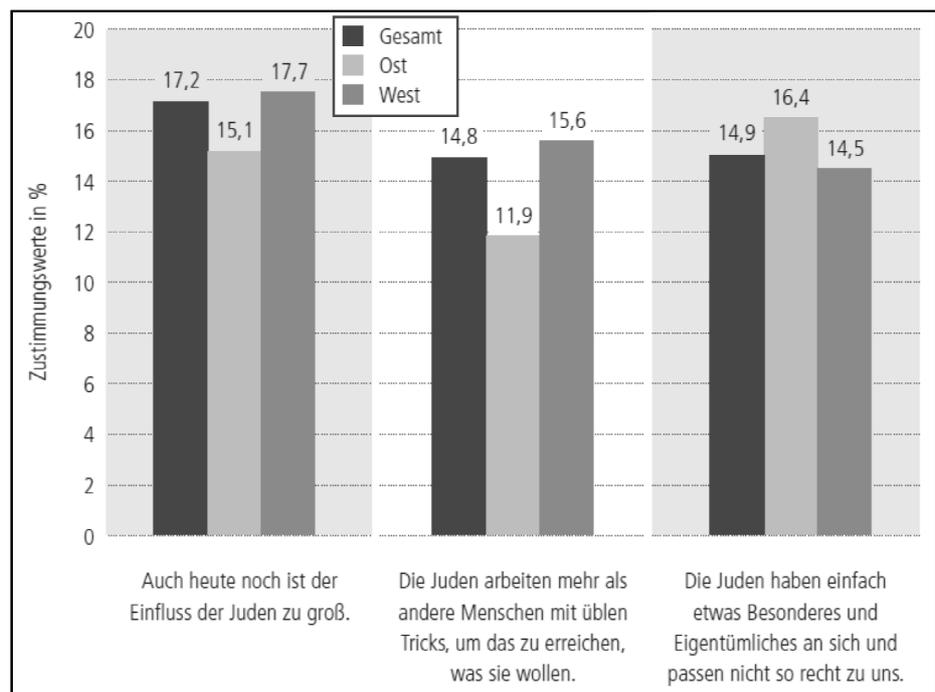
Ungeachtet der unterschiedlichen Begrifflichkeiten<sup>9</sup> weisen die verschiedenen Studien ein hohes Niveau rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung nach. Die Ergebnisse der ‚Mitte‘-Studien zeigen dies exemplarisch.

<sup>8</sup> In seinen früheren Studien bezieht sich Heitmeyer gezielt auf *Rechtsextremismus* und definiert diesen – hier sehr verkürzt dargestellt - als eine *Ideologie der Ungleichheit* der Menschen verbunden mit der *Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform* (vgl. Heitmeyer 1992: 16). In den Umfragen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ab 2002 werden die *Ideologien von Ungleichwertigkeit* untersucht, die sechs Elemente umfassen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte, Sexismus und Heterophobie (später differenziert in Homophobie sowie Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen) (vgl. Heitmeyer 2002: 20).

<sup>9</sup> Für diese Analyse wird der Begriff *Rechtsextremismus* – trotz seiner benannten Schwächen – beibehalten, da sich die Begriffswahl im Untertitel des Förderprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ findet.

Eine geschlossene rechtsextreme Einstellung, die eine Zustimmung zu allen sechs o.g. Dimensionen voraussetzt, findet sich in 2006 etwa bei jedem/jeder zehnten Deutschen (vgl. Decker/Brähler 2006: 131). In der Untersuchung von 2008 nehmen die rechtsextremen Einstellungen bundesweit tendenziell ab, während die Zustimmung zu den meisten Dimensionen in 2010 wieder ansteigt. Während die Zustimmung zum Sozialdarwinismus deutlich zunimmt, ist in den Dimensionen ‚Verharmlosung des Nationalsozialismus‘ und ‚Antisemitismus‘ kaum eine Veränderung gegenüber 2008 festzustellen. Die Werte des Letztgenannten liegen aber konstant hoch bei knapp 10 Prozent.

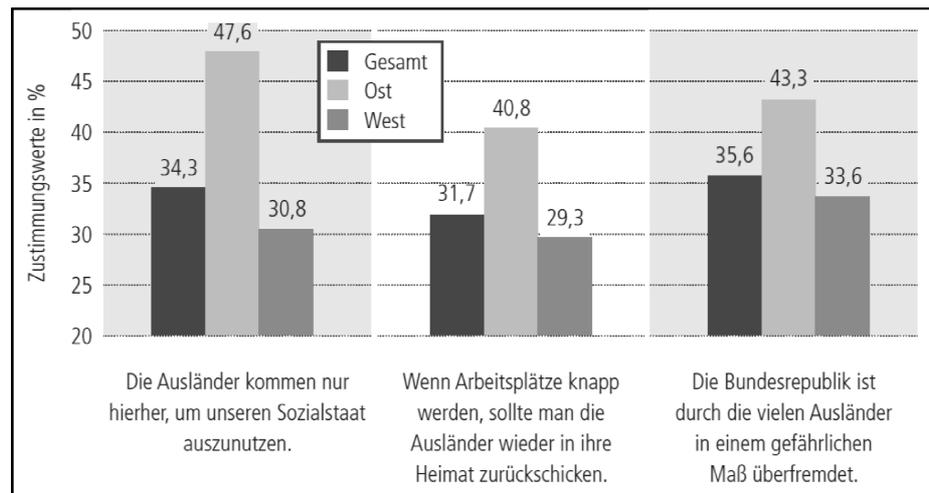
Betrachtet man die einzelnen Aussagen der Dimension ‚Antisemitismus‘, liegen die Zustimmungswerte deutlich darüber:



Zustimmung zu den Aussagen der Dimension *Antisemitismus*; Quelle: Decker et. al. 2010: 79.

In 2010 sieht jede zehnte Person in Deutschland eine Diktatur als bessere Staatsform an und auch die Werte für Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit nehmen gegenüber 2008 zu. Es wurde festgestellt, dass Fremdenfeindlichkeit von allen Dimensionen am stärksten ausgeprägt und in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen ist (vgl. Langenbacher/Molthagen 2009: 8; Gamper/Willems: 444). In den daraufhin geführten qualitativen Gruppendiskussionen war sie sogar noch stärker ausgeprägt als in den quantitativen Untersuchungen und „Ausländerfeindlichkeit scheint für weite Teile der Bevölkerung, unabhängig von Geschlecht, Bildungsgrad oder Parteienpräferenz, konsensfähig zu sein“ (Decker et. al. 2008: 12). Dabei wird häufig zwischen Ausländer/innen oder Migrant/innen unterschieden, denen eine kulturelle Nähe (z. B. Brit/innen oder US-Amerikaner/innen) oder eine kulturelle Ferne (z. B. Türk/innen) zur Mehrheitsbevölkerung unterstellt wird.

Ein Viertel der Bevölkerung bejaht ausländerfeindliche Aussagen und mehr als 30 Prozent der Deutschen stimmen den folgenden Einzelaussagen zu:



Zustimmung zu den Aussagen der Dimension *Ausländerfeindlichkeit*; Quelle: Decker et. al. 2010: 78.

Menschen mit einem rechtsextremistischen Weltbild wählen jeweils zu etwa einem Drittel die großen Volksparteien CDU und SPD und nur zu einem wesentlich geringeren Anteil die rechtsextremen Parteien selbst. „Hier zeigt sich, dass die großen Parteien Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild in ihre Wählerschaft integrieren können. Sie schaffen es deutlich besser als die rechtsextremen Parteien selbst, diese Wählerschicht an sich zu binden“ (Decker/Brähler 2006: 53). Im Rahmen der Studien wird auch deutlich, „dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersstufen, unabhängig vom Erwerbsstatus und Bildungsgrad und bei beiden Geschlechtern in hohem Maße zu finden ist“ (Decker et. al. 2010: 89), jedoch lassen sich auch Unterschiede feststellen. So sind Frauen und Bildungsnahe tendenziell weniger rechtsextrem als Männer und Bildungsferne.

Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen steigt auch mit dem Lebensalter. Anders als in der Öffentlichkeit wahrgenommen und häufig angenommen, stellen nicht die Jugendlichen die größte Gruppe der rechtsextrem Orientierten, denn eine große Gruppe bilden die Rentner/innen und Vorruheständler/innen (vgl. Decker/Brähler 2006: 160). Ähnliche Ergebnisse bezüglich des Bildungsgrades und des Alters belegen auch die Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Gamper/Willems: 443)

Ausländerfeindlichkeit und Diktaturbefürwortung sind in Ostdeutschland, Antisemitismus und Verharmlosung der NS-Zeit dagegen in Westdeutschland tendenziell stärker verbreitet. Bayern<sup>10</sup> zeigt in allen sechs Dimensionen deutlich erhöhte Werte gegenüber dem Durchschnitt Gesamtdeutschlands sowie der westlichen Bundesländer und nur in wenigen Dimensionen haben andere Bundesländer höhere Werte (vgl. Decker/Brähler 2006: 43ff.). Im bundesweiten

<sup>10</sup> Es wird jedoch eingewendet, dass die zu geringe Anzahl der beteiligten Probanden aus Bayern keine repräsentative Aussage zulasse (vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren 2009: 13).

Vergleich nimmt Bayern somit eine traurige Spitzenposition ein. Die aktuelle Situation des Rechtsextremismus in Bayern stellen die Broschüre der Initiative ‚Keine Bedienung für Nazis‘ (2011) sowie die Dokumentationen von Löster (2011) und Angerstorfer/Dengg (2005) sehr umfassend und anschaulich dar.<sup>11</sup> Neben Wahlergebnissen, rechten Parteien und Gruppierungen sowie Straftaten wird auch auf die ‚Mitte‘ der bayerischen Gesellschaft verwiesen.

In ländlichen Regionen sind rechtsextreme Einstellungen häufiger anzutreffen als in Städten (vgl. Gamper/Willems: 443). Auch in Bayern können Aktivitäten der rechten Szene verstärkt auf dem Land sowie in kleinen Orten und Dörfern beobachtet werden, da deren Strategien dort am leichtesten und mit dem wenigsten Widerstand umgesetzt werden können (vgl. Löster 2011: 3). Insbesondere im ländlichen Raum beteiligt sich die rechtsextreme Szene an der Schaffung von Freizeitangeboten, um die Jugendlichen damit für sich zu gewinnen. Rechtsextreme organisieren Zeltlager, Kinderfeste und Konzerte, bieten Sportereignisse, Proberäume oder Abenteuererlebnisse, die zunächst unverfänglich scheinen. „Gerade wo es an Angeboten für Jugendliche fehlt, sind die Rechtsextremen besonders gern“ (Langenbacher/Molthagen 2009: 32).

Auch in lokalen (Sport-)Vereinen, Elternvertretungen oder der Feuerwehr können Rechtsextremist/innen sowie deren Gedankengut vermehrt angetroffen werden. Oft fehlen in ländlichen Regionen gesellschaftliche Strukturen und es wird versucht, sehr kalkuliert durch ziviles Auftreten und lokales Engagement, aber auch durch gezielten Kontaktaufbau und durch Engagement in der Kommunalpolitik die sozialen Bereiche zu durchdringen (vgl. Kulick/Staud 2009: 68f.).

### **1.3 Ursachen und Funktionen sowie Ansätze zur Prävention und Intervention**

Je nach Erklärungsmodell für die Ursachen und Funktionen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterscheiden sich auch die möglichen Gegenstrategien und präventiven Maßnahmen.

Es gab und gibt anthropologische Theorien, die eine Angst vor ‚dem Fremden‘ als angeboren und Feindseligkeiten gegenüber Fremden damit als natürliches menschliches Verhalten betrachten. Eine Bekämpfung dieser Haltung würden Anhänger/innen dieser Theorien als Maßnahme gegen die ‚Natur‘ des Menschen ansehen. Solche Theorien sind massiv kritisiert und bereits häufig widerlegt worden und werden inzwischen als unhaltbar angesehen (vgl. Tsiakalos 1992: 41ff.). Aber auch andere Erklärungsansätze zu den Ursachen und Funktionen von

<sup>11</sup> Informationen zu Bayern finden sich auch unter <https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de>; <https://www.lks-bayern.de> oder <http://www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de>. Deutschlandweite Informationen sind abrufbar unter <http://www.buendnis-toleranz.de> oder <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de>.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, die weniger stark umstritten sind, unterscheiden sich erheblich voneinander. In psychologischen Erklärungsmodellen werden die Ursachen häufig ausschließlich im Individuum, in soziologischen Ansätzen dagegen zumeist in der Gesellschaft gesucht.

Einige Theorien, die auf die Freud'sche *Psychoanalyse* zurückzuführen sind, betrachten das Fremde nicht an sich schon als fremd, sondern es wird vom Individuum dahingehend konstruiert und häufig werden Feindseligkeiten gegen die eigene Person auf andere projiziert. Insbesondere die *Vorurteilsforschung* hat sich stark entfaltet und führt fremdenfeindliches Handeln auf Defizite der Charakterstärke des Diskriminierenden zurück, wie z. B. bestimmte Einstellungen und Wahrnehmungen (vgl. Rommelspacher 1997: 154ff.). Die Gründe für die Bildung von Stereotypen werden in der mangelnden Kapazität gesehen, große Mengen an Informationen verarbeiten zu können. In Folge einer Reizüberflutung werden komplexe Zusammenhänge vereinfacht und stereotypisiert. Es ist häufig davon ausgegangen worden, dass mehr strukturierte Informationen das Defizit automatisch ausgleichen und Stereotypen und Vorurteilen entgegenwirken bzw. vorbeugen können. Die *Kontakthypothese*<sup>12</sup> nimmt an, dass vermehrte Begegnungen und Kontakte zwischen unterschiedlichen Gruppen zu differenzierten gegenseitigen Kenntnissen führen und per se eine größere Akzeptanz hervorrufen, wodurch Stereotype und Vorurteile abgebaut würden. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass Vorurteile bei einer Begegnung auch weiterhin bestehen oder sich verstärken können und es somit einer intensiven pädagogischen Begleitung zum Vorurteilsabbau bedarf.

Andere Untersuchungen gehen auf die Studien der Frankfurter Schule zum *autoritären Charakter* seit den 1930er Jahren zurück. Dieser Klassiker bezieht sich auf Forschungen der Psychoanalyse, insbesondere zu Vorurteilen, berücksichtigt aber auch gesamtgesellschaftliche Faktoren. „Die in der Sozialisation erworbene Persönlichkeitsstruktur wird in diesem Konzept dafür verantwortlich gemacht, dass Menschen zu Vorurteilen neigen und antidemokratische Positionen einnehmen“ (Decker/Brähler 2006: 14f.). Ursachen von antidemokratischem Verhalten werden insbesondere in einer autoritären patriarchalen Erziehung gesehen, die in Angst, Normenorientierung und Autoritätsunterwerfung mündet. In der Folge würden fremdenfeindliche Tendenzen und Vorurteile entstehen, um dadurch die eigene Persönlichkeit und Gruppenzugehörigkeit zu stärken und aufzuwerten. Gegenmaßnahmen und Ansätze zur Prävention müssten demnach an der Erziehung ansetzen. Es wird kritisiert, dass die Erziehung allein nicht ursächlich sein kann für rechtsextreme Tendenzen und sich Erziehungsstile stark geändert haben. Außerdem würden lediglich psychisch instabile Täter/innen imaginiert, Rechtsextremismus da-

---

<sup>12</sup> Die Kontakthypothese erklärt Alexander Thomas so: „Zunehmende Interaktionen der Gruppenmitglieder führen zu vermehrten und differenzierteren gegenseitigen Kenntnissen. Dies erhöht die erlebte Ähnlichkeit und intensiviert Gefühle gegenseitiger Sympathie, wodurch bestehende Vorurteile abgebaut werden“ (Thomas 1994: 228).

mit pathologisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Diese Sicht wäre reduktionistisch, denn die Ursachen sind nicht nur in sozial prekären Milieus, sondern vielmehr in der Mitte der Gesellschaft zu finden (vgl. Rommelspacher 1997: 166). Erziehung kann in den neueren Untersuchungen eine Ursache neben vielen anderen sein:

„Beim erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten war bei Rechtsextremen die Ablehnung und Strafe durch den Vater höher. Die erfahrene emotionale Wärme durch den Vater war gleichzeitig niedriger, eine offensichtlich rechtsextreme Einstellungen fördernde Kombination, wie der Vergleich zu den Nicht-Rechtsextremen zeigt. Hinsichtlich des erinnerten Erziehungsverhaltens durch die Mutter sind bei Menschen mit ausgeprägter rechtsextremer Einstellung sowohl die negativen Aspekte wie Ablehnung und Überforderung, aber interessanterweise auch der positive Aspekt der emotionalen Wärme höher ausgeprägt. Diese Befunde zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten könnten ein Indikator für eine geringe Beteiligung des Vaters an der Erziehung sein, die hauptsächlich durch die Mutter geleistet wurde, wodurch späteren Rechtsextremen eventuell ein positives männliches Vorbild / Modell fehlte“ (Decker/Brähler 2006: 160f.).

Andere Erklärungsansätze aus der Sozialpsychologie und Soziologie nehmen gesellschaftliche Phänomene und Rahmenbedingungen noch stärker in den Blick.

In sozialpsychologischen Ansätzen wird Fremdenfeindlichkeit häufig als Ergebnis von *Gruppenbildungsprozessen* untersucht. Eigen- und Fremdgruppen werden überwiegend konstruiert, um die eigene Gruppe höher zu bewerten und somit den Selbstwert zu stärken. Die beiden oben genannten Einstellungsdimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus können in diesem Sinne als Methoden der Selbstaufwertung und Fremdgruppenabwertung verstanden werden. Insbesondere Fremdenfeindlichkeit geht zumeist einher mit der Vorstellung einer kulturellen Abwertung und es wird häufig unterschieden „zwischen nützlichen Migrant/innen, die ‚uns‘ etwas bringen, und jenen Migrant/innen, die ‚nicht zu uns passen‘ und kulturell rückständig seien“ (Decker et. al. 2010: 141).

Eine weitere Begründung findet sich nach Ulrich Beck in der *Risikogesellschaft*. Im Zuge verstärkter Individualisierungsprozesse würden klassische Werte und traditionelle Lebensformen zerfallen. Dies trage mehr und mehr zu einer Unsicherheit bei, woraufhin insbesondere Jugendliche verstärkt Halt in rechtsextremen Orientierungen suchten. Die Fokussierung auf das Wertesystem kann schnell zur Vernachlässigung des Einflusses anderer Faktoren führen und die Individualisierungsthese übersieht zudem, dass auch in Gesellschaften mit konservativen Werten (z. B. im Nationalsozialismus) Rechtsextremismus stark verbreitet ist (vgl. Melter 2006: 51).

In der Forschung wird häufig auch von einer *Desintegrations- oder Defizittheorie* gesprochen, die davon ausgeht, dass insbesondere sozial benachteiligte Personen rechtsextrem orientiert

sind. Die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen wird von der Zugehörigkeit der Menschen zu bestimmten Gruppen oder Gesellschaftsschichten abgeleitet. Ursachen werden in einem bedrohten sozialen Status und einer drohenden oder vollzogenen sozialen Deklassierung gesehen (vgl. Decker/Brähler 2006: 16), z. B. in Folge von Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot. Insbesondere die Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit um Heitmeyer bauen auf diesem Erklärungsmodell der Desintegrationstheorie und des Statusverlustes auf.

Eng verwandt ist auch die *Deprivationstheorie*, die von Isolation und einem Gefühl der Benachteiligung ausgeht. Insbesondere in Zeiten von Krisen seien Menschen anfällig für Rechtsextremismus. Aktuelle Studien weisen Anteile von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Deprivation bei der Bildung von Stereotypen und Vorurteilen nach. So sagen knapp 40 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung, dass sie sich in ihrem Lebensumfeld nicht wohlfühlen. „Über 90 % der Bevölkerung geben an, weder einen Sinn darin erkennen zu können, sich politisch zu engagieren, noch das Gefühl zu haben, Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. [...] Die Demokratie kann von vielen Bundesbürger/innen nicht mit Leben gefüllt werden.“ (Decker et. al. 2010: 144). Auch wirtschaftliche Aspekte spielen eine Rolle, werden aber oft nicht als diese erkannt.

„An unseren Ergebnissen ist besonders bemerkenswert, dass sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum objektiv verschlechtert hat, diese Verschlechterung subjektiv aber nicht wahrgenommen zu werden scheint. Diese Veränderung äußert sich offensichtlich eher in einer Zunahme rechtsextremer Einstellung und einem stärkeren politischen und sozialen Deprivationserleben“ (Decker et. al. 2010: 146).

In den Argumentationen von Jugendlichen ist laut Leiprecht häufig eine Unzufriedenheit mit den eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkennen, aber diese würden sie nicht direkt gegen die Lebensbedingungen, sondern gegen andere Menschen(gruppen) richten. Rechtsextreme und rassistische Denk- und Handlungsmuster können also eine verschobene Reaktion auf das Unbehagen gesellschaftlicher Bedingungen sein (vgl. Leiprecht 2005: 18f.).

Mit dem Blick auf die (sozial-)psychologischen und soziologischen Ursachen sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird deutlich, dass Rechtsextremismus kein Problem ist, „das alleine durch Verfassungsschutz oder einzelne politische Gruppierungen zu lösen ist. Hier ist jede gesellschaftliche Institution gefragt, über Strategien gegen Rechtsextremismus nachzudenken und diese umzusetzen“ (Decker/Brähler 2006: 56). Die Gründe für Rechtsextremismus sind vielfältig und können nicht auf eine einzelne Ursache reduziert werden. In gleicher Weise müssen auch die Gegenstrategien und Präventionsmaßnahmen vielfältig sein. Der Blick darf dabei nicht nur auf Jugendliche gerichtet werden, sondern es müssen auch die bisher weniger berücksichtigten Lebensalter der frühen Kindheit und des Alters deutlich stärker

beachtet werden. Neben der Erziehung und Bildung muss auch an den sozialen, politischen und wirtschaftlichen strukturellen Gesellschaftsbedingungen wie Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, Wohnungsbau oder auch (Ausländer-)Gesetzgebung angesetzt werden.

Von politischer und medialer Seite muss eine hohe Sensibilität im Umgang mit fremdenfeindlichen Aussagen sowie Diskriminierungstendenzen eingefordert werden. Es bedarf einer Kultur der allgemeinen Wertschätzung, denn jede Person und jede Personengruppe kann jederzeit Opfer von Vorurteilen und Ausgrenzungsprozessen werden.

## 2. Förderung von Demokratie und Toleranz

Maßnahmen, die ergriffen werden, sollten nicht nur darin bestehen, Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen oder ihnen vorzubeugen, sondern es sollte langfristig über die Grundlagen eines demokratischen und toleranten Zusammenlebens nachgedacht werden.

Seit jeher entwickeln Menschen gesellschaftliche Strukturen, um ihr Zusammenleben und ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu regeln. Diese politischen Strukturen müssen an die Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft, insbesondere an die jüngeren, weitergegeben werden. Es sind Lernprozesse nötig, in denen Politik vermittelt wird. Die (jungen) Menschen werden in die kulturellen Selbstverständlichkeiten, Einstellungen und Überzeugungen sowie Werthaltungen, Wissensbestände und Handlungsmöglichkeiten eingeführt. Die *politische Sozialisation* ist somit Teil der allgemeinen Sozialisation (vgl. Sander 2005: 13). Es gibt nicht in allen Gesellschaften institutionalisierte Orte der politischen Sozialisation. In Deutschland übernimmt neben Jugendverbänden, Vereinen, Gewerkschaften oder Religionsgemeinschaften insbesondere die Schule als Institution für Erziehungs- und Bildungsprozesse die Funktion der *politischen Bildung*. Aber auch in vielen anderen Zusammenhängen findet politische Bildung statt.

Das Lernen und die Auseinandersetzung mit politischen Strukturen können durch Wissensvermittlung oder Verhaltenslehre in verschiedenem Ausmaß geschehen. Neben der *Bildung als Herrschaftslegitimation* (Legitimation des Bestehenden im Interesse der Machthabenden) und der *Bildung als Mission* (Verbesserung gesellschaftlicher Zustände durch ein vorgegebenes politisches Programm), die beide die Lernenden eher als Objekte der Belehrung verstehen, ist in demokratischen Strukturen insbesondere die *Bildung zur Mündigkeit* zu berücksichtigen (vgl. Sander 2005: 15ff.). Diese Vorstellung beinhaltet, dass Lernende sich selbständig mit Politik beschäftigen, ohne dass Urteile, Überzeugungen oder politische Meinungen bereits im Vorfeld fest stehen. Bei der Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema oder einer Problemlage

sind Lernende frei in ihren Auffassungen und Lösungsvorschlägen, was einer als emanzipatorisch verstandenen politischen Bildung entspricht.

Seit Mitte der 1960er Jahre werden Lernende somit als Subjekte und nicht mehr als Objekte von politischer Bildung angesehen (vgl. Hafenegger 2005: 287). Eine so verstandene Erziehung zur Mündigkeit ist auf die Aufklärung zurückzuführen und es geht um nichtformelle und informelle (Selbst-)Bildungsprozesse, um Teilnahme, Mitbestimmung und Partizipation. In diesem Zusammenhang spricht Albert Scherr von einer *dialogisch angelegten* und *subjektorientierten* Bildungspraxis (vgl. Scherr 2004: 238). Diese Bildungspraxis muss gefördert werden, denn in modernen pluralen Gesellschaften kann kein Sinnzusammenhang und kein Weltbild (mehr) existieren, das einheitlich und allgemeingültig ist und das lediglich weitergegeben werden müsste. Der politischen Bildung geht es daher um die Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Menschen in einer Gesellschaft zusammen leben wollen. Jede Situation, jeder Ort und jede Umgebung kann daher zum Thema politischer Bildung werden.

In Folge dieses weit gefassten Bedeutungszusammenhangs gibt es Bestrebungen, den Kern der politischen Bildung mit dem Begriff des *Demokratie-Lernens* zu fassen, denn demokratische Gesellschaften bemühen sich in der Regel, ihren Bürger/innen Kenntnisse über das demokratische System zu vermitteln. Sie sollen sich zu autonomen und mündigen Staatsbürger/innen bilden. Demokratie wird hier mehr als eine Lebensform verstanden, die Toleranz beinhaltet und den Willen zu einem friedlichen Zusammenleben. Der Begriff integriert die Fähigkeit zu Kooperation und Fairness sowie die Bereitschaft zu Engagement. Demokratie-Lernen ähnelt dabei den Ansätzen einer Civic oder Citizenship Education, die sich als Bürger/innenbildung oder zivilgesellschaftliche Bildung darauf beruft, demokratische und zivilgesellschaftliche Kompetenzen der Bürger/innen zu stärken.

Im Rahmen der oben vorgestellten Studien ist festgestellt worden, dass Demokratie und Politik von den meisten Befragten als etwas Abstraktes wahrgenommen wird. Sie haben nicht den Eindruck, an diesen beteiligt zu werden, sondern lediglich Regierungen oder Politike/(innen) werden als Handelnde wahrgenommen. Ihre eigenen einzigen Partizipationsmöglichkeiten sehen sie in der häufig negativ besetzten Wahlbeteiligung (vgl. Decker et. al. 2010: 152). Diese Ergebnisse machen deutlich, dass umfassende demokratische und partizipatorische Anstrengungen nötig sind. Es muss seitens der Politik und seitens der Bürger/innen mehr Demokratie und Beteiligung gewagt und eingefordert werden.

„Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. [...] Erfährt man, dass man etwas ändern kann, glaubt man an Demokratie; erfährt man das Gegenteil, nützt auch politische Bildung wenig“ (Decker/Brähler 2006: 169).

Diese Erfahrung, selbst etwas bewirken zu können, darf nicht an den Institutionen und Einrichtungen enden. Vermehrte Möglichkeiten und bessere Formen der Partizipation sind auch einzufordern durch eine ernste und tief greifende Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen. Bei Verwaltungseinrichtungen, Vereinen und insbesondere bei den Bildungsinstitutionen sollten Strukturen der Beteiligung geschaffen werden, damit Demokratie für die Menschen erfahrbar ist und sie als Subjekte den demokratischen Prozess begreifen und aktiv steuern können (vgl. Decker et. al. 2010: 153).

Sowohl finanziell als auch inhaltlich müssen gesellschaftliche Institutionen gestärkt werden. Sie sollten sich der Menschenrechtserziehung und einer Antidiskriminierungspolitik verpflichten und Toleranz aktiv leben. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie alle weiteren Formen der Diskriminierung müssen von einem Sonderthema zu einem Querschnittsthema werden. Es wird „eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermittelt, dass Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten“ (Decker/Brähler 2006: 171).

### **3. Situationsanalyse Weiden i.d.OPf.**

Nach den allgemeinen theoretischen Rahmenbedingungen wird in diesem Kapitel eine Analyse der spezifischen Situation in Weiden i.d.OPf. vorgenommen. Nach demografischen und sozialstrukturellen Daten, die vom BASIS-Institut GmbH in Bamberg erhoben und zur Verfügung gestellt wurden, erfolgt eine Analyse der Wahlergebnisse auf Stadt-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Es wurden Statistiken und Datenmaterial der Stadt Weiden i.d.OPf., des Landes Bayern sowie des Bundes ausgewertet und genutzt. Daran anschließend werden einige Statistiken zu politisch ‚rechts‘ motivierten Straftaten präsentiert, die vom Polizeipräsidium der Oberpfalz zur Verfügung gestellt wurden. Die Wahlergebnisse und Straftaten geben einen Einblick in die manifesten Formen des Rechtsextremismus, die in Weiden i.d.OPf. bzw. in der Oberpfalz anzutreffen sind. Sie werden ergänzt durch die Einschätzungen zur bestehenden Gefahr durch die Weidener Bürger/innen, die sich an der Fragebogenerhebung beteiligt haben.

Es existieren gleichzeitig aber viel alltäglichere und latente Formen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die in keiner Statistik erfasst werden. Einige wenige Einschätzungen zu dem Vorhandensein von alltäglichem Rassismus und Diskriminierungserfahrungen in Weiden i.d.OPf. wurden daher ebenfalls der Fragebogenerhebung entnommen und sollen in einem kurzen Abschnitt vorgestellt werden.

### 3.1 Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur<sup>13</sup>

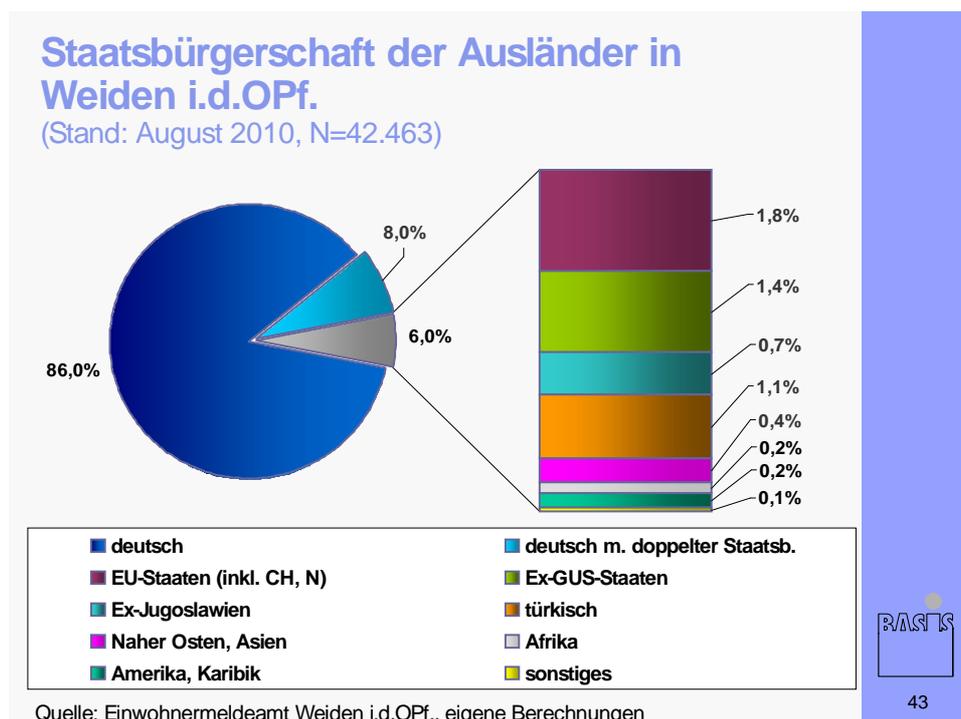
#### 3.1.1 Bevölkerungszusammensetzung

##### Bevölkerungszahl

Im Rahmen der Integrationsplanung der Stadt Weiden i.d.OPf. wurde im Jahr 2010 eine Bevölkerungsanalyse auf der Grundlage der Daten des Einwohnermeldeamtes durchgeführt. Demnach wohnen im Weiden i.d.OPf. 42.463 Personen.

##### Ausländeranteil

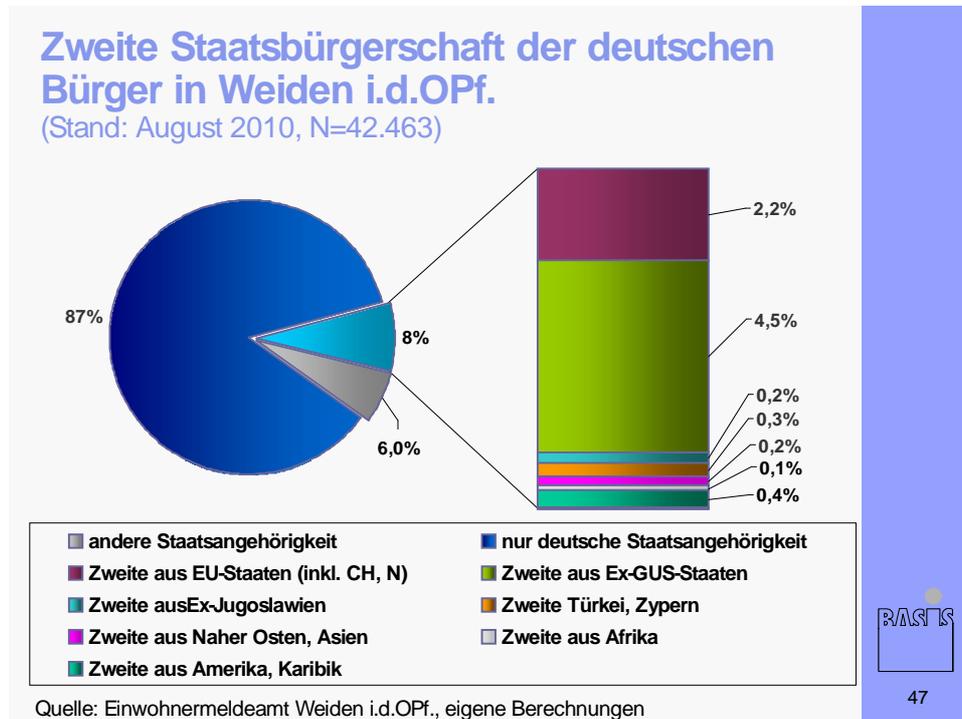
Nur sechs Prozent der Bewohner Weidens haben eine andere als die deutsche Nationalität. Nach Ländergruppen sortiert haben 1,8 Prozent aller Weidener eine nicht deutsche Nationalitätszugehörigkeit aus den anderen EU-Ländern. 1,4 Prozent stammen aus den Ex-GUS-Staaten, 1,1 Prozent haben die türkische Staatsangehörigkeit und 0,7 Prozent haben eine Nationalität der Staaten, die früher Jugoslawien bildeten.



<sup>13</sup> Der Abschnitt 3.1 wurde vom BASIS-Institut in Bamberg verfasst. Der Inhalt und die Form des Textes wurden unverändert übernommen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die statistischen Angaben zu ‚Ausländer/innen‘ und ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ nicht identisch sind. (Spät-)Aussiedler/innen z. B. haben einen Migrationshintergrund, sind aber in Folge ihrer deutschen Staatsangehörigkeit keine Ausländer/innen.

### Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft

Acht Prozent der Weidener haben eine doppelte Staatsangehörigkeit. Mehr als die Hälfte dieses Bevölkerungsanteils hat eine zweite Staatsbürgerschaft aus den Ex-GUS-Staaten. Jeder vierte Weidener mit doppelter Staatsbürgerschaft hat eine zweite Staatsbürgerschaft eines EU-Landes.

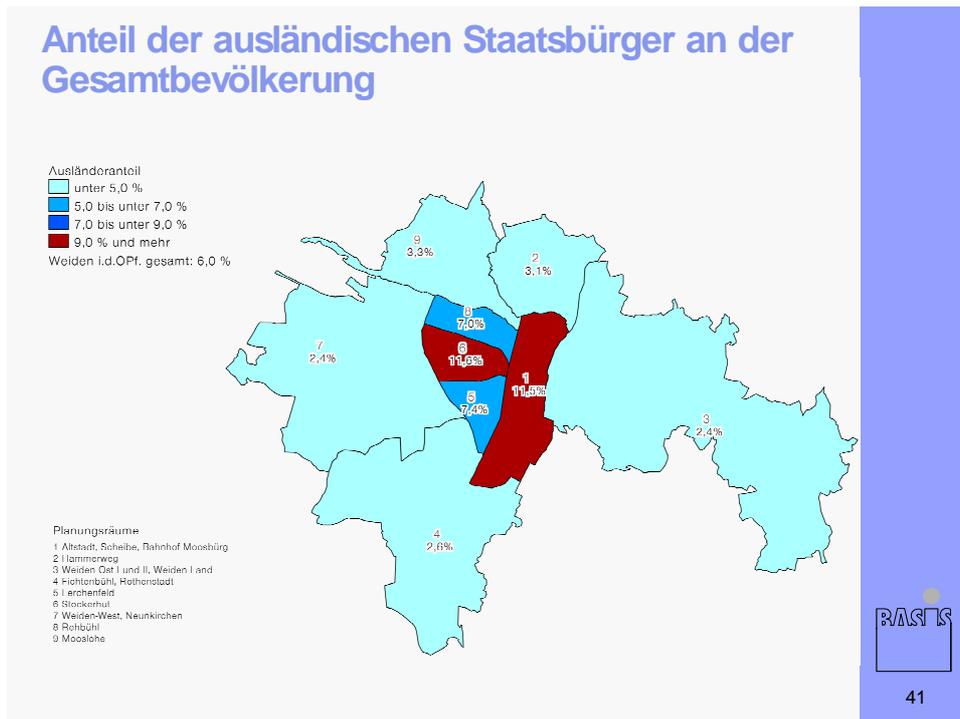


### Migrationshintergrund

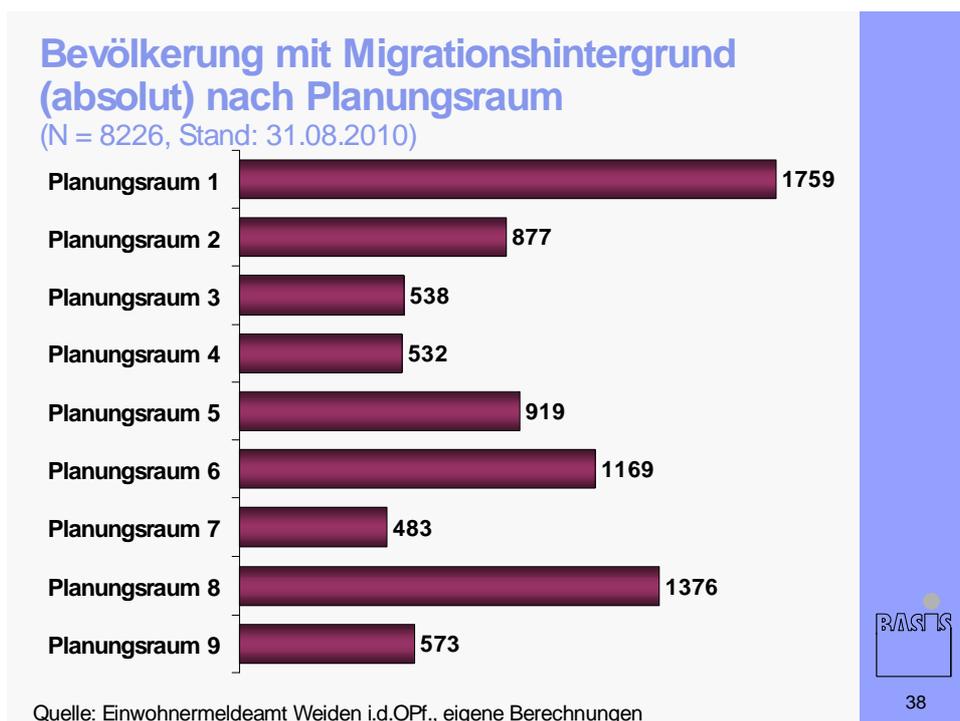
Einen Migrationshintergrund (nach der Definition des Stat. Bundesamtes) haben 17,8 Prozent der Weidener. Damit liegt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in Weiden knapp unter dem bayerischen Wert (2007 19,6 Prozent, seitdem steigend).

Innerhalb des Stadtgebiets schwankt der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund zwischen 9,3 Prozent (Weiden Ost I und II, Weiden Land) bis 30,8 Prozent (Stockerhut). Betrachtet man die drei unterschiedlichen Werte Ausländeranteil, Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft und Personen mit Migrationshintergrund kann man feststellen, dass sich die Ausländer vor allem im Planungsraum 1 (Altstadt/Scheibe/Bahnhof Moosbürg) mit 11,5 Prozent Ausländeranteil und im Planungsraum 6 (Stockerhut) mit 11,6 Prozent Ausländeranteil konzentrieren.

Der Planungsraum mit dem niedrigsten Ausländeranteil hat nahezu fünfmal weniger Ausländer als der Planungsraum mit dem höchsten Anteil.



Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft konzentrieren sich mit 14,5 Prozent Bevölkerungsanteil vor allem im Planungsraum 6 (Stockerhut). Zwischen dem Planungsraum mit dem niedrigsten und dem höchsten Anteil an Deutschen mit Migrationshintergrund liegt lediglich der Faktor 3. Dies spricht für eine homogenere Verteilung von Deutschen mit Migrationshintergrund als bei den Ausländern. Auch bei den Personen mit Migrationshintergrund ist der Anteil im Planungsraum mit dem niedrigsten Wert ca. um das Dreifache geringer als im Planungsraum mit dem höchsten Anteil.



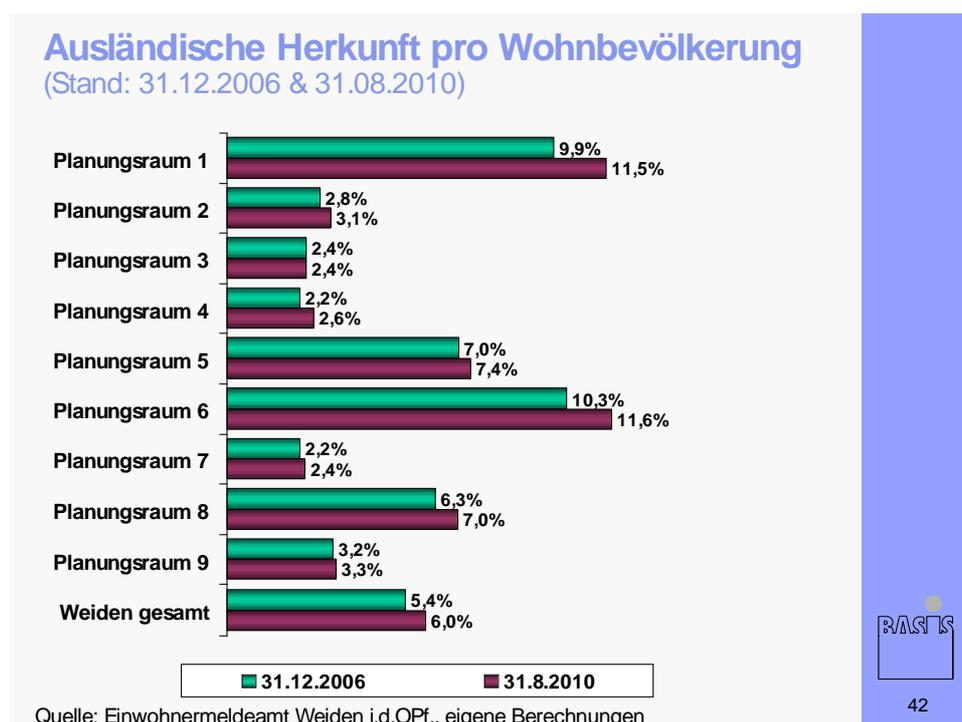
Das heißt, dass die Segregation vor allem in Bezug auf die Personen mit nicht deutscher Nationalität besonders ausgeprägt ist. Bei den Deutschen mit doppelter Staatsangehörigkeit und bzgl. der Personen mit Migrationshintergrund hat sich eine vergleichsweise homogenere Verteilung über das Stadtgebiet eingestellt.

Planungsraum	Bevölkerung (absolut)	Ausländeranteil	Anteil Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit	Anteil Personen mit Migrationshintergrund
1	6.906	11,5%	8,4%	24,4%
2	5.423	3,1%	7,7%	14,3%
3	4.886	2,4%	4,4%	9,3%
4	4.296	2,6%	4,5%	10,6%
5	3.916	7,4%	9,7%	21,8%
6	3.625	11,6%	14,5%	30,8%
7	3.685	2,4%	6,4%	11,1%
8	6.333	7,0%	8,9%	20,0%
9	3.393	3,3%	8,2%	15,7%
<b>Gesamt</b>	<b>42.463</b>	<b>6,0%</b>	<b>8,0%</b>	<b>17,8%</b>

Quelle: BASIS-Institut 2010, Reanalyse des Einwohnermeldebestandes

### Veränderung der Ausländeranteile von 2006 bis 2010

In nahezu allen Planungsräumen ist der Anteil der Ausländer innerhalb der letzten fünf Jahre trotz kontinuierlicher Einbürgerungen gestiegen.



### 3.1.2 Sozialstruktur

#### Arbeitslosigkeit

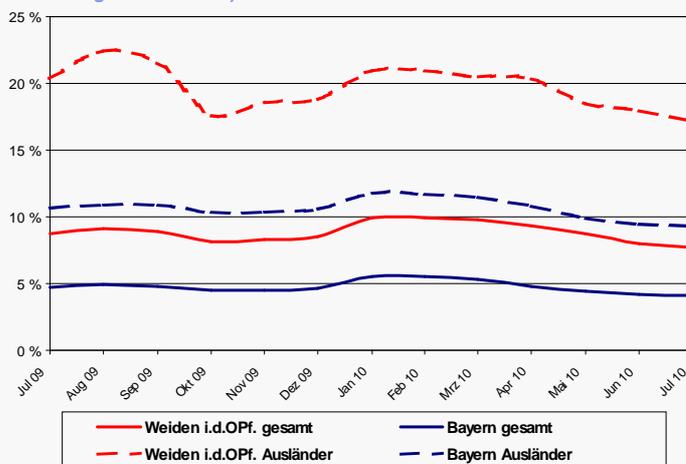
Seit langem liegen die Arbeitslosenquoten in Weiden i.d.OPf. deutlich über den bayerischen Durchschnittswerten. Dies liegt auch daran, dass in Städten regelmäßig höhere Arbeitslosenquoten als im ländlichen Raum ausgewiesen werden, da in den Städten Personengruppen, die besondere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben (z. B. Ausländer, Personen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende) vergleichsweise häufiger vertreten sind als im ländlichen Raum. Zudem liegt die Arbeitslosigkeit in der nördlichen Oberpfalz generell über dem bayerischen Niveau.

Genauere Aussagen über die Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund können leider nicht ausgewiesen werden, da das Merkmal „Migrationshintergrund“ in der Arbeitsverwaltung nicht durchgehend erhoben bzw. auswertbar gehalten wird.<sup>14</sup>

Daher müssen die Analysen nachfolgend auf die Nationalität der Arbeitslosen gerichtet werden. Auch in Weiden i.d.OPf. gehen die Arbeitslosenquoten durch die konjunkturelle Erholung deutlich zurück, liegen aber fast auf dem doppelten Niveau wie die bayerische Arbeitslosenquote. Ausländer sind mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

#### Arbeitslosenquoten gesamt und ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Weiden i.d.OPf. und Bayern (bezogen auf alle zivile Erwerbspersonen)

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



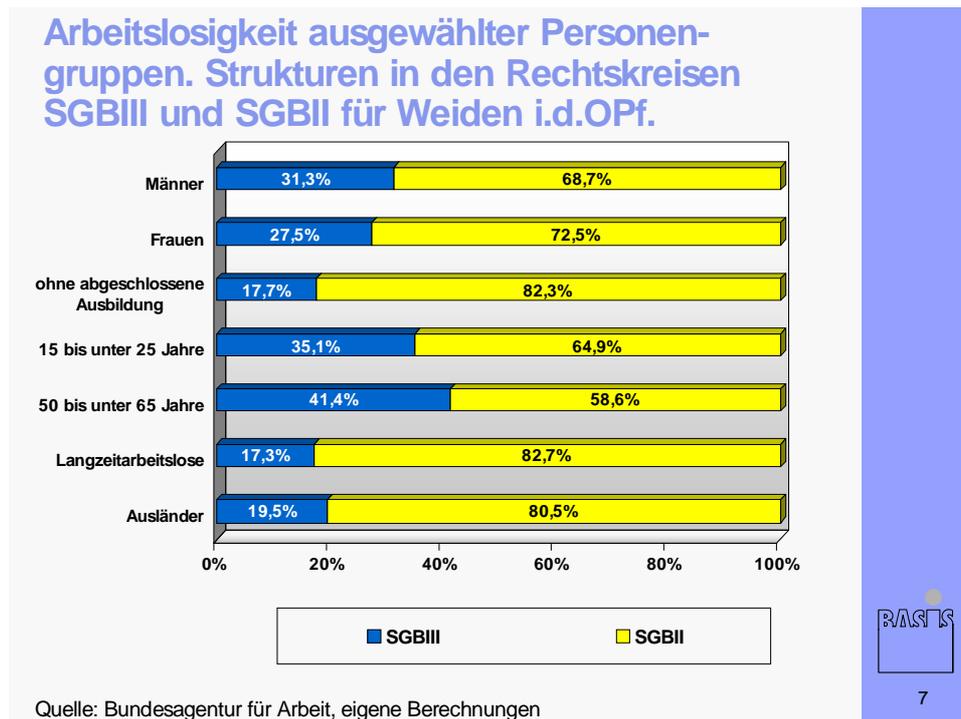
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen



<sup>14</sup> Durch eine Migrationserhebungsverordnung hat die Arbeitsverwaltung die Grundlagen für die Erhebung des Migrationshintergrundes gelegt. Die entsprechenden Daten wurden aber noch nicht vollständig erhoben bzw. sind in den Arbeitsmarktanalysen und Arbeitsmarktdaten noch nicht eingeflossen.

Arbeitslose, die in den Rechtskreis SGBIII fallen, sind in der Regel maximal 12 Monate arbeitslos, während Personen im Rechtskreis SGBII (Hartz IV) in der Regel über 12 Monate arbeitslos sind. Ein besonders hoher Anteil an SGBII-Beziehern in einer gesellschaftlichen Teilgruppe kann daher als Hinweis auf eine hohe Quote von Langzeitarbeitslosigkeit bzw. verfestigte Arbeitslosigkeit gewertet werden.

Insbesondere Ausländer weisen hier hohe Werte auf. In dieser Gruppe der Arbeitslosen sind über 80 Prozent im SGBII-Bezug.

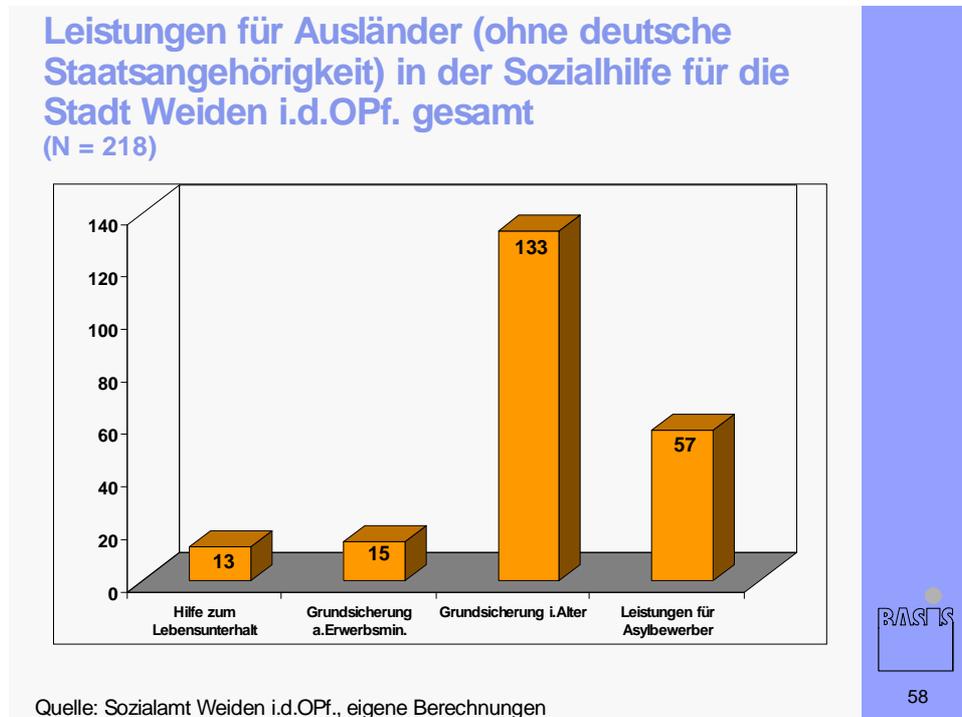


Zusammenfassend kann auch unter Einbeziehung qualitativer Aussagen, die im Rahmen der Arbeit am Weidener Integrationskonzept gewonnen wurden, festgestellt werden, dass Ausländer in Weiden i.d.OPf. stark überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aufgrund der qualitativen Aussagen von Experten kann man annehmen, dass dies auch für die Weidener mit Migrationshintergrund zutrifft.

Die erhöhte Arbeitslosigkeit in diesen Gruppen liegt auch am geringeren Schul- bzw. Berufsabschlussniveau dieser Gruppe bzw. daran, dass im Ausland erworbene Abschlüsse (bisher) in Deutschland nicht verwertbar sind.

### Grundsicherung im Alter / Grundsicherung für Nichterwerbsfähige

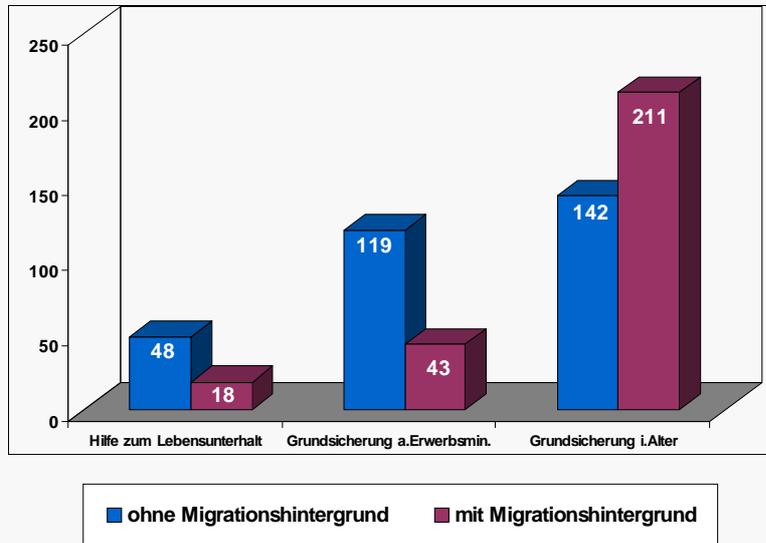
Betrachtet man die Sozialleistungen für Ausländer in Weiden i.d.OPf.in der Zusammenschau wird deutlich, dass das Gros der Transferbezieher Leistungen der Grundsicherung im Alter beziehen.



Schlüsselt man die Inanspruchnahme verschiedener Transferleistungen danach auf, ob die Bezieher einen Migrationshintergrund haben, wird deutlich, dass bei allen Transferleistungsarten die Quoten der Leistungsbezieher den prozentualen Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung (18 Prozent) übersteigen. Grundsicherung im Alter beziehen sogar mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Personen ohne Migrationshintergrund.

Insgesamt deutet der Transferbezug von Personen mit Migrationshintergrund auf die misslichere materielle Lage dieser Personengruppe hin. Einfacher ausgedrückt sind diese häufiger arm und auf materielle Hilfeleistungen angewiesen. Insbesondere trifft dies auf die älteren Personen mit Migrationshintergrund zu, die häufig wegen wechselnder bzw. prekärer Arbeitsverhältnisse nur über eine geringe Absicherung durch Rücklagen oder Rentenbezüge verfügen können.

### Verteilung der Sozialhilfefälle nach Migrationshintergrund und Art der Hilfe (N = 638)



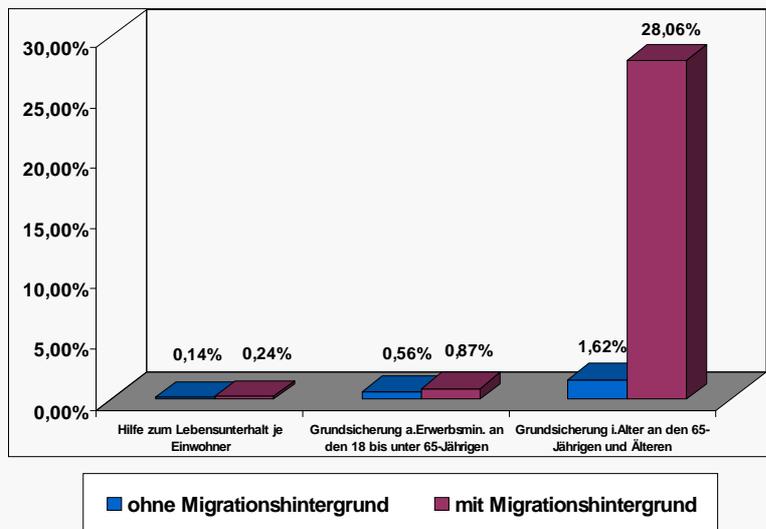
Quelle: Sozialamt Weiden i.d.OPf., eigene Berechnungen



67

Dass Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft Transferleistungen beziehen (müssen), zeigt sich, wenn man die Transferleistungsbezieher in Bezug zur Grundgesamtheit der jeweiligen Gruppe setzt. So beziehen 1,6 Prozent der älteren Weidener ohne Migrationshintergrund Grundsicherung im Alter, aber 28 Prozent der älteren Personen mit Migrationshintergrund.

### Verteilung der Sozialhilfefälle auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe (in %) in Weiden gesamt (N = 638)



Quelle: Sozialamt Weiden i.d.OPf., eigene Berechnungen



68

Die Wahrscheinlichkeit auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein, ist somit mit Migrationshintergrund mehr als siebzehnmal höher. Auch wenn die finanziellen Folgekosten der Grundsicherung im Alter in Zukunft vom Bund getragen werden, bleibt die Armutssituation bei diesen Transferleistungsbeziehern bestehen. Deren Teilhabeprobleme sind mit finanziellen Zuweisungen auf Hartz IV Niveau nicht behoben.

### *Bildung*

In Bezug auf die Bildungssituation sind aussagekräftige Daten, die eine Beurteilung des Bildungserfolgs bzgl. Weidener Schüler/innen bzw. von Schüler/innen mit Migrationshintergrund zulassen würden, nur sehr eingeschränkt vorhanden. Zum einen liegen zentrale Angaben nur schulbezogen vor. Daten zur Herkunft der Schüler werden bezüglich des Migrationshintergrundes nicht nach einheitlichen Kriterien bzw. nicht verlässlich erfasst. Sinnvoll wäre eine Erfassung des Migrationshintergrundes an Schulen nach der Definition des Statistischen Bundesamtes. Nach dessen Definition haben „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2011: 6) einen Migrationshintergrund.

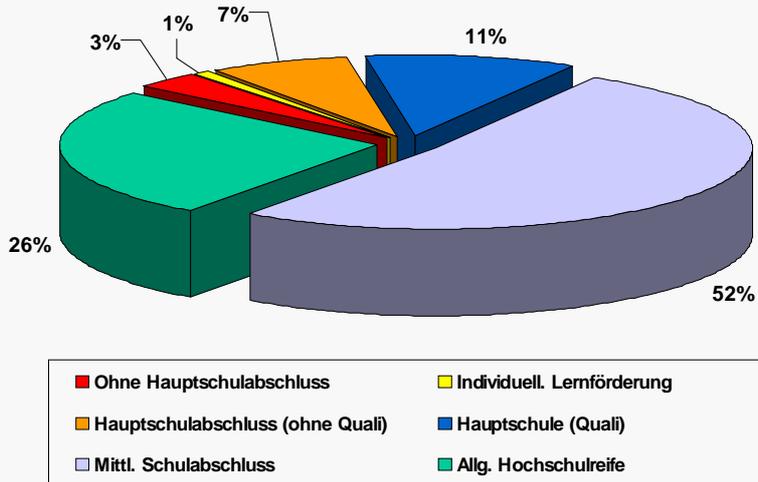
Ob Schüler aus dem Landkreis oder aus der Stadt kommen, wird zwar erfasst. Daten zu den erzielten Bildungserfolgen lassen sich aber leider nur durch Einzelauszählungen mit hohem Aufwand nach örtlicher Herkunft aufbereiten. Da Gymnasien und Realschulen auch von Schüler/innen aus dem Landkreis besucht werden, die Schüler/innen an Haupt-/Mittelschulen aber in der Regel aus Weiden kommen, ist es nicht möglich, z. B. einen Durchschnittswert des Ausländeranteils oder Anteils an Schüler/innen mit Migrationshintergrund für die 8. Klassenstufe der Schüler aus Weiden zu berechnen.

Da die Beteiligung der Schulen im Rahmen der Erstellung eines Integrationskonzeptes der Stadt Weiden i.d.OPf. sehr begrenzt war, konnten weitergehende Daten und Analysen nicht durchgeführt werden. Die nachfolgend aufgeführten Statistiken können daher nur eine Tendenz aufzeigen, da diese aus den oben benannten Gründen nur mit Einschränkungen interpretiert werden können.

Wie in den nachfolgenden Graphiken dargestellt, beträgt der Anteil der Absolventen, die eine Haupt-/Mittelschule besuchten, bei den Schüler/innen ohne Migrationshintergrund 13 Prozent und bei denen mit Migrationshintergrund 31 Prozent. Allerdings sind die Grundgesamtheiten dadurch verzerrt, dass in Gymnasien und Realschulen viele Schüler aus dem Landkreis

beschult werden. Daher kann man allenfalls die Tendenz ableiten, dass Ausländer nur in geringerem Maß höhere Bildungsabschlüsse erwerben.

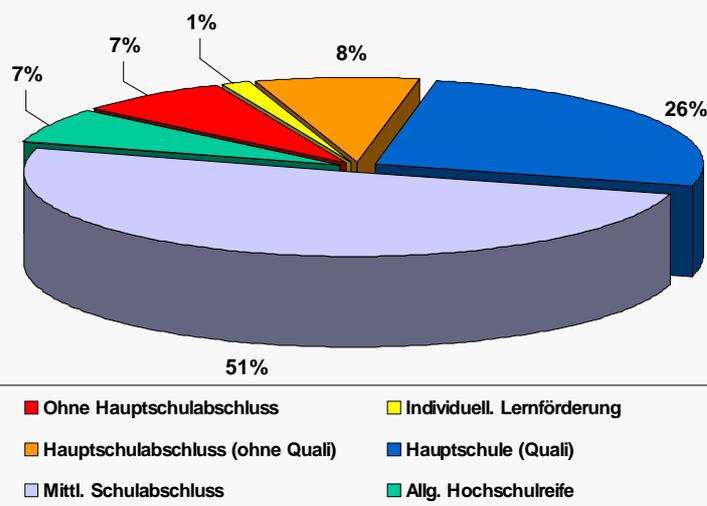
### Aufteilung der Weidener Absolventen und Schulabgänger (2007 bis 2009) mit deutscher Staatsangehörigkeit nach Abschlussart



Quelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Bayern, eigene Berechnungen



### Aufteilung der Weidener Absolventen und Schulabgänger (2007 bis 2009) ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Abschlussart



Quelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung Bayern, eigene Berechnungen



### 3.2 Analyse von Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien

Für die Analyse der vergangenen Wahlergebnisse und der jeweiligen Akteur/innen<sup>15</sup> auf Stadt-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene wurden Datenquellen der Stadt Weiden i.d.OPf. und des Landes Bayern, aber auch der Bundesrepublik Deutschland recherchiert und verwendet.<sup>16</sup>

Für den **Stadtrat** der Stadt Weiden i.d.OPf. waren die Bürger/innen jeweils am 03.03.2002 und am 02.03.2008 zur Wahl aufgerufen. In beiden Wahljahren sind keine dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnenden Parteien angetreten.

Die letzten Wahlen zum **Bezirkstag** des Bezirks Oberpfalz fanden am 21.09.2003 und am 28.09.2008 statt. Im Jahr 2003 trat *Die Republikaner (REP)* zur Wahl an, die zu dieser Zeit mit Verdacht auf rechtsextremistische Bestrebungen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stand. Im Stimmkreis Weiden erreichte sie mit ihrem Stimmkreisbewerber Fritz Kraus ein Ergebnis von 2,88 Prozent bei den Erststimmen und 2,74 Prozent bei den Zweitstimmen. Im Jahr 2008 trat die REP mit Karl Meixner an, erreichte jedoch lediglich 0,87 Prozent bei den Erst- und 0,75 Prozent bei den Zweitstimmen. Sie wird vom Verfassungsschutz inzwischen nicht mehr als rechtsextrem eingestuft, bewegt sich aber „in der Grauzone zwischen dem rechtem Rand der Demokratie und dem Rechtsextremismus“ (Langenbacher/Molthagen 2009: 15). Wesentlich höhere Ergebnisse bei den Bezirkstagswahlen 2008 erreichte die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* unter Patrick Schröder. Es wurden 2,78 der Erst- und 2,86 Prozent der Zweitstimmen erreicht. Die NPD wird vom Verfassungsschutz eingestuft als eine „Partei mit einer geschlossenen rechtsextremistischen Weltanschauung“ (Bundesministerium des Inneren 2011: 67). Angesichts dieser Einschätzung kann die Schlussfolgerung getroffen werden, dass der Stimmkreisbezirk Weiden in den letzten Jahren in verstärktem Maße rechtsextreme Parteien gewählt hat. Die Ergebnisse der als wichtiger einzustufenden Zweitstimmen liegen im Jahr 2008 (NPD) höher als im Jahr 2003 (REP). Rechnet man die Ergebnisse der REP und der NPD zusammen, so liegen nicht nur die Ergebnisse der Zweitstimmen (3,61 Prozent), sondern auch der Erststimmen (3,65 Prozent) über den Wahlergebnissen von 2003.

Der **Landtag** des Landes Bayern wurde ebenfalls jeweils am 21.09.2003 und am 28.09.2003 gewählt. Im Jahr 2003 trat die REP zur Wahl an, im Jahr 2008 die REP und die NPD. Insgesamt erreichte die REP im Jahr 2003 ein Ergebnis von 2,2 Prozent der Gesamtstimmen<sup>17</sup> und

<sup>15</sup> Nähere Angaben zu den aktuellen Akteur/innen der rechtsextremen Parteien, Kameradschaften und Gruppierungen in der Oberpfalz können den Broschüren von Löster (2011) sowie der Initiative ‚Keine Bedienung für Nazis‘ (2011) entnommen werden. Letztere kann über Arbeit und Leben Bayern gGmbH bezogen werden.

<sup>16</sup> Nachfolgende Daten und Berechnungen basieren auf den Angaben der Internetseiten <http://www.weiden.info> und <http://www.wahlen.bayern.de>.

<sup>17</sup> Auf der Seite <http://www.wahlen.bayern.de> werden nicht die Ergebnisse der Erst- und Zweitstimmen, sondern der Gesamt- und Erststimmen angegeben.

2,3 Prozent der Erststimmen. 2008 erhielt die REP jeweils 1,4 Prozent der Gesamt- sowie Erststimmen. Die NPD erreichte jeweils 1,2 Prozent der Gesamt- und Erststimmen. Rechnet man für 2008 die Ergebnisse von REP und NPD zusammen, haben sie gemeinsam auf Landesebene jeweils 2,6 Prozent der Stimmen erhalten, was eine geringfügige Steigerung gegenüber 2003 bedeutet.

Neben den Gesamtergebnissen auf Landesebene können insbesondere durch die Betrachtung der jeweiligen Stimmabgaben aus dem Wahlkreis Weiden Rückschlüsse auf ein gleich gebliebenes oder verändertes Wahlverhalten der Bürger/innen gegenüber den Parteien gezogen werden, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Nach Internetangaben der Stadt Weiden i.d.OPf. erhielten die REP unter Wolfgang Bauer im Jahr 2003 aus dem Stimmkreis Weiden jeweils 2,69 Prozent der Erst- und Zweitstimmen. 2008 waren es unter Karl Meixner nur noch 0,86 Prozent der Erst- und 0,67 Prozent der Zweitstimmen. Die NPD unter Patrick Schröder erreichte in 2008 im Stimmkreis Weiden ein Ergebnis von 2,84 Prozent bei den Erst- und 2,70 Prozent bei den Zweitstimmen. Die NPD alleine kann also ein höheres Ergebnis als die REP bei den Wahlen 5 Jahre zuvor aufweisen. Rechnet man auch in diesem Fall für das Jahr 2008 die Werte von REP und NPD zusammen, so haben sie gemeinsam 3,7 Prozent der Erststimmen und 3,37 Prozent der Zweitstimmen erreicht. Diese Ergebnisse liegen etwa einen Prozentpunkt über dem landesweiten Durchschnitt. Der Stimmkreis Weiden hat also bei den Wahlen auf Landesebene im bayernweiten Vergleich sowie im Vergleich des Jahres 2008 zu 2003 zunehmend rechtsextreme Parteien gewählt.

Die Wahlen zum **Bundestag** wurden am 22.09.2002, am 18.09.2005 und am 27.09.2009 durchgeführt. Zu allen Wahlen traten sowohl die REP als auch die NPD an, im Jahr 2009 zusätzlich auch die *Deutsche Volksunion (DVU)*. Neben der NPD wird auch die DVU vom Verfassungsschutz dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet (vgl. Bundesministerium des Inneren 2011: 52). Ende 2010 beschlossen die NPD und die DVU eine Fusion zu *NPD – Die Volksunion*, die jedoch rechtlich umstritten ist (vgl. ebd.: 85ff.). Die Wahlergebnisse auf Bundesebene lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

Bundes- ebene	2002		2005		2009	
	Erst- stimmen	Zweit- stimmen	Erst- stimmen	Zweit- stimmen	Erst- stimmen	Zweit- stimmen
REP	0,1%	0,6%	0,1%	0,6%	0,1%	0,4%
NPD	0,2%	0,4%	1,8%	1,6%	1,8%	1,5%
DVU	–	–	–	–	–	0,1%
<b>Gesamt</b>	<b>0,3%</b>	<b>1,0%</b>	<b>1,9%</b>	<b>2,2%</b>	<b>1,9%</b>	<b>2,0%</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen anhand der Übersichten auf <http://www.bundeswahlleiter.de>.

Auch in Zusammenhang mit den Bundestagswahlen ist es besonders aufschlussreich, die Gesamtergebnisse auf Bundesebene mit den jeweiligen Wahlergebnissen aus dem Stimmkreis Weiden zu vergleichen. Die REP und DVU stellten sich ohne Kandidaten zur Wahl. Die NPD trat die Wahl im Jahr 2005 mit Gerhard Klenhart und im Jahr 2009 mit Karsten Panzer an.

Stimmkreis Weiden	2002		2005		2009	
	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
REP	–	0,4%	–	0,8%	–	0,6%
NPD	–	0,2%	1,7%	2,1%	2,5%	2,5%
DVU	–	–	–	–	–	0,1%
<b>Gesamt</b>	–	<b>0,6%</b>	<b>1,7%</b>	<b>2,9%</b>	<b>2,5%</b>	<b>3,2%</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen anhand der Übersichten auf <http://www.weiden.info.de>.

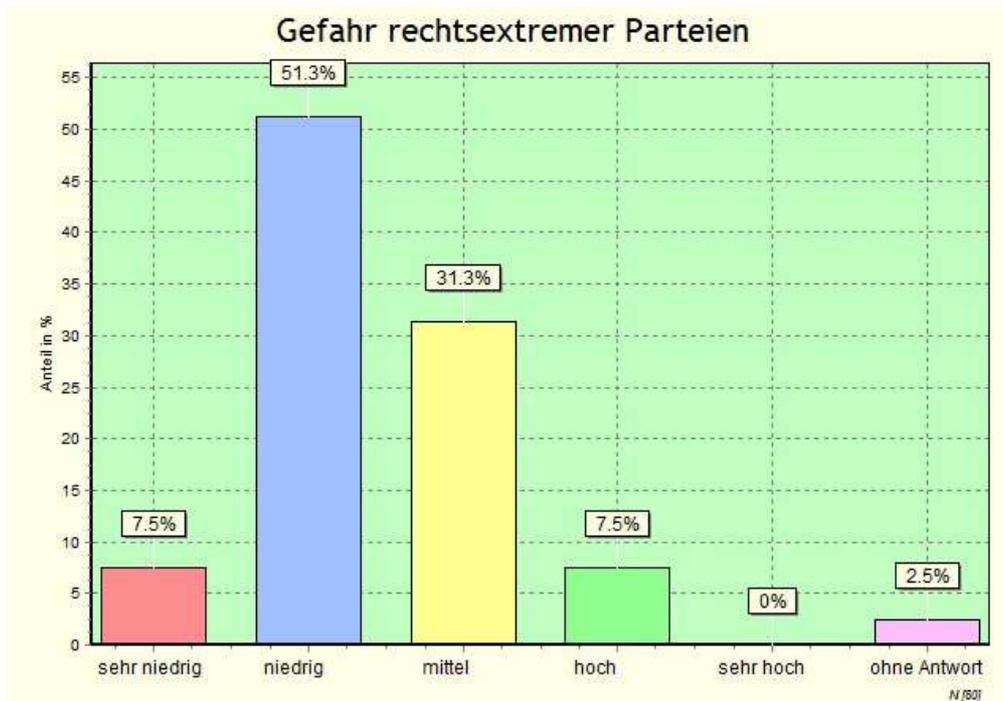
Sowohl bei der Betrachtung der Erst- als auch der Zweitstimmen ist für den Stimmkreis Weiden eine deutliche Zunahme der Ergebnisse im Verlauf der vergangenen drei Bundestagswahlen erkennbar. Angesichts der hohen Werte der NPD sind die Zustimmungswerte für die nicht mehr als rechtsextrem eingestufte REP marginal. Auch wenn diese Partei aus der Gesamtsumme heraus gerechnet wird, ist die Zunahme weiterhin kontinuierlich. Im Vergleich der beiden Tabellen zur Stimmabgabe auf Bundesebene sowie aus dem Stimmkreis Weiden wird deutlich, dass letzterer gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt seit 2005 höhere und im Wahljahr 2009 sogar erheblich höhere Zustimmungswerte für die Parteien aufweist, die dem rechts-extremistischen Spektrum zugeordnet werden.

Eine solche Erhöhung der Zustimmungswerte kann in den vergangenen Jahren sowohl auf der Bundes- als auch auf der Bezirks- und Landesebene festgestellt werden. Es lässt sich zusammenfassend sagen, dass die rechtsextremistischen Parteien im Stimmkreis Weiden gegenüber den jeweiligen Gesamtergebnissen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen und ihre Zustimmungswerte in den vergangenen Jahren erhöhen konnten.

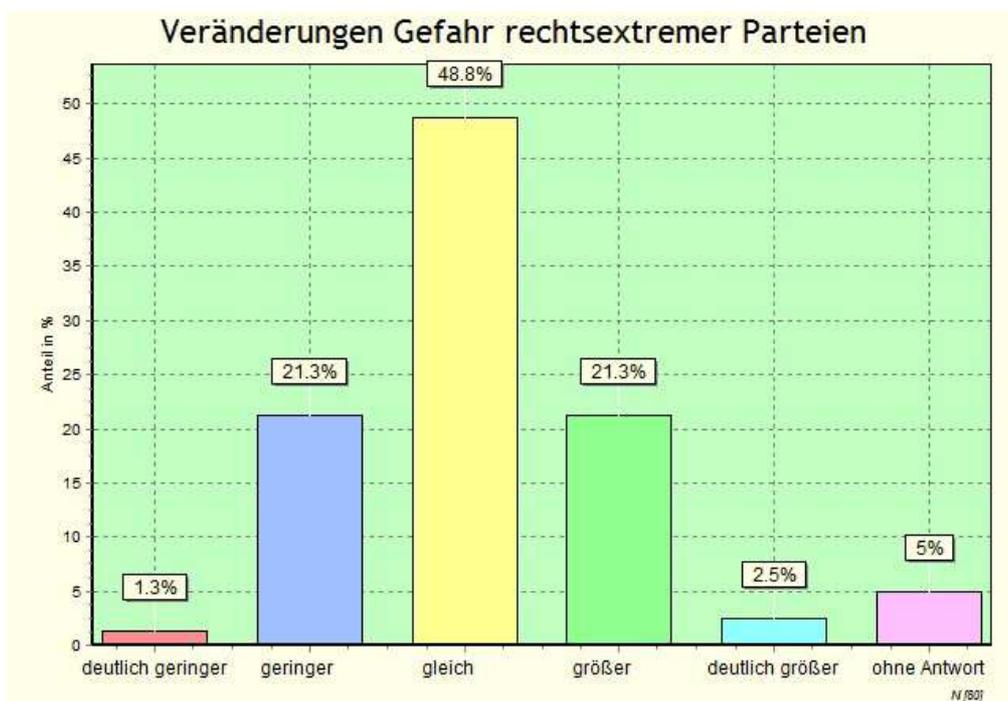
Ein Vergleich mit den Einschätzungen von Bürger/innen kann Aufschluss darüber geben, ob diese Veränderungen auch in alltäglichen Zusammenhängen wahrgenommen werden. Im Rahmen der Fragebogenerhebung<sup>18</sup> für die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse wurde nach einer Einschätzung der aktuellen Gefahr durch rechtsextreme Parteien in Weiden i.d.OPf. gefragt. Die Befragten bewerten diese zu 7,5 Prozent als ‚sehr niedrig‘ und zu mehr als

<sup>18</sup> Nähere Angaben zu der Fragebogenerhebung finden sich in Kapitel 4.

50 Prozent als ‚niedrig‘. Knapp ein Drittel der Befragten schätzt sie als ‚mittel‘ und 7,5 Prozent als ‚hoch‘ ein. Niemand sieht die Gefahr durch rechtsextreme Parteien als ‚sehr hoch‘ an.



Die Gefahr durch rechtsextreme Parteien in Weiden i.d.OPf. heute im Vergleich zu den letzten zehn Jahren schätzen die Befragten zu knapp der Hälfte als ‚gleich‘ ein und zu jeweils gleichen Werten von 21,3 Prozent als ‚geringer‘ oder als ‚größer‘. 1,3 Prozent der Befragten bewerten die aktuelle Gefahr ‚deutlich geringer‘ und 2,5 Prozent ‚deutlich größer‘, während 5 Prozent die Frage nicht beantworteten.



Die Umfrageergebnisse legen die Vermutung nahe, dass die verstärkten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien in den vergangenen Jahren von über 70 Prozent der Befragten der Weidener Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrgenommen oder nicht als gefährlich<sup>19</sup> eingestuft werden. Dies lässt darauf schließen, dass die Aufklärung und öffentliche Berichterstattung noch weiter intensiviert werden müssen.

### 3.3 Analyse rechtsextremistischer Gewalt / Straftaten

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält als fundamentales Ordnungs- und Wertprinzip für das politische Gemeinwesen die *freiheitlich-demokratische Grundordnung* (fdGO). Dieser Grundordnung ist unter anderem die Achtung der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte zuzuordnen und diese Ordnung muss generell von allen Bürger/innen und politischen Akteur/innen anerkannt und verteidigt werden. Ihre Sicherung soll von den Verfassungsschutzämtern und vom polizeilichen Staatsschutz gewährleistet werden. Wer gegen die Verfassung und die darin enthaltene Grundordnung verstößt, begeht eine politische oder politisch motivierte Straftat. Hoch- oder Landesverrat, die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder Volksverhetzung gelten als klassische oder ‚echte‘ Staatsschutzdelikte, die sich ideologisch direkt gegen den Staat wenden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung überwinden wollen. Daneben gibt es auch andere Straftaten, die sich nicht direkt gegen den Staat, sondern gegen andere Menschen(gruppen) richten, die aber dennoch als politisch motiviert gelten müssen. Im Rahmen einer Analyse von zwei Tageszeitungen (Der Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau) konnten 93 Todesopfer rassistischer Gewalt für die Jahre zwischen 1990 und 2000 nachgewiesen werden, während die offizielle Statistik für diesen Zeitraum 33 Opfer berücksichtigte (vgl. Leiprecht 2006: 319).

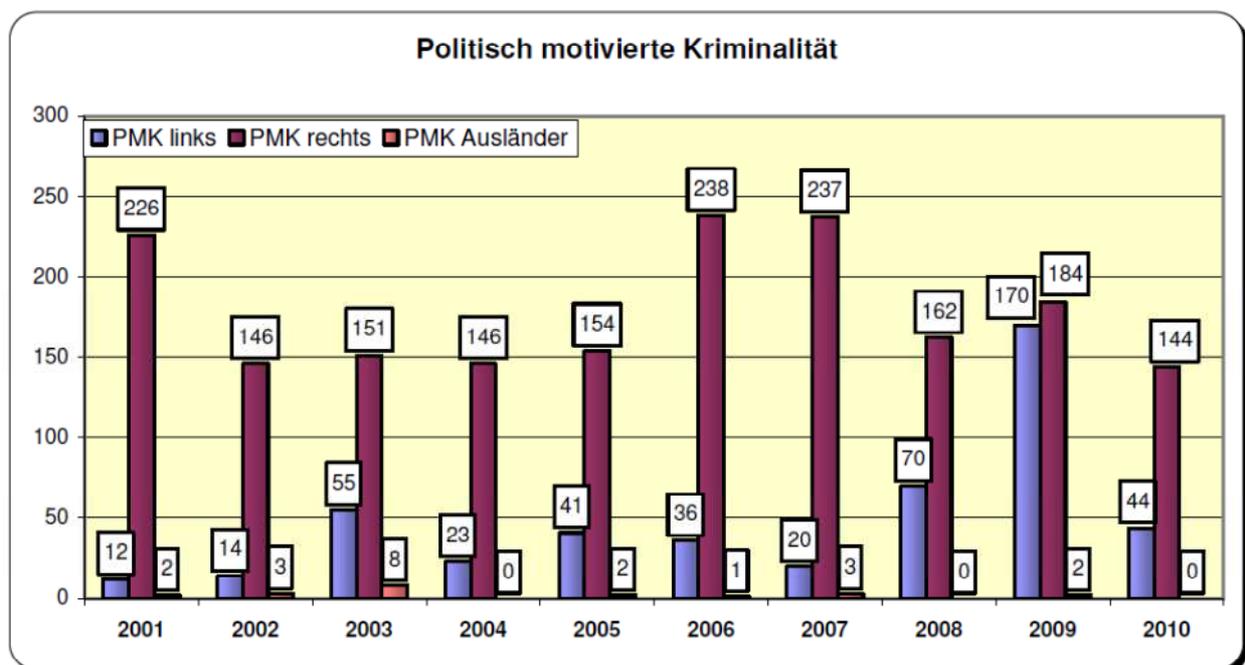
Im Jahr 2001 wurde die Kategorie der *Politisch motivierten Kriminalität* (PMK) eingeführt, um auch ‚unechte‘ Staatsschutzdelikte wie Terrorismus oder Extremismus statistisch korrekt erfassen zu können. Kriminalitätsdelikte wie z. B. Tötung, Körperverletzung oder Sachbeschädigung gelten unter anderem als politisch motiviert, wenn die Tatumstände oder die Einstellung des Täters oder der Täterin darauf schließen lassen, dass sie sich „gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten“ (Bundesministerium des Inneren 2011: 33f.). Es werden jetzt also auch Taten erfasst, die sich nicht mehr nur an

---

<sup>19</sup> Es ist jedoch auch möglich, dass der Begriff ‚Gefahr‘ unglücklich gewählt wurde und eine Einschätzung eher nach qualitativen als nach quantitativen Gesichtspunkten gegeben wurde.

dem bisher sehr engen Extremismus-Begriffs im Sinne einer Systemüberwindung orientieren. Dies können Taten sein, die sich unmittelbar gegen Personen oder auch gegen eine Institution oder Sache wenden, ohne dass (bewusst) politische oder staats- bzw. verfassungsfeindliche Ziele verfolgt werden.

Ob eine Straftat in diesem Sinne als politisch motiviert gilt oder nicht, wird von den ermittelnden Beamt/innen der jeweiligen Polizeibehörden vor Ort abgewogen. Ihre Einschätzungen werden über das zuständige Landeskriminalamt an das Bundeskriminalamt weitergeleitet, woraus sich jährliche landes- und bundesweite Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) auswerten und erstellen lassen. Dabei wird unterschieden zwischen PMK-links, PMK-rechts und PMK-Ausländer. Auch für den Bezirk Oberpfalz liegt eine Auswertung vor.



Quelle: Polizeipräsidium Oberpfalz 2011: 49.

Die Zahlen der politisch ‚rechts‘ motivierten Straftaten liegen in den vergangenen Jahren deutlich über der Kriminalität, die dem Extremismus ‚links‘ zugeordnet werden. Insgesamt ist letztere bis zum Jahr 2009 angestiegen, hat aber im Jahr 2010 wieder deutlich abgenommen. Auch die politisch ‚rechts‘ motivierte Kriminalität hat gegenüber den hohen Werten in den Jahren 2006 und 2007 in den letzten Jahren wieder abgenommen. Im Jahr 2010 wurden 144 politisch ‚rechts‘ motivierte Straftaten registriert, die sich aufgliedern in 9 Gewaltdelikte, 104 Propagandadelikte und 31 sonstige Straftaten (vgl. Polizeipräsidium Oberpfalz 2011: 50).

Auch die Zahlen der politisch ‚rechts‘ motivierten Kriminalität im Gemeinde-/Stadtbereich Weiden<sup>20</sup> lassen sich überwiegend auf Propagandadelikte zurückführen.

PMK-rechts in Weiden	2008	2009	2010
<b>Körperverletzung</b>		1 Delikt davon 1 extremistisch	
<b>Propaganda</b>	6 Delikte davon 6 extremistisch	9 Delikte davon 9 extremistisch	8 Delikte davon 8 extremistisch
<b>Volksverhetzung</b>		2 Delikte davon 2 extremistisch davon 2 fremdenfeindlich	1 Delikt davon 1 extremistisch
<b>Sonstige Straftaten</b>		3 Delikte davon 2 extremistisch	
<b>Insgesamt</b>	<b>6 Straftaten</b>	<b>15 Straftaten</b>	<b>9 Straftaten</b>

Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten des Polizeipräsidiums Oberpfalz.

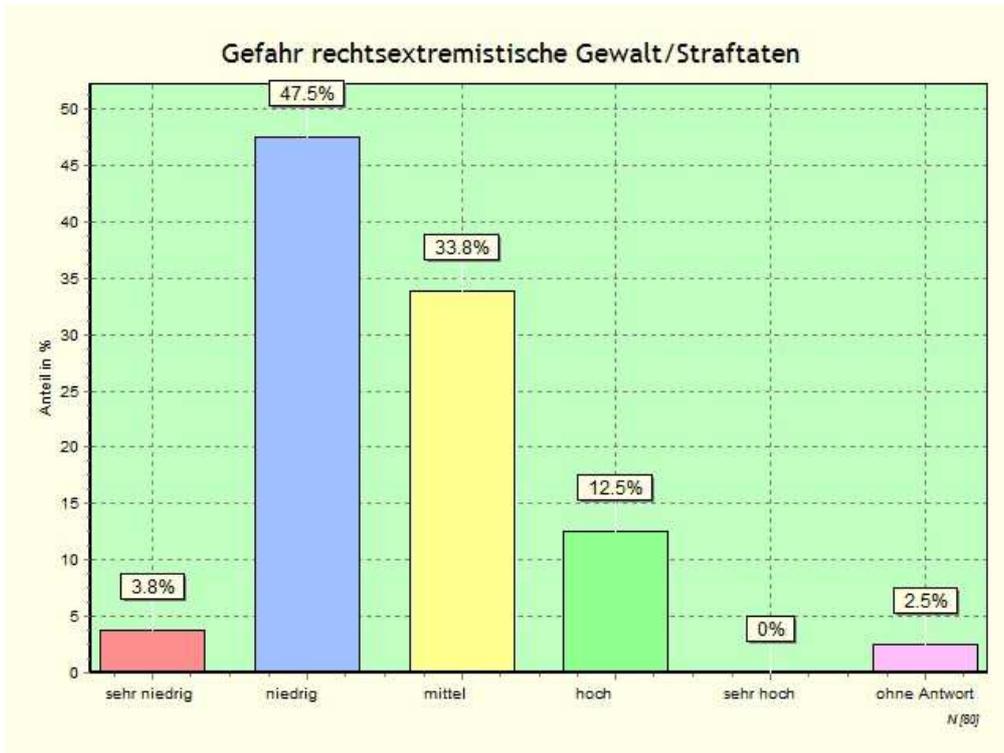
Ähnlich wie für den Bezirk Oberpfalz ist auch für den Weidener Bereich ein Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2009 erkennbar. Seitens des Polizeipräsidiums Oberpfalz wird darauf hingewiesen, dass die Zahlen aufgrund von Demonstrationen im Zusammenhang mit Wahlen oder sonstigen politischen Themen starken Schwankungen unterworfen sind. Die erhöhten Werte im Jahr 2009 werden auf Veranstaltungen im Rahmen der Bundestagswahl zurückgeführt. Unter Nichtberücksichtigung des Jahres 2009 ist die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Jahr 2010 im Vergleich zu 2008 in der Oberpfalz rückläufig, während die PMK-rechts in Weiden für denselben Vergleichszeitraum jedoch um 50 Prozent ansteigt.

Auch im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Straftaten wurden die Weidener Bürger/innen im Rahmen der Fragebogenerhebung<sup>21</sup> nach ihrer Bewertung der aktuellen Lage gefragt. Sie sollten die aktuelle Gefahr durch rechtsextreme Gewalt / Straftaten in Weiden i.d.OPf. einschätzen. Mehr als 50 Prozent der Befragten bewerten diese als ‚sehr niedrig‘ oder ‚niedrig‘. Ein Drittel der Befragten schätzt die aktuelle Gefahr als ‚mittel‘ und 12,5 Prozent als ‚hoch‘ ein.

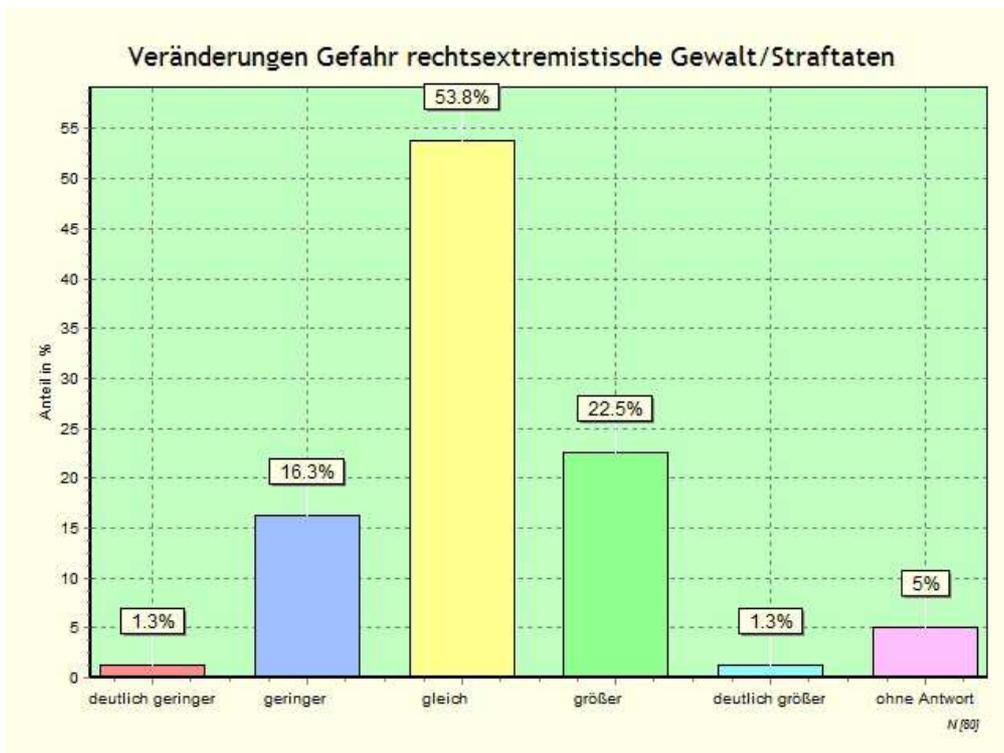
Die Gefahr rechtsextremer Gewalt / Straftaten in Weiden i.d.OPf. wird von den Beteiligten der Umfrage im Durchschnitt etwas höher beurteilt als die Gefahr rechtsextremer Parteien.

<sup>20</sup> Diese Daten wurden vom Polizeipräsidium Oberpfalz dankenswerterweise zusätzlich in Form einer Faxnachricht zur Verfügung gestellt. Vergleichende Angaben zur politisch ‚links‘ motivierten Kriminalität liegen nicht vor.

<sup>21</sup> Nähere Angaben zu der Fragebogenerhebung finden sich in Kapitel 4.



Die Gefahr durch rechtsextremistische Gewalt / Straftaten in Weiden i.d.OPf. heute im Vergleich zu den letzten zehn Jahren schätzt über die Hälfte der Befragten als ‚gleich‘ ein. 17,6 Prozent der Befragten bewerten die Gefahr als ‚geringer‘ oder ‚deutlich geringer‘ und 23,8 Prozent als ‚größer‘ oder ‚deutlich größer‘. 5 Prozent beantworteten die Frage nicht.

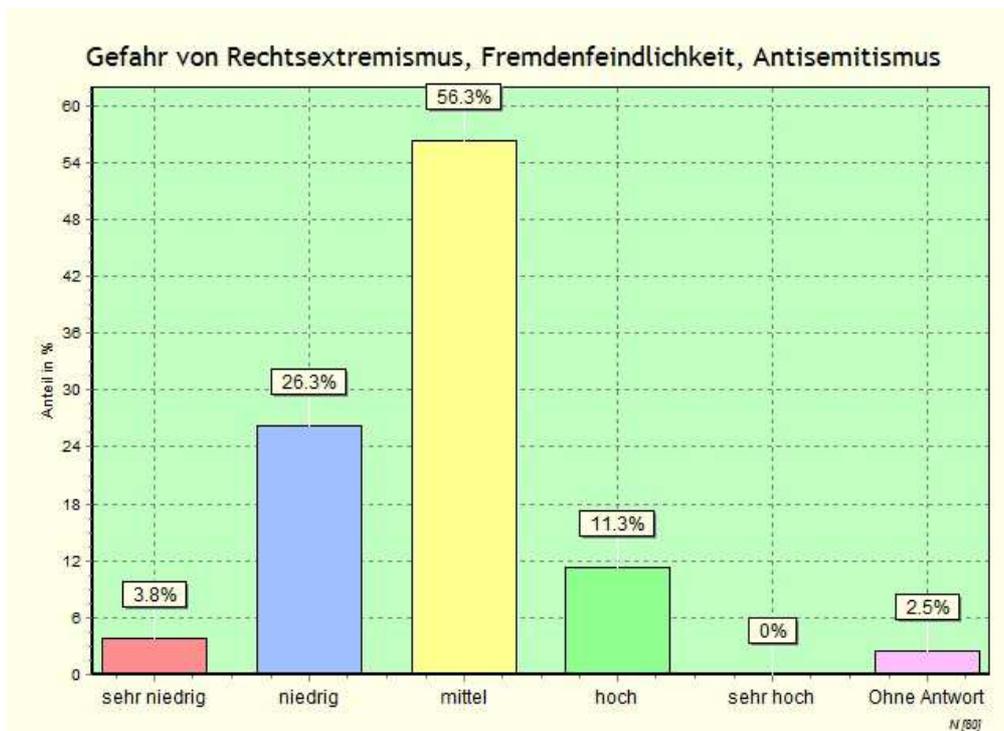


Da für Weiden i.d.OPf. lediglich Zahlen aus den Jahren 2008 bis 2010 vorliegen, kann die in der Fragebogenerhebung erfasste Einschätzung eines zehnjährigen Vergleichs nicht mit den tatsächlich registrierten Straftaten abgeglichen werden. Es liegt natürlich immer im Ermessen des Betrachtenden, ob die aktuelle Lage als gefährlich oder ungefährlich eingestuft wird. Die registrierten Fallzahlen für Weiden i.d.OPf. sollten aber zumindest alarmieren.

### 3.4 Analyse von alltäglichen Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen

Neben den manifesten und sichtbaren Ausprägungen des Rechtsextremismus wie rechtsextreme Parteien und Gewalt, gibt es im Alltag auch latente, subtile und verdeckte Formen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung, die nicht immer bewusst und gewollt sind. Diese unauffälligen und zum Teil ungewollten Ausprägungen sind aber keineswegs folgenlos, sondern können ebenso diskriminierend wirken wie auffälligere und gewollte Formen.

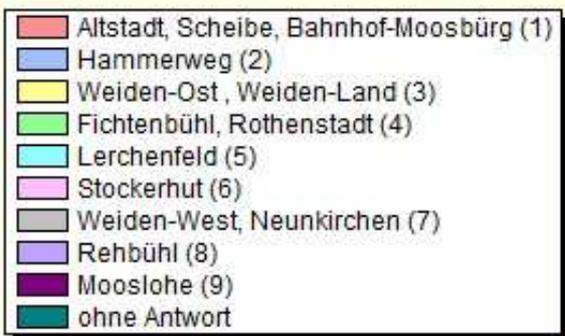
Im Rahmen der Fragebogenerhebung<sup>22</sup> wurde allgemein um eine Einschätzung der Gefahr von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Weiden i.d.OPf. gebeten. 11,3 Prozent der Befragten bewerten diese als ‚sehr hoch‘, 56,3 Prozent als ‚mittel‘ und 30,1 Prozent als ‚niedrig‘ oder ‚sehr niedrig‘.



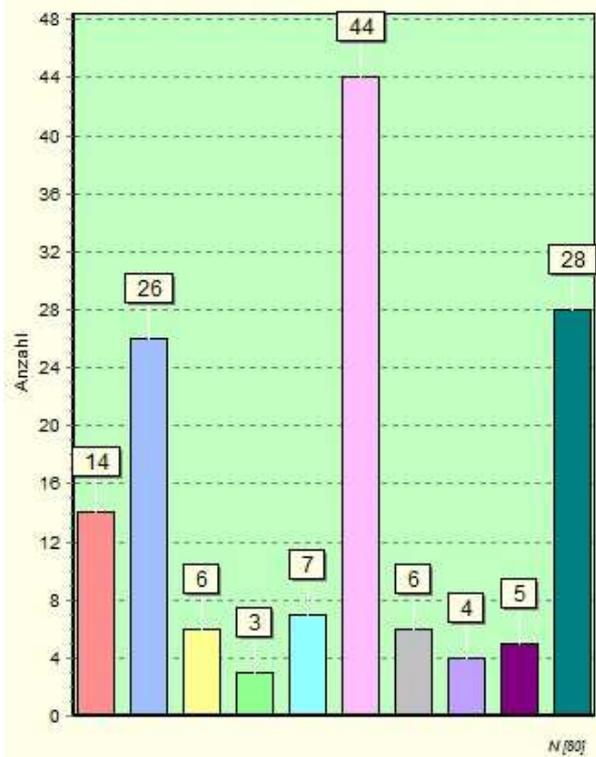
<sup>22</sup> Nähere Angaben zu der Fragebogenerhebung finden sich in Kapitel 4.

Es wurde auch danach gefragt, in welchen Weidener Stadtteilen bzw. Planungsräumen die Gefahr am höchsten eingestuft wird.

Von 28 Personen wurde keine Antwort gegeben, die anderen bewerten die Gefahr im Stockerhut (Planungsraum 6) am höchsten, gefolgt vom Hammerweg (Planungsraum 2) und von Altstadt, Scheibe, Bahnhof-Moosbürg (Planungsraum 1).

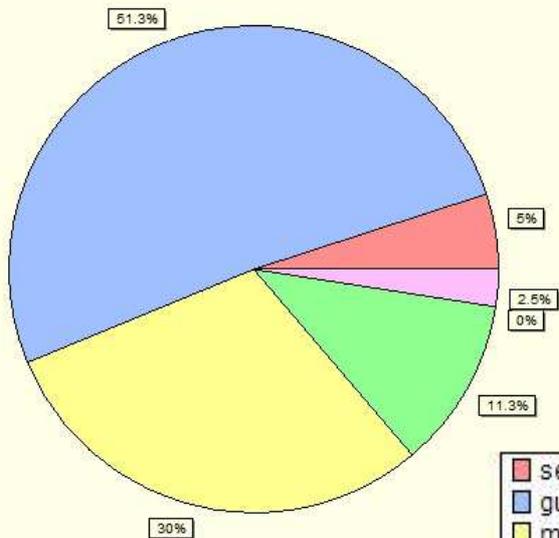


Einschätzung der Gefahr in den Stadtteilen

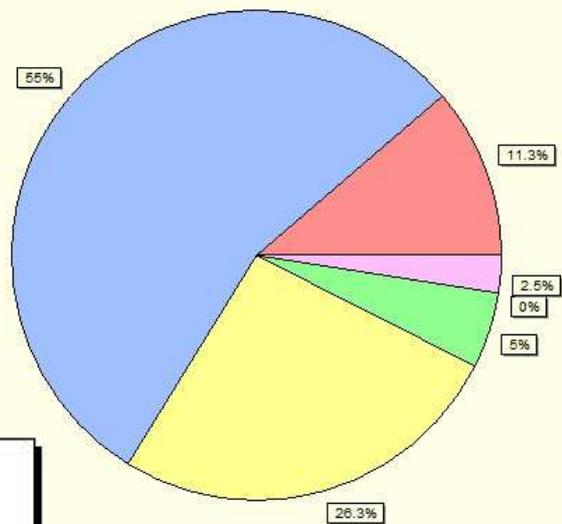


Die Berichterstattung lokaler Medien sowie der Umgang der lokalen Politik in Weiden i.d.OPf. im Zusammenhang mit Rechtsextremismus werden von mehr als der Hälfte der Befragten im Allgemeinen als ‚gut‘ bewertet.

Berichterstattung in den Medien

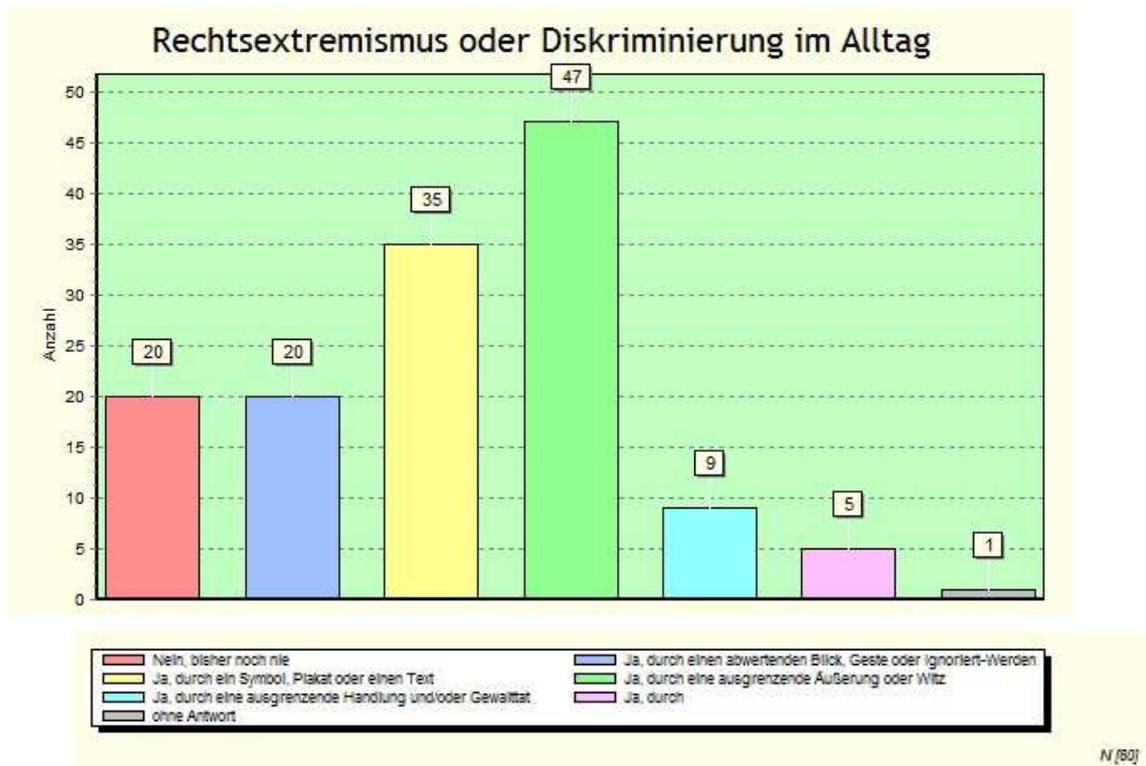


Umgang der Politik



N [80]

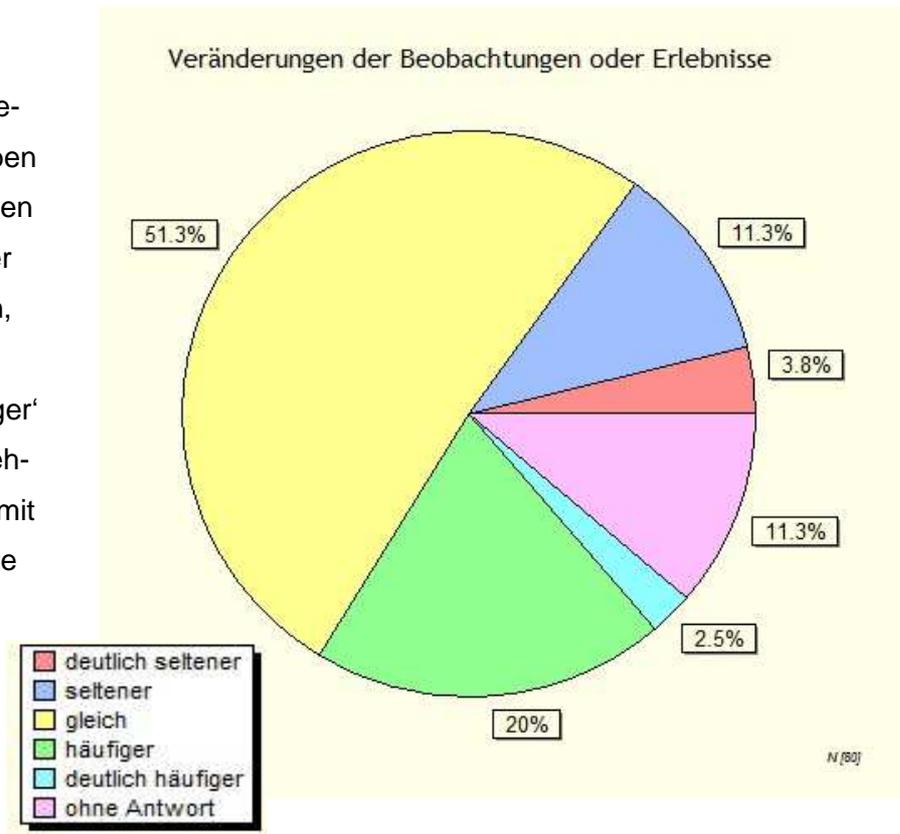
Um in Erfahrung zu bringen, ob und wie stark Abwertungen und Ausgrenzungen im Alltagsleben verbreitet sind, wurden die Beteiligten an der Umfrage danach gefragt, ob sie Rechtsextremismus oder Diskriminierung im Alltag in Weiden i.d.OPf. schon einmal beobachtet oder erlebt haben.



Während 20 Personen (25 Prozent) angeben, dies ‚bisher noch nie‘ beobachtet oder erlebt zu haben, gibt es insgesamt 116 Nennungen für verschiedene Formen (Mehrfachnennungen waren möglich). Die häufigsten beobachteten oder erlebten Formen von Rechtsextremismus oder Diskriminierung sind ausgrenzende Äußerungen oder Witze (47 Nennungen), gefolgt von Symbolen, Plakaten oder Texten (35 Nennungen), abwertenden Blicken, Gesten oder Ignoriert-Werden (20 Nennungen) und ausgrenzenden Handlungen und/oder Gewalttaten (9 Nennungen). Außerdem wurden als weitere Formen (5 Nennungen) Schweigen, die Ausgrenzung in der Disco, die Abwertung am Arbeitsplatz, der Eindruck behördlicher Willkür gegenüber der Unterschicht sowie Reden, Vorwürfe, Argumente und das Gefühl der Ungerechtigkeit bei der Behandlung von Kunden beschrieben.

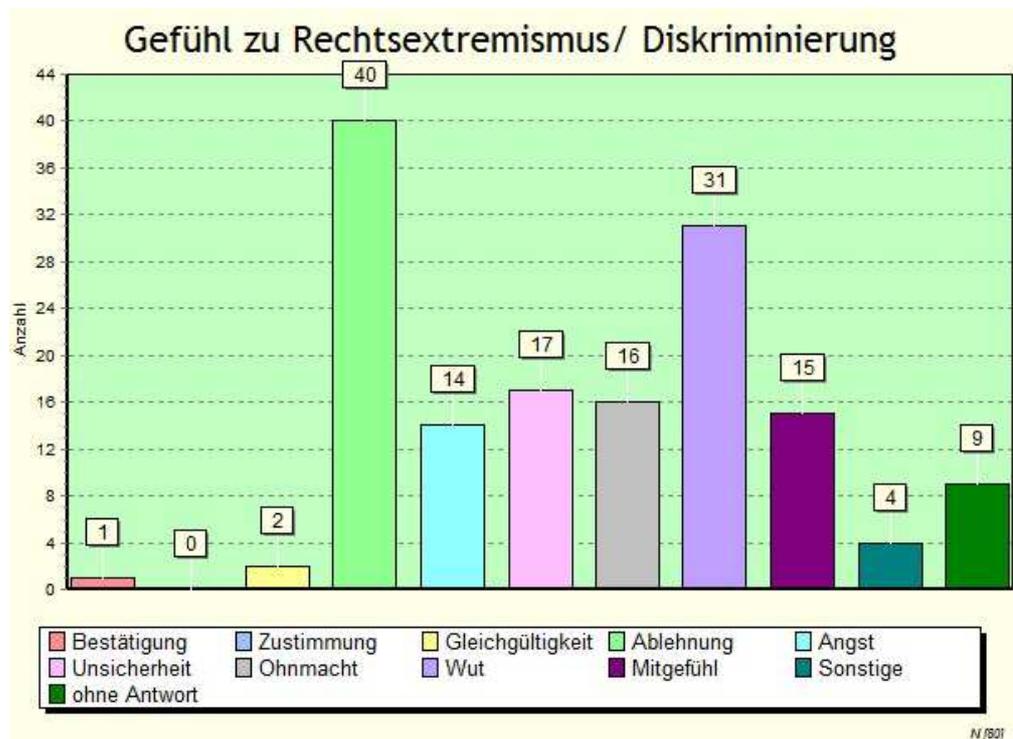
Im Rahmen dieser Fragestellung wurden die Teilnehmer/innen der Erhebung um ihre Meinung gebeten, wie sie alltägliche Beobachtungen oder Erlebnisse von Rechtsextremismus oder Diskriminierung heute im Vergleich zu den letzten zehn Jahren einschätzen.

Etwa die Hälfte der Befragten sagen, dass es keine Veränderungen gab. 15,1 Prozent geben an, dass solche Beobachtungen oder Erlebnisse ‚seltener‘ oder ‚deutlich seltener‘ vorkommen, während 22,5 Prozent sie als ‚häufiger‘ oder ‚deutlich häufiger‘ bewerten. Jede/r fünfte Teilnehmende der Befragung gibt damit an, dass im Alltag beobachtete oder erlebte Formen von Rechtsextremismus oder Diskriminierung in den vergangenen Jahren zugenommen haben.



Die Weidener Bürger/innen wurden auch danach gefragt, welche Gefühle solche Beobachtungen oder Erlebnisse bei ihnen auslösen.

Ablehnung und Wut sind die stärksten Reaktionen, aber auch Unsicherheit, Ohnmacht, Mitgefühl und Angst werden in etwa gleichem Ausmaß angegeben.



Als weitere Gefühle werden Solidarität und Zivilcourage benannt sowie die Motivation zum Widerstand gegen ‚Rechts‘ und das Gefühl, etwas dagegen setzen zu müssen.

Die Antworten auf die Frage, wie gut vorbereitet und geschult die Befragten sich für ein aktives Eingreifen in solchen Situationen fühlen, gehen sehr weit auseinander.

Während sich 7,5 Prozent ‚sehr gut‘ und 20 Prozent ‚gut‘ vorbereitet und geschult fühlen, antworten 32,5 Prozent mit ‚mittel‘, 23,8 Prozent mit ‚schlecht‘ und 8,8 Prozent mit ‚sehr schlecht‘.



Etwa zwei Drittel der Befragten fühlen sich somit kaum oder nur mittelmäßig in der Lage, gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung aktiv zu werden. Aus diesen Ergebnissen wird deutlich, dass für viele Befragte ein großer Schulungsbedarf besteht.

#### 4. Ressourcenanalyse Weiden i.d.OPf.

Nach der Situationsanalyse sollen in diesem Kapitel die Ressourcen in Weiden i.d.OPf. zur Bekämpfung und/oder Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorgestellt werden. Um die Aktivitäten, Angebote und das Engagement von Einrichtungen und Initiativen sowie die aus ihrer Sicht fehlenden Maßnahmen und Perspektiven in Erfahrung zu bringen, wurde eine Fragebogenerhebung durchgeführt.

Ein dreiseitiger Fragebogen mit insgesamt 30 Fragen wurde erstellt<sup>23</sup> und Mitte August 2011 an etwa 700 Einrichtungen, Organisationen und Initiativen in Weiden i.d.OPf. verschickt. Es wurden vorschulische, schulische und außerschulische Einrichtungen der Allgemein-, Berufs- sowie Erwachsenen- und Weiterbildung berücksichtigt. Institutionen der Sozialberatung und Sozial-

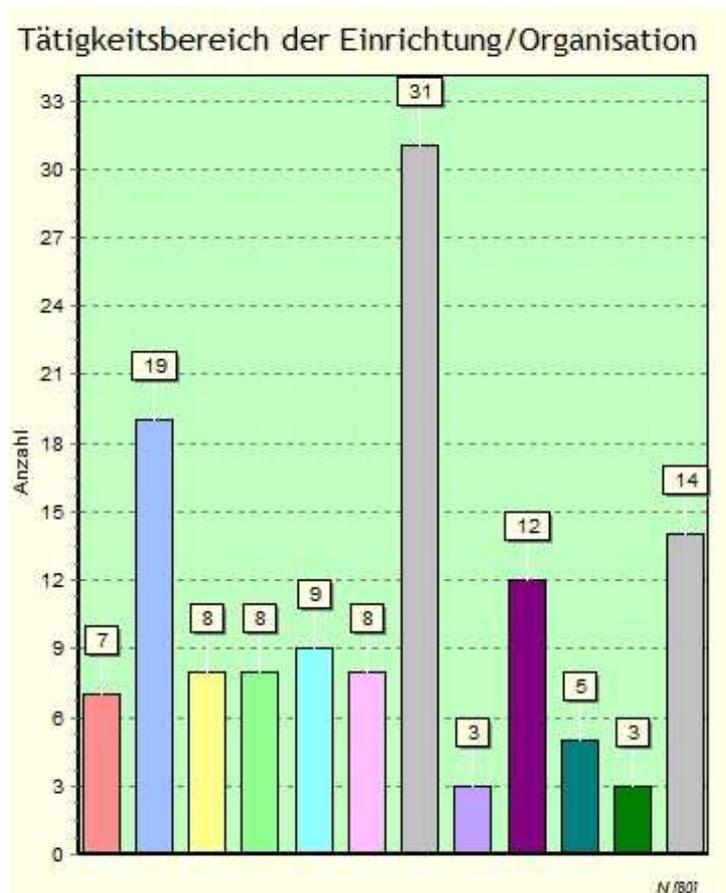
<sup>23</sup> Anregungen zur inhaltlichen Gestaltung des Fragebogens wurden der Situations- und Ressourcenanalyse der Stadt Gera entnommen (vgl. Weil/Koch o. J.: 90ff.).

pädagogik, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Vereine wurden ebenso zur Teilnahme eingeladen wie Polizei und Justiz, die Stadtverwaltung, Parteien, Medieneinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen. Auch Weidener Bündnisse und Netzwerke wurden bedacht. Es wurde um eine Rücksendung des Fragebogens bis Mitte September 2011 gebeten. Unter Berücksichtigung der Sommerferien stand somit eine mehrwöchige Zeitspanne für die Teilnahme an der Umfrage zur Verfügung. Mit einem Rücklauf von mehr als 10 Prozent (80 Fragebögen) konnten vielfältige Daten ermittelt werden. Die Ergebnisse der Umfrage sind nicht repräsentativ, können aber dennoch eine Tendenz für Weiden i.d.OPf. widerspiegeln.

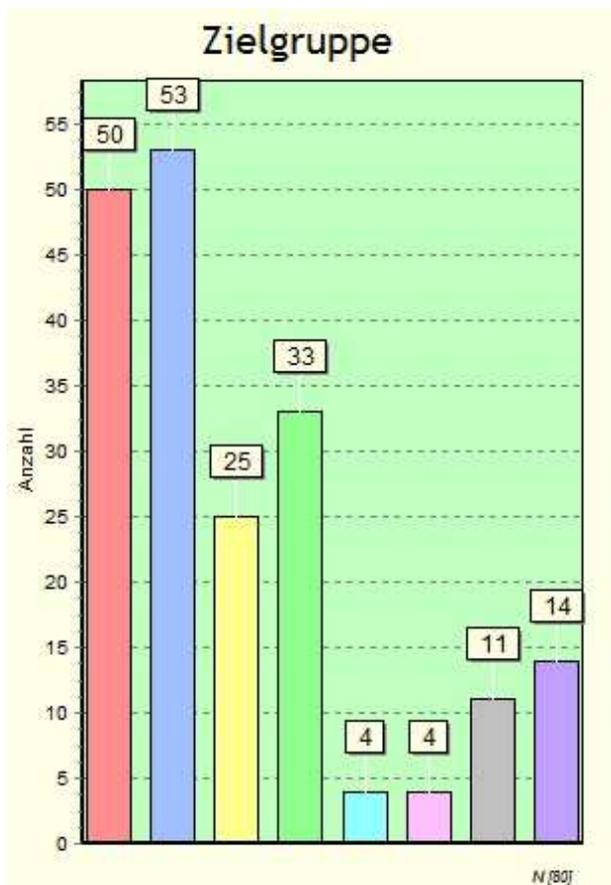
#### 4.1 Beteiligung und Zusammensetzung der Akteur/innen

Unterschiedliche Einrichtungen und Organisationen beteiligten sich an der Umfrage. Um die Vielfältigkeit der Arbeitsfelder zu erfahren, wurde nach den jeweiligen Tätigkeitsbereichen gefragt (Mehrfachnennungen waren möglich). Vereine/ Netzwerke und Schulen sind besonders stark vertreten.

Familienhilfe, Beratungsstelle, Bündnis für Familie, aufsuchende Sozialarbeit – Obdachlosenhilfe – Prävention – Gemeinwesenarbeit, WfbM<sup>24</sup>, Museum, Kultur-Musik, Sport, Medien, Feuerwehr, Unternehmensberatung, Stadtmarketing und Partei werden unter ‚Sonstige‘ angegeben.

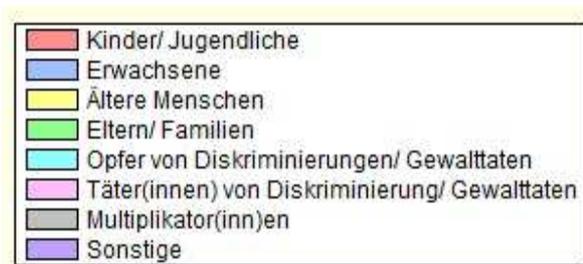


<sup>24</sup> Es wird vermutet, dass mit dieser Abkürzung ‚Werkstatt für behinderte Menschen‘ gemeint ist.

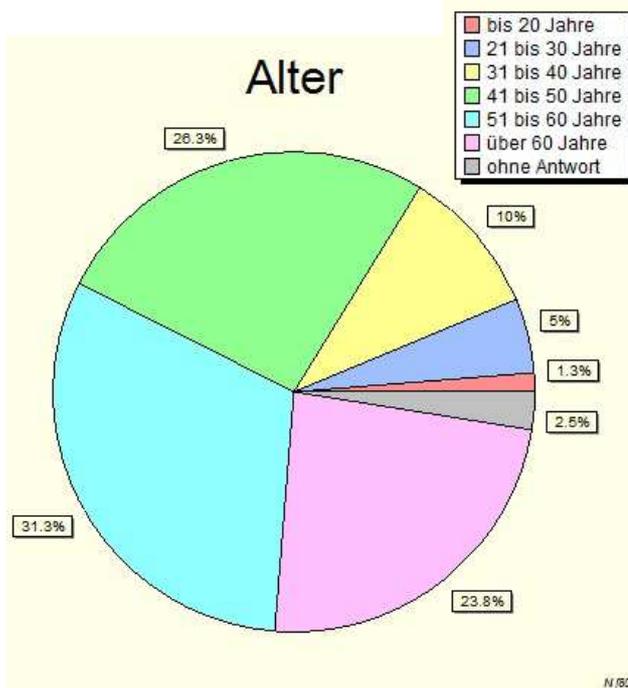
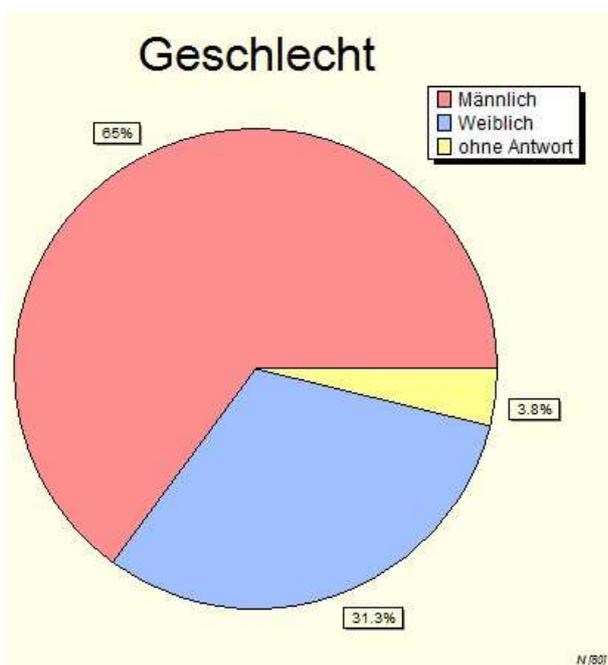


Die meisten Einrichtungen und Organisationen geben an, mit Erwachsenen sowie Kindern / Jugendlichen zu arbeiten (Mehrfachnennungen waren möglich).

Unter ‚Sonstige‘ werden Bürger, Menschen in Krisen, Bedürftige, Arbeitslose, Behinderte, Obdachlose, Migranten, Musikfreunde, Int. Publikum, Unternehmen und Einzelhandel genannt.



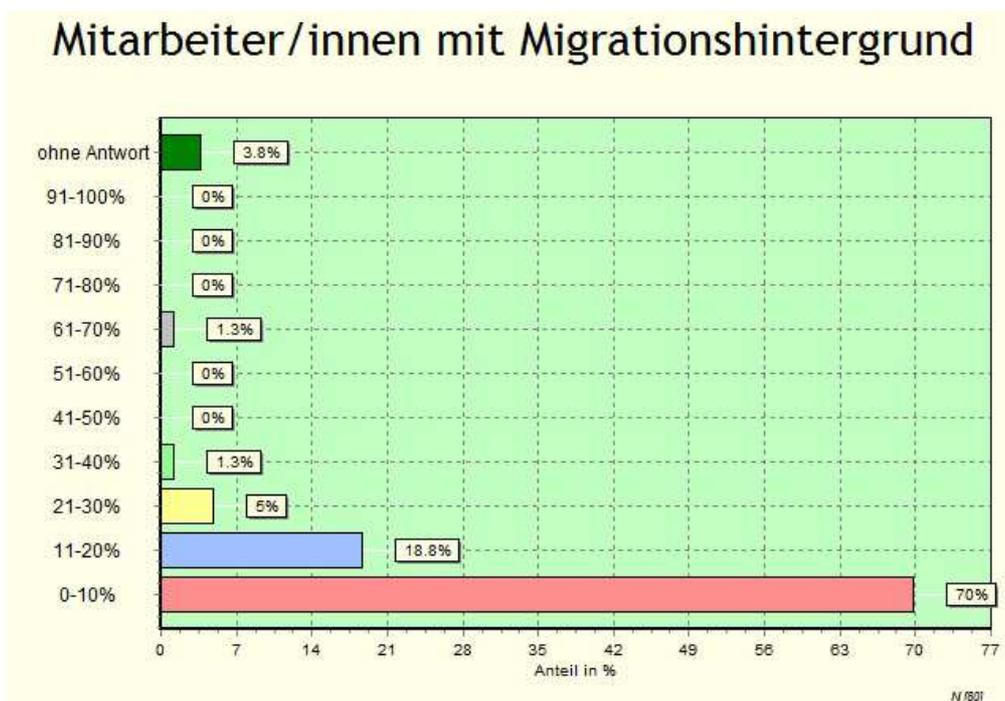
An der Umfrage beteiligten sich Angehörige beider Geschlechter und aller Altersgruppen, jedoch keine Personen mit Migrationshintergrund. Vereinfachend kann zusammengefasst werden, dass Insgesamt überdurchschnittlich viele ältere Männer ohne Migrationshintergrund an der Fragebogenerhebung partizipierten.



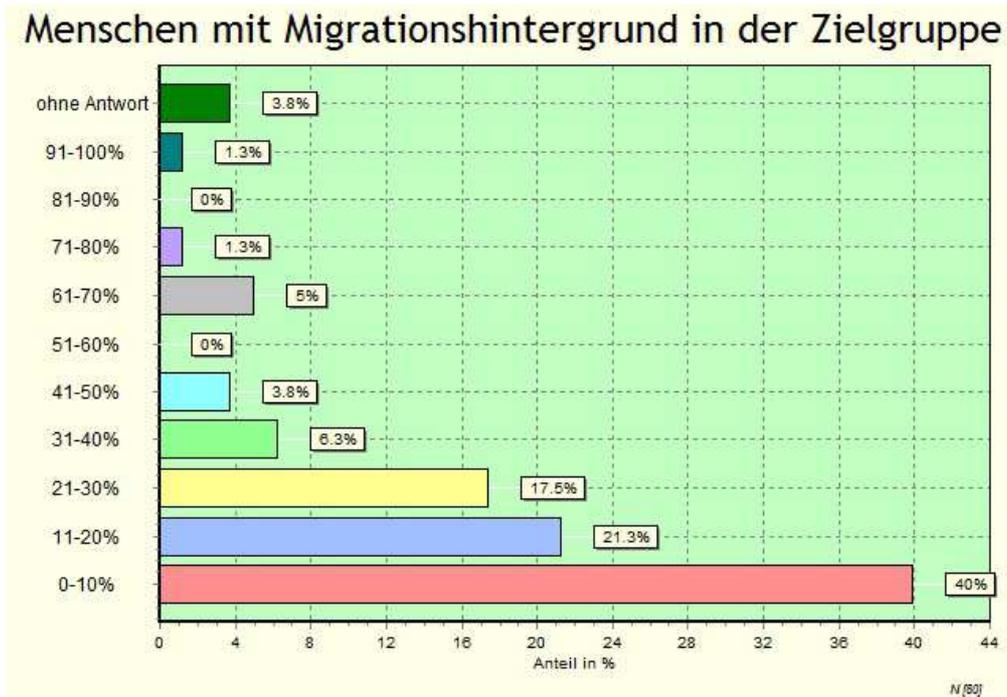
Hinsichtlich des Alters ist auffällig, dass überdurchschnittlich viele Personen in höherem Alter an der Umfrage mitwirkten. Mehr als die Hälfte der Befragten ist über 50 Jahre alt, während nur knapp jeder sechste Teilnehmende 40 Jahre oder jünger ist. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil von Männern mit etwa zwei Dritteln gegenüber einem Drittel partizipierender Frauen. Keine der an der Umfrage beteiligten Personen hat einen Migrationshintergrund<sup>25</sup>.

Die Gründe für die (Nicht-)Beteiligung können vielfältig sein. Es ist möglich, dass der Versand des Fragebogens nicht alle gleichermaßen erreicht hat oder das Verfahren nicht ausreichend erklärt wurde. Denkbar wäre auch, dass sich jüngere Menschen sowie Personen mit Migrationshintergrund weniger für die der Umfrage zu Grunde liegende Thematik interessieren oder sich der Wichtigkeit ihrer Beteiligung nicht ausreichend bewusst sind. Die Ursachen können aber auch darin begründet liegen, dass Leitungspositionen bzw. Arbeitsstellen in den Einrichtungen und Initiativen stärker von Männern in fortgeschrittenem Alter und weniger von Menschen mit Migrationshintergrund besetzt sind.

Auf ein Ungleichgewicht der Beschäftigungsverhältnisse kann auch der Vergleich zwischen dem Anteil der Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen / Organisationen und der Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Zielgruppe hindeuten.



<sup>25</sup> Fragen nach dem Migrationshintergrund wurde die Definition des Statistischen Bundesamtes zu Grunde gelegt; (vgl. Statistisches Bundesamt 2011: 6).



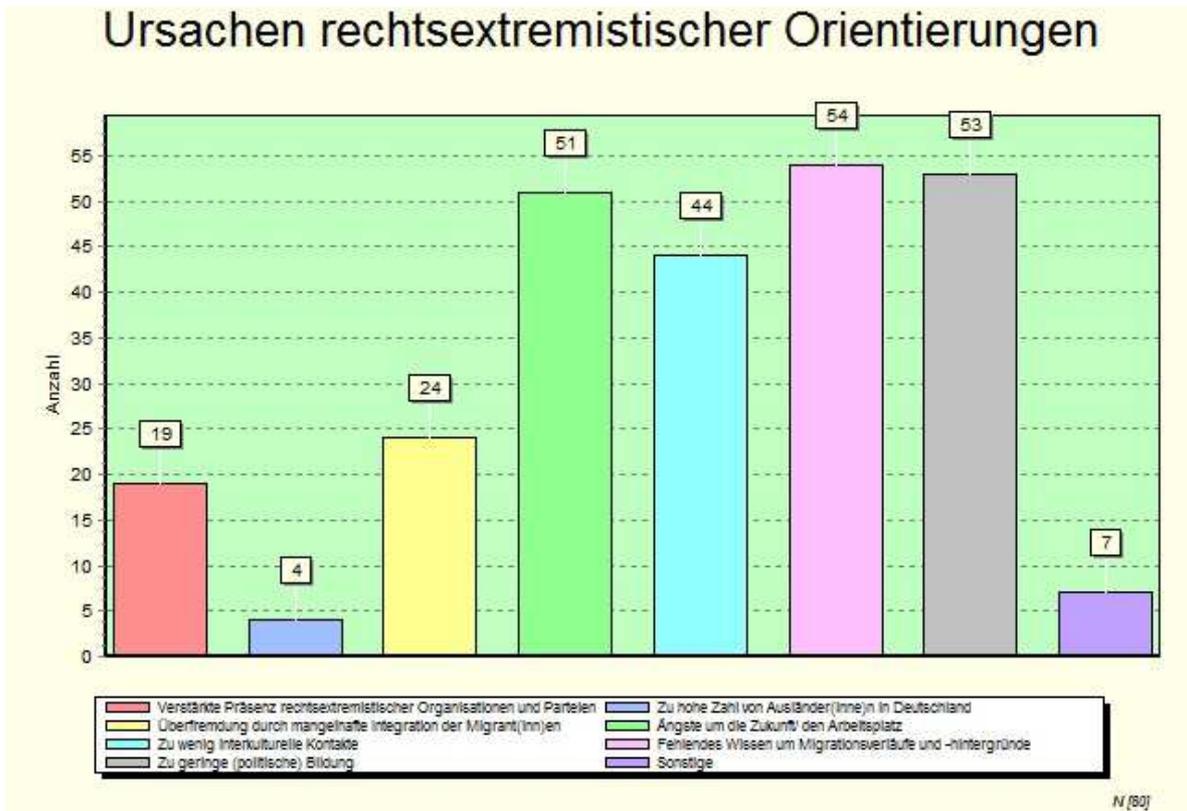
In den weitaus meisten Einrichtungen liegt der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei unter 10 Prozent, einige wenige benennen bis zu 30 Prozent. Lediglich zwei Angaben liegen darüber; eine Schul hat eine Quote von 31-40 Prozent und eine Einrichtung im Bereich Kindertagesstätte / Vorschule und Religionsgemeinschaft gibt 61-70 Prozent an.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Zielgruppe liegt im Durchschnitt höher. In vier Fragebögen werden 61-70 Prozent angegeben, dabei handelt es sich um Einrichtungen im Bereich Sozialberatung, Weiterbildung, Verein und Kindertagesstätte / Religionsgemeinschaft. Eine außerschulische Jugendeinrichtung gibt einen Anteil von 71-80 Prozent und eine Migrationsberatungsstelle einen Wert von 91-100 Prozent an.

## 4.2 Ressourcenanalyse der Akteur/innen

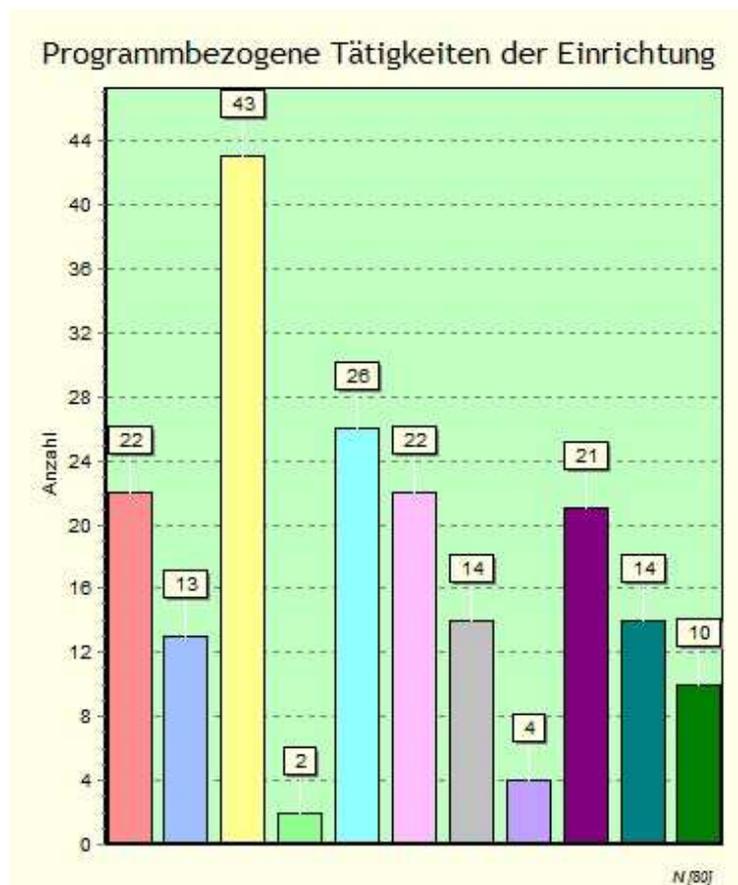
Die Weidener Akteur/innen der unterschiedlichen Tätigkeitsfelder wenden sich im Rahmen verschiedenster Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und setzen sich aktiv für Demokratie und Toleranz ein.

Die Ursachen rechtsextremistischer Orientierungen werden überwiegend auf fehlendes Wissen um Migrationsverläufe und -hintergründe, zu geringe (politische) Bildung, Ängste um die Zukunft oder den Arbeitsplatz sowie auf zu wenig interkulturelle Kontakte zurückgeführt.



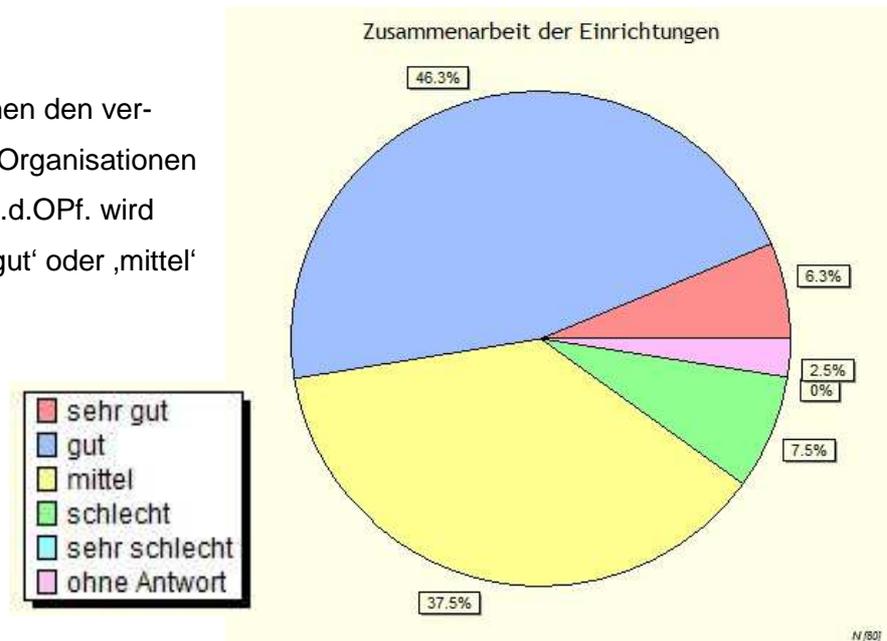
Die von den Befragten genannten Ursachen entsprechen damit zum Teil den wissenschaftlichen Erkenntnissen (vgl. Kapitel 1.3) und haben auch Auswirkungen auf die *allgemeinen* Tätigkeiten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie für Demokratie und Toleranz.

Unter ‚Sonstige‘ werden Toleranz, Vorbildfunktion, keinerlei Duldung von Aggression, Schüleraustausch, Einsatz für die Menschenrechte, Mitarbeit ‚Weiden ist bunt‘, Integration durch Beschäftigungsmaßnahmen, Zusammenhalt sowie Unterstützung von Projekten genannt.



Hinsichtlich der *spezifischen* Aktivitäten, Initiativen, Maßnahmen und Projekte verfügen die Einrichtungen und Organisationen der unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche über die verschiedensten Ressourcen.<sup>26</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einrichtungen / Organisationen und Netzwerken in Weiden i.d.OPf. wird dabei von den meisten als ‚gut‘ oder ‚mittel‘ eingeschätzt.



#### 4.2.1 Kindertagesstätten / Vorschulen und Schulen

Zur Förderung der Mehrsprachigkeit werden von den Kindertagesstätten und Vorschulen das Singen von ausländischen Liedern und der Austausch in der jeweiligen Muttersprache sowie die Verdeutlichung durch Anschauungsmaterial genannt. Die Kinder lernen auch Sprachen bzw. Wörter von den ausländischen Kindern oder dolmetschen für andere. Es gibt gelegentlich gezielte zweisprachige Angebote sowie Unterstützung für die Kinder zum Erlernen der deutschen Sprache (Vorkurs Deutsch etc.). Zu Hause sollen die Eltern mit ihrem Kind in der Muttersprache sprechen. Um die Mehrsprachigkeit zu fördern, geben die Schulen häufig ein Sprachenzentrum und das (Wahl-)Angebot verschiedener Fremdsprachen an (z. B. Englisch, Russisch, Tschechisch und Französisch, aber auch Italienisch, Spanisch und Chinesisch). Außerdem werden Zertifizierungsmöglichkeiten und bilingualer Unterricht sowie muttersprachlicher Ergänzungsunterricht und Intensivierungsstunden/ Förderunterricht genannt. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass Mehrsprachigkeit überhaupt nicht gefördert wird, da insbesondere mit der Schreibfähigkeit der Schüler/innen im Deutschen gehadert wird.

Hinsichtlich der Berücksichtigung interkultureller und/oder interreligiöser Aspekte wird von den Kindertagesstätten / Vorschulen mehrfach Respekt, Rücksichtnahme und Wertschätzung unter-

<sup>26</sup> In den folgenden Abschnitten werden die Antworten zur Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit sowie von interkulturellen und/oder interreligiösen Aspekten und zu speziellen Projekten oder Initiativen zur Demokratie- und Toleranzförderung der jeweiligen Einrichtungen und Organisationen zusammengefasst. Bei Mehrfachnennungen hinsichtlich der Tätigkeitsbereiche wurde versucht, die Antworten möglichst passend zuzuordnen.

schiedlicher Religionen genannt. Andere Verhaltensweisen und religiöse Aspekte im Alltag und bei Festen sowie die Gleichbehandlung unabhängig von Glauben und Kultur sollen beachtet werden. Angebote zum Kennenlernen verschiedener Kulturen und Religionen werden organisiert und als Themen aufgegriffen. Eine vorschulische Einrichtung bietet Elterngespräche in der Muttersprache Russisch an. Auch die Teilnahme am interreligiösen Gesprächskreis wird genannt. Von den Schulen wird mehrfach darauf hingewiesen, dass interkulturelle und interreligiöse Aspekte im Lehrplan berücksichtigt werden. Je nach Schule sind sie Bestandteil des HSU- oder Religions-/Ethikunterrichts sowie des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts. Die Themen werden immer wieder in Gesprächen und Erzählungen behandelt und nach Wunsch können sich die Schüler/innen durch Referate oder Unterrichtsbeiträge einbringen. Bei Schulfesten werden Feiertage anderer Religionen beachtet und es werden ökumenische Gottesdienste gefeiert. Für die Schüler/innen wird das Angebot von regelmäßigen Praktika im Projekt der Hausaufgabenbetreuung im AK Asyl erwähnt. Die an der Umfrage beteiligten Schulen geben auch mehrfach Schüleraustausche und gemeinsame Kurse bzw. Kleinprojekte und Unterricht mit ausländischen Partnerschulen an. Auch der Austausch von Studierenden und Dozent/innen sowie die Einbindung in internationale Programme und Studiengänge werden genannt. Partnerschaften bestehen z. B. mit der Türkei, Israel, Rumänien und Griechenland.

Als konkrete Projekte und Initiativen benennen eine Kindertageseinrichtung / Vorschule sowie mehrere Schulen die Beteiligung und Mitarbeit bei der Initiative ‚Weiden ist bunt‘. Auch die Mitgliedschaft im Begleitausschuss „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ wird erwähnt. Eine Schule beteiligt sich an der Initiative ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘ und es werden zudem regelmäßige Projektstage, Fachvorträge, internationale Sommerakademien, Studentenaustauschprogramme sowie die direkte und indirekte Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen angegeben.

#### **4.2.2 Außerschulische Jugendeinrichtungen, Weiterbildung und Sozialberatung**

Mehrsprachigkeit wird in den beteiligten außerschulischen Jugendeinrichtungen durch das Sprechen der jeweiligen Sprache (wenn möglich) und durch gruppenpädagogische Angebote gefördert. Beratungsgespräche werden mit Übersetzer/in geführt. Eine Einrichtung gibt an, dass Mehrsprachigkeit zurzeit noch kein Thema ist, da alle Beteiligten Deutsch sprechen. Bei internationalen Veranstaltungen wird jedoch Englisch gesprochen. Ähnlich wie die Schulen benennen auch die Weiterbildungseinrichtungen ihre Fremdsprachenangebote mit bis zu etwa acht Fremdsprachen sowie einen Englisch-Stammtisch (English Club). Beratungsangebote bestehen in Russisch und Englisch und Besuche sowie Informationsveranstaltungen werden ggf. mit

Dolmetscher/in durchgeführt. Im Rahmen der Sozialberatung werden Deutschkurse angeboten und Förderbedarf erkannt sowie Frühförderung, Ergotherapie und Sprachkurse vermittelt. In spezielle Sozialarbeit wie z. B. Familienhilfe sowie bei Projekten und Aktionen werden gezielt mehrsprachige Ehrenamtliche und Bewohner/innen einbezogen. Mehrere Einrichtungen geben an, dass sie ihre Plakate und Flyer in verschiedenen Sprachen anbieten (z. B. Russisch und Türkisch) und in der Migrationsberatung wird von Zeit zu Zeit ein Dolmetscher benötigt. Die sprachliche Herausforderung wird nicht immer in der Mehrsprachigkeit gesehen, sondern auch in der Berücksichtigung unterschiedlicher Sprach-Nuancen (z. B. elementar - komplex). Beratung wird in Gebärdensprache für hörbehinderte und gehörlose Menschen angeboten. Durch interkulturelle Gemeinwesenprojekte bzw. Aktionen und die Zusammenarbeit mit Schulen wird Mehrsprachigkeit gleichermaßen berücksichtigt und gefördert.

Interkulturelle und/oder interreligiöse Aspekte werden von den Jugendeinrichtungen berücksichtigt, da sie gegenseitigen Respekt und Wissen sowie Austausch und Begegnungen als wichtig erachten. Im Rahmen der Weiterbildung dienen der bereits erwähnte English Club (offener Englischtreff mit teilweise amerikanischen Gästen) sowie der Samowar (Treffen von deutsch- und russischsprachigen Bürger/innen) dem interkulturellen Austausch mit verschiedenen Vorträgen, Gesprächsangeboten, musikalischer Begegnung und gemeinsamem Teetrinken. Gleiche Regeln und Vorgaben gelten für alle, ggf. wird Unterstützung geleistet beim Ausfüllen von Formularen oder Verstehen von Kursanweisungen. Interkulturelle/-religiöse Aspekte werden bei einer Weiterbildungseinrichtung auch in die redaktionellen Inhalte der Arbeit einbezogen. Mehrere Einrichtungen der Sozialberatung halten die gleiche Beachtung und Wertschätzung von Menschen unterschiedlicher nationaler, religiöser oder weltanschaulicher Herkunft für wichtig und selbstverständlich. Die jeweiligen Identitäten sowie Lebenslagen müssen ganzheitlich erkannt und berücksichtigt werden. Diese Grundsätze werden in der Beratung soweit wie möglich beachtet. Interkulturelle und interkonfessionelle/-religiöse Paare und Familien werden zu verbesserter Dialogfähigkeit angeleitet und bezüglich Migration, Frauenhaus oder AFZ beraten.

Mehrere außerschulische Jugendeinrichtungen sind Mitglied der Initiative ‚Weiden ist bunt‘ und nehmen an Veranstaltungen teil. Als konkretes Projekt erwähnt eine Einrichtung ein politisches Planspiel, das einmal jährlich stattfindet und dazu dient, dass Jugendliche spielerisch Demokratie einüben. Sowohl eine Einrichtung der Weiterbildung als auch eine der Sozialberatung geben an, dass sie sich aus personellen Gründen nicht oder nur wenig an Projekten und Initiativen beteiligen können. Gleichwohl kooperieren sie mit anderen Einrichtungen sowie Projektinitiatoren und unterstützen angebotene Veranstaltungen als Multiplikatoren im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Neben ‚Weiden ist bunt‘ werden verschiedene andere Netzwerke und Arbeitskreise sowie die Beteiligung an speziellen Projekten benannt. Dies sind das Netzwerk Integration, der

Interreligiöse Gesprächskreis und der Interreligiöse Kalender 2012, der Interkulturelle Arbeitskreis und Interkulturelle Garten, das BAMF-Projekt ‚Inisma‘, Samowar, das Bündnis für Familien, das Frauenforum sowie die AG gegen sexuelle Gewalt, der Arbeitskreis ARGE und der Arbeitskreis Soziales.

#### **4.2.3 Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Wirtschaft / Unternehmen**

Von den Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften sowie aus dem Bereich Wirtschaft / Unternehmen liegen nur wenige Rückmeldungen vor.<sup>27</sup> Zur Berücksichtigung und Förderung von Mehrsprachigkeit wird angegeben, dass ausländischen Kindern Deutschkenntnisse vermittelt und Englisch bereits im Vorschulalter beginnend eingesetzt wird. Arbeitsrechtliche Informationen werden in mehreren Sprachen bereit gestellt, insbesondere wenn es sich um entsprechende auf die Zielgruppe bezogene Informationen handelt.

Durch die Kontaktsuche und Zusammenarbeit mit der jüdischen und den muslimischen Gemeinden sowie die Teilnahme und Organisation von Großveranstaltungen (wie Weltjugendtag) werden interkulturelle und/oder interreligiöse Aspekte berücksichtigt. Auch im Rahmen der religiösen Bildung in der Erziehungsarbeit werden sie gefördert. Es wird das Angebot eines russischen Gottesdienstes sowie die Teilnahme am interreligiösen Gesprächskreis angeführt.

Eine religiöse Einrichtung benennt im Rahmen spezieller Projekte oder Initiativen die Beteiligung bei besonderen Veranstaltungen (z. B. am 3.Oktober). Zwei gewerkschaftliche Einrichtungen sind Mitglied bei ‚Weiden ist bunt‘, während ein mediales Wirtschaftsunternehmen Spenden und Berichterstattung angibt.

#### **4.2.4 Polizei / Justiz und Stadtverwaltung**

Seitens der Polizei / Justiz liegen keine Antworten vor.<sup>28</sup> In der Stadtverwaltung ist Mehrsprachigkeit in bestimmten Bereichen Einstellungsvoraussetzung. Es wird zwar ausschließlich Deutsch als Amtssprache verwendet, aber bei Verständigungsschwierigkeiten wird informell mit

<sup>27</sup> Die Umfrage wurde leider nicht ausreichend an Betriebe weitergeleitet, weshalb lediglich drei Rückmeldungen im Bereich ‚Wirtschaft / Unternehmen‘ vorliegen. Acht Einrichtungen ordnen sich zwar einer ‚Religionsgemeinschaft‘ zu, jedoch als zusätzliche Angabe neben einer Tätigkeit im Bildungs- oder Beratungsbereich. Es wird angenommen, dass es sich um Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft handelt. Ihre Antworten sind überwiegend dem jeweiligen Bildungs- bzw. Beratungsbereich zugeordnet worden.

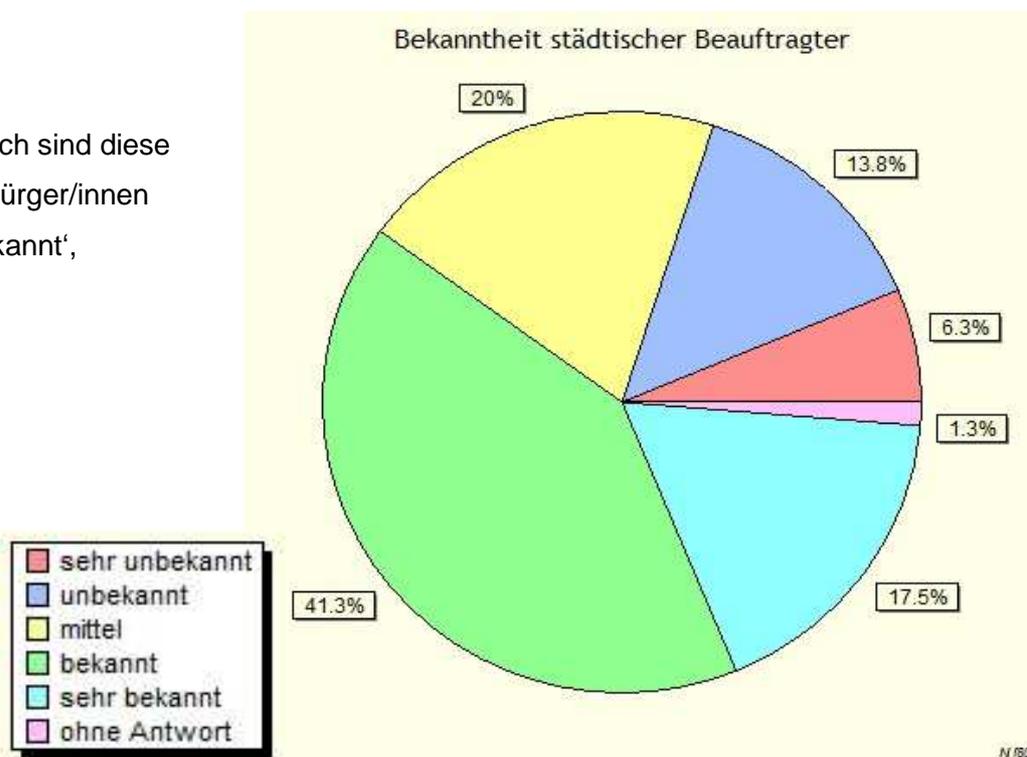
<sup>28</sup> Von den drei entsprechend markierten Fragebögen wurden die Fragen entweder nicht beantwortet oder die Antworten sind bei Mehrfachnennungen anderen Bereichen zugeordnet worden.

vorhandenen Fremdsprachenkenntnissen ausgeholfen. Es werden mehrsprachige Angebote und Info-Materialien sowie Angebote zum Erwerb von Fremdsprachen oder zum Erwerb der deutschen Sprache bereit gestellt. Außerdem werden Fremdsprachenkenntnisse der Kolleg/innen aufgeführt.

Von einer Einrichtung der Stadtverwaltung wird angegeben, dass interkulturelle und/oder interreligiöse Aspekte beachtet werden. Eine andere Einrichtung hält diese Aspekte für weitestgehend ausgeblendet. Eine weitere Einschätzung besteht darin, dass diese Aspekte, soweit rechtlich, zeitlich und inhaltlich möglich, zwar berücksichtigt werden, Sprachkenntnisse jedoch wichtiger sind. Die Stadtverwaltung hält Medien zu allen gängigen Kultur- bzw. Religionsausrichtungen bereit und bietet dazu auch diverse Veranstaltungen.

Als konkrete Initiativen werden die Einbindung in eine Vielzahl von Projekten und Arbeitskreisen genannt wie die Unterstützung und die regelmäßigen Begleitaktionen zu Maßnahmen des Bündnisses ‚Weiden ist bunt‘, durchgeführte Veranstaltungen in den eigenen Räumen und die bewusste Auseinandersetzung mit Persönlichkeiten, die für eine Straßennamen-Benennung Verwendung finden sollen. Auch die Beschäftigung von Integrations- und Gleichstellungsbeauftragten werden angeführt.

Der Umfrage nach sind diese den Weidener Bürger/innen größtenteils ‚bekannt‘,



#### 4.2.5 Vereine / Netzwerke und Sonstige<sup>29</sup>

Im Bereich der Vereine / Netzwerke wird angegeben, Mehrsprachigkeit dadurch zu fördern, dass andere Kulturen aktiv toleriert werden. Niemand wird ausgegrenzt und es werden gemeinsam Feste und Erzählungen von ‚Daheim‘ organisiert. In den Einrichtungen ist Mehrsprachigkeit z. T. selbstverständlich und einige der Mitarbeiter/innen sprechen mehrere Sprachen. Auch Sprachkurse werden gefördert. Es wird aber auch eine bessere Förderung der Mehrsprachigkeit aller Mitarbeiter/innen im Rahmen von regelmäßigen Schulungen gewünscht. Mehrfach wird von den Vereinen / Netzwerken auch mitgeteilt, dass Mehrsprachigkeit nicht notwendig oder bedeutungslos ist. Des Weiteren wird erwähnt, dass Werbemaßnahmen in Fremdsprachen erstellt werden. Insbesondere Flyer oder die Homepage, aber auch neuere Publikationen sowie Ausstellungstexte werden zwei- bzw. mehrsprachig angeboten. Auf Anfrage und abhängig von der Finanzierung werden Vermittlungsangebote mehrsprachig ermöglicht und Reitunterricht findet speziell für Kinder von Angehörigen der US-Army statt.

Auch bei der Frage nach der Beachtung interkultureller und interreligiöser Aspekte wird sowohl Offenheit als auch eine allgemeine Haltung des Respekts vor anderen Kulturen und Religionen erwähnt. Eine Einrichtung, die sich mit Menschenrechten beschäftigt, setzt sich schon vom Ansatz ihrer Arbeit her mit interkulturellen und interreligiösen Fragen auseinander. Es werden Informationen und Besichtigungen religiöser Einrichtungen sowie multikulturelle Veranstaltungen wie Feste und Ausstellungen organisiert. Dabei wird darauf hingewiesen, dass bei Festen auch nicht-schweinische Bratwürste angeboten werden. Es werden Kulturerzeugnisse unterschiedlicher Weltkulturen sowie verschiedene Musikformen vermittelt und präsentiert, die sich in Jazz vereinen. Auch die museale Ausrichtung auf ein internationales Publikum sowie die Möglichkeit, ‚Fremdes‘ kennenzulernen und Kulturen zu vergleichen, wird beschrieben. Zusätzlich werden die Unterhaltung einer Bibliothek, die wöchentliche Herausgabe einer Zeitung sowie eine interkulturelle Beratung für Werbemaßnahmen genannt. Auch hier wird mehrfach angeführt, dass interkulturelle/-religiöse Aspekte ohne Bedeutung sind oder nicht beachtet werden.

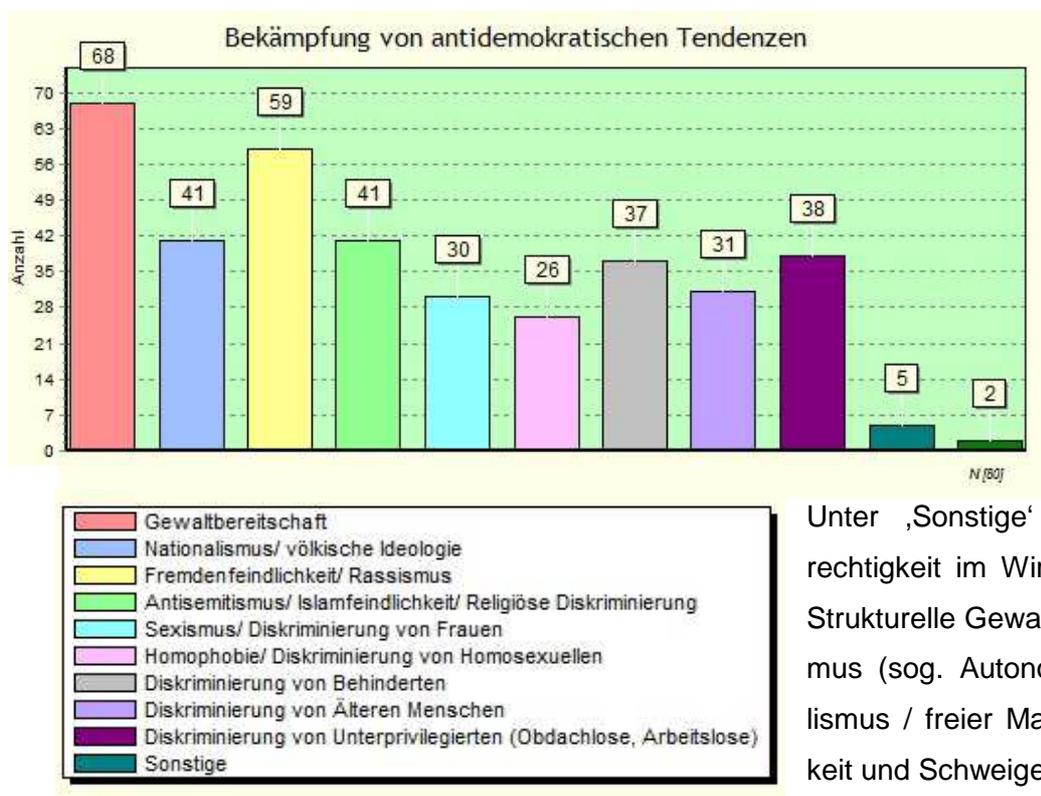
Im Rahmen konkreter Projekte und Initiativen wird mehrfach die Mitgliedschaft und Mitarbeit in verschiedenen Netzwerken wie ‚Weiden ist bunt‘ oder ‚Netzwerk Integration‘ angegeben. Auch der Runde Tisch Gewaltschutzgesetz sowie der Begleitausschuss des Projekts ‚Stärken vor Ort‘ oder der Interreligiöse Arbeitskreis werden genannt. Die Zusammenarbeit mit ‚Die Initiative e.V.‘ und ‚Dornrose e.V.‘ wird als wichtig erachtet und die Einrichtungen nehmen an verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen teil. Eine Einrichtung gibt an, in Zusammenarbeit mit Organisa-

<sup>29</sup> Einige Fragebögen mit Mehrfachnennungen sind der ‚Sozialberatung‘ oder ‚Wirtschaft / Unternehmen‘ zugerechnet worden. Nur wenige Weitere haben die offenen Fragen beantwortet und können den ‚Vereinen / Netzwerken‘ beigeordnet werden, da sie im Bereich Kultur und Musik anzusiedeln sind.

tionen und Bildungsinitiativen zu publizieren, sich zu beteiligen, aufzuklären und Beispiele zu geben. Es wird darauf geachtet, dass weder ‚Rechte noch Linke‘ den Verein unterlaufen. Ein Projekt zur Integration junger Sportler/innen mit und ohne Migrationshintergrund in die Weidener Arbeitswelt wird genannt und ein Museum benennt jüdisches Leben und Nachteile diktatorischer Systeme als Sequenzschwerpunkte. Spezielle interkulturelle Workshops für Kinder, Senioren und benachteiligte Gruppen sowie Führungen zu interkulturellen Themen werden genauso erwähnt wie ein kontinuierliches Angebot für die Kinder des AKs Asyl und deren Eltern. Benachteiligte Gruppen werden bei der Mitarbeit in der Einrichtung besonders berücksichtigt.

### 4.3 Analyse möglicher Förderansätze und konkreter Maßnahmen

Neben vielen vorhandenen Ansätzen, Arbeitsschwerpunkten und Projekten werden von den Umfrage-Beteiligten auch Perspektiven für Weiden i.d.OPf. entwickelt. So wurde ganz allgemein danach gefragt, welche Tendenzen, die Demokratie und Toleranz widersprechen, am stärksten bekämpft werden sollten. Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit / Rassismus werden am weitaus häufigsten genannt, gefolgt von Nationalismus / völkische Ideologie und Antisemitismus / Islamfeindlichkeit / Religiöse Diskriminierung sowie Diskriminierung von Unterprivilegierten (Obdachlose, Arbeitslose) und Diskriminierung von Behinderten.



Unter ‚Sonstige‘ werden Unge-  
rechtigkeit im Wirtschaftssystem /  
Strukturelle Gewalt, Linksextremis-  
mus (sog. Autonome), Neoliberalis-  
mus / freier Markt, Arbeitslosig-  
keit und Schweigen genannt.

Von den an der Umfrage beteiligten Weidener Bürger/innen werden zudem in offenen Fragestellungen vielfältige Ansätze und konkrete Maßnahmen genannt, um gegen Diskriminierung vorzugehen sowie Demokratie und Toleranz in Weiden i.d.OPf. zu fördern.<sup>30</sup>

### **Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft**

- Zivilcourage und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Ermöglichung von Teilhabe
- Einbeziehung in alltägliche Entscheidungsvorgänge durch Gesprächsrunden
- enge Einbeziehung von "diskriminierten" Gruppen
- Einbeziehung der Vereine, auch Migranten-Vereine (z. B. ‚Neue Zeiten‘) um Austausch zu ermöglichen
- leichtere Aufnahme in Vereinen; Sport im Team
- verstärkte Sportförderung, gemeinsamer Sport
- unentgeltliche Bildungsangebote / Sportangebote für Kinder und Jugendliche
- Kinder und Jugendliche nachmittags und abends von der Straße holen, nicht sich selbst überlassen
- Migranten müssen mehr Mitspracherecht erhalten (Politische Gremien); persönliche Einladung und Aufforderung der Stadt zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen
- ständige Präsenz des aufgeklärten Demokraten (z. B. über ‚Weiden ist bunt‘ und buntes Angebot von der Schule bis zu den Betrieben und der Öffentlichkeit)
- Stärkung der antiextremistischen Netzwerke, höhere Präsenz der demokratischen Parteien in dieser Frage
- auch große konservative Parteien zur aktiven Mitarbeit in Netzwerken gg. ‚Rechts‘ bewegen
- Politik live, Politik vor Ort, Politiker als Bürger
- Bürgerprojekte z. B. für einen Spielplatz, an denen Personen aus dem öffentlichen Leben (Politiker, Unternehmer) körperlich aktiv mit Einheimischen und Migranten in der Freizeit sind und sich bei einem (Bürger-)Fest präsentieren
- Mobilisierung der Bevölkerung
- bisherige Maßnahmen zu einseitig auf Rechtsextremismus ausgerichtet; Linksextremismus berücksichtigen
- weniger Einzelmaßnahmen, sondern gezieltes Programm aufgrund eines Zielgruppenkonzepts, evtl. ein Jahresthema, das dann ‚Netzwerkpartner‘ gemeinsam bearbeiten

<sup>30</sup> Aufgrund der Fülle der Informationen werden die Antworten auf die Fragen nach der besten Art der Förderung von Demokratie und Toleranz und nach den konkreten Maßnahmen, die in Weiden i.d.OPf. ergriffen werden sollten, stichpunktartig zusammengefasst. Unabhängig von der Zuordnung der Einrichtungen zu einem Arbeitsbereich werden die verschiedenen benannten Aspekte den sechs inhaltlichen Schwerpunkten des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zugeordnet. Da diese jedoch nicht trennschaft voneinander abgegrenzt werden können, ist die Zuordnung sehr subjektiv und vage.

### **Demokratie- und Toleranzerziehung**

- Aufklärung und Information
- Aufklärung (in Schulen) und Sensibilisierung, gegenseitiger Respekt
- mehr, breitere und intensivere politische Bildung (junger Menschen)
- Förderung und Verstärkung politischer Bildung
- Ausgleich Bildungsdefizite, Chancengleichheit
- Gleichbehandlung
- vermitteln, dass alle Menschen gleich wertvoll sind und dass jeder Verantwortung für sich und andere trägt
- Anwenden und Einüben von Formen positiver Kommunikation und Konfliktlösungsstrategien
- Ausbildung von Streitschlichtern an Schulen
- mehr Mediationsangebote
- Prävention u. a. an Schulen; Thematisierung in verschiedenen Fächern
- aktive Arbeit mit Jugendlichen
- Seminare für Jugendliche (Zivilcourage), Projekte für Kinder
- Projekte in Schulen und Berufsschulen zur Prävention
- Mitarbeiterschulung in Behörden und Fachstellen; Schulungen für Verwaltungen und andere Berufsgruppen
- Workshops / Seminare / Weiterbildung zu „Toleranzförderung“ für Multiplikatoren / Leiter / MA von Einrichtungen
- Schulungen für Eltern und Großeltern
- Mehrheitsgesellschaft erreichen durch kreative Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung; deren Ängste ernst nehmen und die Problemverlagerung auf "Randgruppen" verändern
- Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Plakate gegen Menschenfeindlichkeit, Stand in Fußgängerzone, Info-Zeitungsartikel
- offensive Öffentlichkeitsarbeit
- Weiden braucht eine schwarze, jüdische, homosexuelle Oberbürgermeisterin

### **Soziale Integration**

- Einsatz von Sozialarbeitern auch in Schulen
- Quartiersmanagement, Stadtteilarbeit, Durchmischung der Stadtteile, keine Konzentration von Randgruppen
- "Wohnviertelshelfer/-betreuer“, die aktiv auf die Leute zugehen
- Begegnungsabende in Stadtteilen
- verstärkte Aufklärungs- und Integrationsarbeit in besonders betroffenen Stadtteilen

- gelebte Integration (Beispiel Fußballnationalmannschaft)
- bessere Integration von Ausländern; Minderheiten dürfen sich nicht ausgrenzen und nicht ausgegrenzt werden
- Schulungen für Migranten (Sprache, Recht und Ordnung in Deutschland); Deutschsprachigkeit als Voraussetzung
- Sprachprojekte für Frauen mit Migrationshintergrund; Deutschsprachigkeit für Migranten fördern und voraussetzen
- Schüler mit Migrationshintergrund gezielt fördern
- soziale und finanzielle Sicherung, Schaffung von Arbeitsplätzen (insbesondere Jugend)
- Armut und Zusammenhalt, Wohlhaben macht eitel
- jährlicher Bericht über Reichtum und Armut in Weiden

### ***Interkulturelles und interreligiöses Lernen/ Antirassistische Bildungsarbeit***

- Förderung von multikulturellem Denken; Erleben von Kulturen und Religionen möglichst früh
- intensive Thematisierung in Kindergärten und Schulen; Hilfen für Schulen
- (interkulturelle) Kontakte (bereits in Vorschule), Begegnungen, besseres Kennenlernen, persönlicher Austausch
- Kontakte in Schulen, Schüleraustausch, internationale Begegnungen
- Begegnungen auf verschiedenen Ebenen unterstützen (z. B. in Schulen, besonders aber in kleinen Gruppen)
- ehrliche Reflexion von Eltern / Pädagogen usw.
- gemeinsame Projekte, Feste, Einladungen, Gespräche und Themen
- bestehende interkulturelle und interreligiöse Projekte und Initiativen auf gutem Weg (z. B. ‚Weiden ist bunt‘, AK Asyl, JUZ)
- vermehrt interkulturelle Veranstaltungen z. B. auch im Rahmen des Bürgerfestes etc.; Veranstaltungen und Diskussionen mit gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen
- Kulturereignisse, Musik, Film, Diskussionen, Zeitungsberichte über positive Beispiele
- multikulturelle Kulturveranstaltungen, Förderung gemeinsamer Sport- und Musikveranstaltung für Spaß und Freude
- Einladung ‚fremder‘ Staatsangehöriger, Kontakte zu den Flüchtlingen in Weiden (Camp Pitman)
- Hintergrundberichte über spezielle Medien-, Sportförderung, Events (z. B. Afrika-Fest, ‚Türkischer Sommer‘ 2011)
- interkulturelle Feste und Feiern
- Fortführung, Unterstützung und (finanzielle) Förderung der bestehenden Arbeit

- Förderung interkultureller Einrichtungen u. Projekte (personell und finanziell)
- finanzielle Unterstützung von Projekten zur Integration und interkulturellen Bildung
- christliche Werte leben und weitergeben (Toleranz als einer der wichtigsten christl. Werte)
- Abbau von Vorurteilen
- strukturelle Gewalt in Wirtschaft, Gesellschaft und Behörden aufdecken, benennen und ächten

### ***Kulturelle und geschichtliche Identität***

- Bildung (politisch und (kultur-)historisch) und (schulische) Ausbildung
- Vorbild sein, Erziehung, Elternhaus
- Vorleben (von Toleranz), Förderung von Respekt, Offenheit, Ehrlichkeit – selbstverständlicher Erwerb schon im Elternhaus, KiGa, Hort, Schule, Kirchen, Gruppen, Sport, Ärzte, Beamte, ...
- Stärkung des eigenen Selbstwertes, Niemanden zurücklassen
- keine Sonderbehandlung bei Straffälligkeit wegen Migrationsproblemen
- Sprachen
- schulischen Unterricht mehr unterstützen, z. B. durch Kostenübernahme von Zeitzeugen-Veranstaltungen
- Projekte mit Altenheimen und Flossenbürg
- Zeitzeugengespräche
- Augenzeugenberichte von jüdischen Bürgern, aber auch Vertriebenen, die Opfer von Gewalt und Rassismus wurden
- Information über organische und psychische Spätfolgen von Gewalt aus politischen und kriminellen Gründen
- Im Stadtmuseum nicht beim ‚Biedermeier‘ enden, sondern anhand der Geschichte der Zeit von 1914-1945 zeigen, wie es zur Entstehung des Nationalismus, des Nationalsozialismus und der NS-Diktatur mit allen Folgen kam

### ***Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen***

- Verbot von NPD, Skinheadorganisationen usw.
- härtere Strafen bei antisemitistischen Übergriffen, aber auch Ausweisung straffälliger Ausländer
- Verhinderung von Auftritten extremistischer Parteien und Gruppierungen im gesamten Stadtgebiet

## 5. Perspektiven für den Lokalen Aktionsplan Weiden i.d.OPf.

Mit Hilfe eines Lokalen Aktionsplans (LAP) sollen die Demokratieentwicklung gesteuert sowie lokale Bündnisse und Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus nachhaltig entwickelt werden. Um eine langfristige Strategie erarbeiten zu können, werden lokale gesellschaftliche Akteur/innen umfassend in die Entwicklung einbezogen. Dies sind sowohl Vertreter/innen der Kommunen als auch engagierte Bürger/innen der Zivilgesellschaft. Die vorliegenden Analyseergebnisse sowie die wissenschaftlichen Erkenntnisse sollen dabei unterstützen, konkrete Ziele und Handlungsperspektiven für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Weiden i.d.OPf. zu entwickeln, um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu bekämpfen sowie Demokratie und Toleranz zu fördern. Im Anschluss und aufbauend auf den Resultaten der Analyse müssen die Ergebnisse eines solchen Entwicklungsprozesses in einem dialogischen Prozess diskutiert, ausgearbeitet und reflektiert werden.

Im Rahmen der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse können somit keine Ergebnisse für den Lokalen Aktionsplan präsentiert werden. Durch die Einbeziehung von kommunalen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur/innen in die Fragebogenerhebung wurde jedoch bereits ein Reflexionsprozess bei den Beteiligten in Gang gesetzt und es können erste Perspektiven hinsichtlich der Ziele und Zielgruppen sowie Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden. Im Folgenden liegt es in anderer Verantwortung, diesen Prozess lebendig zu halten und engagierte Bürger/innen nachhaltig und umfassend einzubeziehen.

### 5.1 Mögliche Zielgruppen

- Es sind keine **Menschen mit Migrationshintergrund** an der Fragebogenerhebung der vorliegenden Analyse beteiligt (vgl. Kapitel 4.1). In zukünftigen Prozessen im Rahmen der Einbeziehung lokaler Akteur/innen sollte ihre gleichberechtigte Partizipation und Teilhabe aktiv gefördert werden.
- Als Zielgruppen sollten nicht nur Jugendliche angesprochen werden, sondern die **Berücksichtigung aller Altersgruppen** angestrebt werden. Insbesondere die Mitte-Studien verdeutlichen, dass Rechtsextremismus kein bloßes Jugendproblem ist, sondern entsprechende Einstellungen sich auch bei anderen Altersgruppen finden.
- Eine Reduzierung auf Bildungseinrichtungen wäre ebenfalls zu kurz gegriffen. Die **Berücksichtigung verschiedener Lebensbereiche und zivilgesellschaftlicher Akteur/innen** (z. B. Vereine, Medien, Wirtschaft,...) ermöglicht eine breiter gefasste Auseinandersetzung und kann bereichsübergreifende Netzwerke befördern.

- Eine **Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften, die als Multiplikator/innen fungieren können**, wird von den Befragten mehrfach gewünscht und wird auch als zukünftige Perspektive als sinnvoll erachtet. Sowohl in Bildungs- und Beratungseinrichtungen als auch in Vereinen und Religionsgemeinschaften sowie in der Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung können somit breite Reflexionsprozesse angeregt und Kompetenzen erworben werden, die an die jeweiligen Zielgruppen weitergegeben werden können.

## 5.2 Mögliche Ziele und inhaltliche Schwerpunkte

- Von den an der Fragebogenerhebung beteiligten Weidener Bürger/innen wurden verschiedene mögliche Förderansätze und konkrete Maßnahmen entsprechend der sechs inhaltlichen Programmschwerpunkte benannt. Die Stadt Weiden i.d.OPf. hat sich für eine bevorzugte Berücksichtigung der Schwerpunkte *Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft, Demokratie und Toleranzerziehung, Interkulturelles und interreligiöses Lernen / Antirassistische Bildungsarbeit* sowie *Kulturelle und geschichtliche Identität* entschieden. Angesichts der Anzahl und Vielfalt der Nennungen sollte auch der Schwerpunkt **Soziale Integration** beachtet werden.
- Für alle Bürger/innen müssen verstärkte Möglichkeiten zur **Partizipation** geschaffen werden, um in politische Prozesse einbezogen und an Entscheidungen aktiv beteiligt zu sein.
- **Bildung** im Sinne eines lebenslangen Lernens sowie einer dialogischen und subjektorientierten Bildungspraxis ist ein wichtiger Schlüssel für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben. Es sollten kontinuierlich Reflexionsprozesse angeregt werden, um sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die Menschen in einer demokratischen Gesellschaft bestmöglich zusammenleben können.

## 5.3 Handlungsempfehlungen und Sicherung der Nachhaltigkeit

- Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen von den Medien als „Rechtsterror“ bezeichneten aufzuklärenden Gewalttaten, sondern auch in Folge des in den letzten Jahren stetig zunehmenden Einflusses rechtsextremer Parteien muss **Rechtsextremismus ernst genommen und langfristig bekämpft werden**.
- Dabei bedarf es nicht nur einer Intervention oder Prävention von Rechtsextremismus, sondern einer langfristig verankerten pädagogischen Praxis zur aktiven **Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Rassismen und Diskriminierungen** durch Antirassismus- bzw. Antidiskriminierungsarbeit und eine diversitäts- und menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit.

- Neben massiven und offenen Formen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus müssen auch **subtile und latente Formen von Alltagsrassismen** in den Blick genommen werden.
- Neben der individuellen Ebene müssen auch Strukturen und Institutionen sowie öffentliche Diskurse demokratisch gestaltet werden durch eine **interkulturelle Öffnung bzw. das Aufdecken institutioneller, struktureller und diskursiver Rassismen**.
- Neben einer speziellen Fokussierung auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bedarf es langfristig einer **Ausweitung auf verschiedene Ausprägungsarten von Diskriminierung**, um Ausgrenzungen auch infolge einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, einer sozialen Herkunft, einer gesellschaftlichen (De-)Privilegierung o. ä. zu bekämpfen.

## Ausblick

Rechtsextremismus ist weit verbreitet und umfasst offene, direkte Handlungspraxen und Ausprägungsarten wie Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien oder Gewalt / Straftaten. Dies wird deutlich z. B. durch die Ergebnisse der diesjährigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern oder bei der aktuellen bundesweiten Diskussion über „Rechtsterror“ in Zusammenhang mit der Aufklärung der sog. „Döner-Morde“, aber auch regional in Wunsiedel und Weiden i.d.OPf. Neben diesen Formen von Rechtsextremismus existieren auch verdeckte, latente und subtile Ausgrenzungsformen und Einstellungsmuster, die alltäglich und auch in der Mitte der Gesellschaft allgegenwärtig sind. Alle Arten von Geringschätzung und Abwertung müssen aufgedeckt und mit aller Entschlossenheit bekämpft werden.

Es gibt eine große Anzahl von Menschen, die Rassismuserfahrungen in ihrem Alltag macht, aber infolge anderer tatsächlicher oder vermeintlicher Merkmale auch Diskriminierungen seitens anderer Personen(gruppen) oder seitens ausgrenzender Strukturen und Institutionen ausgesetzt ist. Menschenrechte, das Grundgesetz oder demokratische Werte stehen aber für die Gleichberechtigung und die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen. Sensibilisierung und zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz gehen somit einher mit einer nachhaltigen Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie anderer Diskriminierungen. Für diese Herausforderung müssen Bürger/innen in ihren Kompetenzen bestärkt und unterstützt werden.

## Quellenverzeichnis

Angerstorfer, Andreas/Dengg, Annemarie (2005): Rechte Strukturen in Bayern 2005. Eine Dokumentation mit Schwerpunkt Oberbayern, Oberpfalz und Niederbayern. 2. aktualisierte Auflage. München: BAYERNFORUM der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bayerisches Staatsministerium des Inneren (2009): Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, beschlossen vom Ministerrat am 12. Januar 2009; abrufbar unter [http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/rechtsextremismus/handlungskonzept\\_rechtsextremismus.pdf](http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/rechtsextremismus/handlungskonzept_rechtsextremismus.pdf).

Benz, Wolfgang (2007): Was ist Antisemitismus? Begriff und aktuelle Erscheinungsformen aus der Perspektive der internationalen Forschung. In: Policy Politische Akademie Nr. 21: Antisemitismus. Forschung und aktuelle Entwicklungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 4-6.

Benz, Wolfgang (2008): Was ist Antisemitismus? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bundesministerium des Inneren (2011): Verfassungsschutzbericht 2010; abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.de>.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver et. al. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver et. al. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gamper, Markus/Willems, Helmut (2006): Rechtsextreme Gewalt – Hintergründe, Täter und Opfer. Fachwissenschaftliche Analyse. In: Heitmeyer, Wilhelm/Schröttle, Monika (Hg.): Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 439-461.

Geulen, Christian (2007): Geschichte des Rassismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Hafeneger, Benno (2005): Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. 3. völlig überarbeitete Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 282-299.

Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.) (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument Verlag, S. 7-16.

Heitmeyer, Wilhelm (1992): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 4. ergänzte Auflage (Original von 1987). Weinheim/München: Juventa Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, S. 15-34.

Initiative ‚Keine Bedienung für Nazis‘ (2011): Rassisten werden hier nicht bedient. Ein Ratgeber für die Gastronomie. Regensburg: walhallanet peter sturm e.K.; derzeit im Druck.

Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1990): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2. Auflage. Leer: Mundo Verlag.

Kulick, Holger/Staud, Toralf (Hg.) (2009): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Langenbacher, Nora/Molthagen, Dietmar (2009): Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Leiprecht, Rudolf (2004): Kultur - Was ist das eigentlich? Oldenburg: Arbeitspapiere IBKM Nr. 7.

Leiprecht, Rudolf (2005): Rassismen (nicht nur) bei Jugendlichen. Beiträge zu Rassismuskforschung und Rassismuskprävention. Oldenburg: Arbeitspapiere IBKM Nr. 9.

Leiprecht, Rudolf (2006): Zum Umgang mit Rassismen in Schule und Unterricht: Begriffe und Ansatzpunkte. In: Leiprecht, Rudolf/Kerber, Anne (Hg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. 2. Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 317-345.

Löster, Rüdiger (2011): Rechtsextremismus in Bayern. Ein Überblick. München: BayernSPD.

Massing, Peter (2004): Der Kern der politischen Bildung? In: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, S. 81-98.

Mecheril, Paul (1997): Rassismuserfahrungen von Anderen Deutschen – eine Einzelfallbetrachtung. In: Mecheril, Paul/Teo, Thomas (Hg.): Psychologie und Rassismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, S. 175-201.

Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Münster: Waxmann Verlag.

Müller, Jochen (2009): Islamophobie und Antisemitismus. Kritische Anmerkungen zu einem fragwürdigen Vergleich. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Die Juden sind schuld“ Antisemitismus in der Einwande-

rungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit. Berlin: Ratzlow Druck, S. 24-28.

Polizeipräsidium Oberpfalz (2011): Sicherheitsbericht 2010; abrufbar unter <http://www.polizei-oberpfalz.de>.

Rommerspacher, Birgit (1997): Psychologische Erklärungsmuster zum Rassismus. In: Mecheril, Paul/Teo, Thomas (Hg.): Psychologie und Rassismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, S. 153-172.

Sander, Wolfgang (2005): Theorie der politischen Bildung: Geschichte – didaktische Konzeptionen – aktuelle Tendenzen und Probleme. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. 3. völlig überarbeitete Auflage. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 13-47.

Scherr, Albert (2004): Außerschulische Jugendbildung für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft. Rahmenbedingungen, Herausforderungen und programmatische Orientierungen. In: Breit, Gottfried/Schiele, Siegfried (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, S. 226-242.

Schwan, Gesine (2011): Anti-Extremismus-Erklärung. Schnüffelmentalität statt Demokratieförderung. In: Einblick 1/11 – gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.01.2011, S. 7.

Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Wiesbaden: Fachserie 1, Reihe 2.2, Migration in Deutschland 2010; abrufbar unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de).

Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. 2. Auflage. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Thomas, Alexander (1994): Können interkulturelle Begegnungen Vorurteile verstärken? In: Thomas, Alexander (Hg.): Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Göttingen/Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie, S. 227-238.

Tsiakalos, Georgios (1983): Ausländerfeindlichkeit. Tatsachen und Erklärungsversuche. München: Beck Verlag.

Tsiakalos, Georgios (1992): Interkulturelle Beziehungen: steht ihnen die 'Natur' entgegen? In: Foitzik, Andreas/Leiprecht, Rudi/Marvakis, Athanasios/Seid, Uwe (Hg.): Ein Herrenvolk von Untertanen. Rassismus – Nationalismus – Sexismus. Duisburg: DISS Verlag, S. 35-56.

Weil, Thomas/Koch, Holger (o. J.): Situations- und Ressourcenanalyse zu Rechten Strukturen in der Otto-Dix-Stadt Gera – Wissenschaftlichen Bericht für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Gera; abrufbar unter [http://www.ba-gera.de/Downloads/Rechte\\_Strukturen.pdf](http://www.ba-gera.de/Downloads/Rechte_Strukturen.pdf).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.